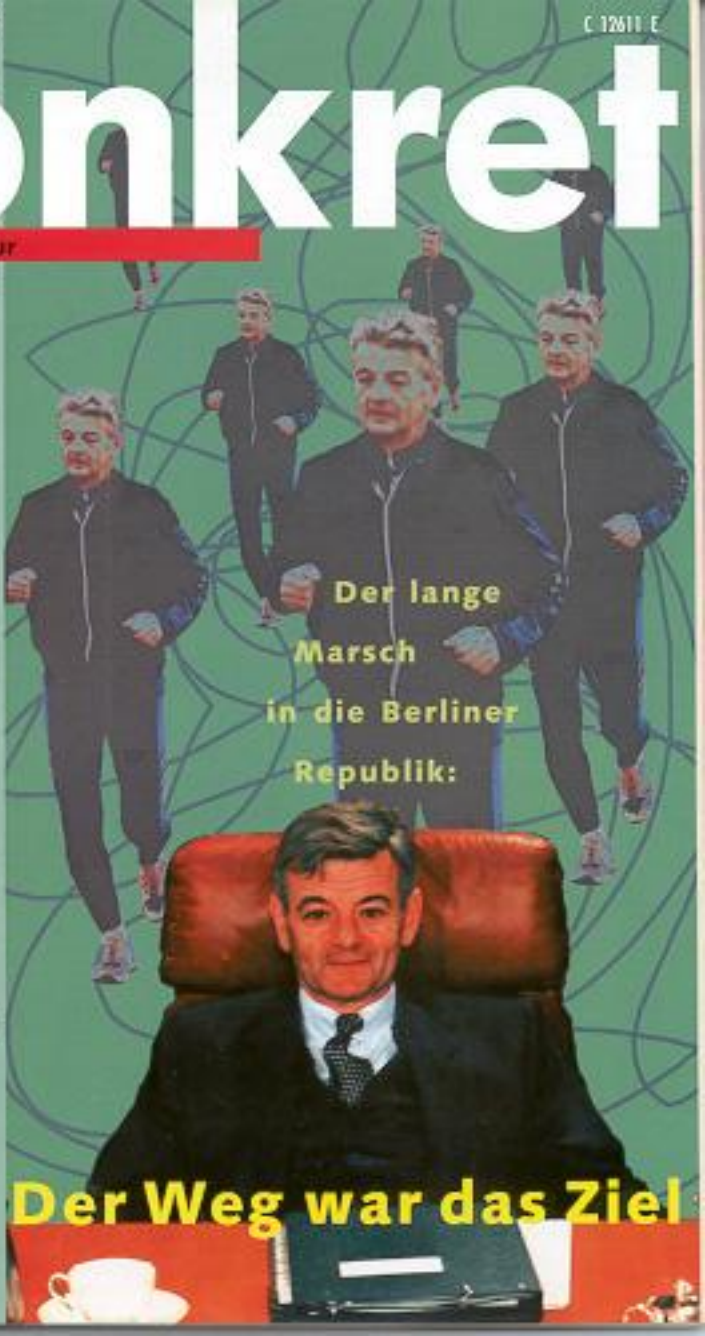
Heft 12 Dezember 1998 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Bilanz des Wechsels: Arbeitslose Geldpolitik Ausländer Außenpolitik Bundeswehr Sicherheit Bioethik Soziales
- Wähler: Nazis für Schröder
- Peter Hacks: Lob der Mauer
- Verona Feldbusch, oben ohne



in konkret Dezember 1998

hier Konkret von Jutta Ditfurth
Zum ersten Mal regieren die Grünen auf Bundesebene mit. Was das für die Partei und ihre Heroen bedeutet, darüber sprach KONKRET mit der Ökosozialistin Jutta Ditfurth

von Konkret

an Konkret

Das nackte Grinsen von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Rechte für Links von Jürgen Elsässer
Die Nazis diskutieren Konsequenzen aus ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl - und hoffen auf Schröder

»Das hat mich sehr irritiert!« von Jürgen Elsässer, Michel Friedmann
KONKRET-InterviewJürgen Elsässer sprach mit Michel Friedmann, Mitglied der CDU und des Zentralrats der Juden in Deutschland, über den Start von Rot-Grün und die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas seit der Wiedervereinigung

Bündnis für Lüge von Initiative Sozialistisches Forum
Die SPD bleibt sich seit 130 Jahren treu: Wie ein Bluthund über die Produktionsverhältnisse wachend, predigt sie die Versöhnung von Arbeit und Kapital und tut einfach alles für den starken Staat

4 Wochen sind genug!Moderiertes Deutschland von Georg Fülberth
Resümee der Verabredungen und programmatischen Erklärungen der rot-grünen Bundesregierung: Georg Fülberth über die Planungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik; Gaby Hommel über Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht; Oliver Tolmein über Entwicklungen in Innen- und Gesundheitspolitik; Thomas Becker über die Neuerungen in Außen- und Militärpolitik

4 Wochen sind genug!Sturm im Wasserglas von Gaby Hommel
Resümee der Verabredungen und programmatischen Erklärungen der rot-grünen Bundesregierung: Georg Fülberth über die Planungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik; Gaby Hommel über Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht; Oliver Tolmein über Entwicklungen in Innen- und Gesundheitspolitik; Thomas Becker über die Neuerungen in Außen- und Militärpolitik

Jetztzeit von Peter Hacks
DAS VATERLAND

4 Wochen sind genug!Vorwärts in die Vergessenheit von Oliver Tolmein
Resümee der Verabredungen und programmatischen Erklärungen der rot-grünen Bundesregierung: Georg Fülberth über die Planungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik; Gaby Hommel über Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht; Oliver Tolmein über Entwicklungen in Innen- und Gesundheitspolitik; Thomas Becker über die Neuerungen in Außen- und Militärpolitik

4 Wochen sind genug!Die neuen Ordnungshüter von Thomas Becker
Resümee der Verabredungen und programmatischen Erklärungen der rot-grünen Bundesregierung: Georg Fülberth über die Planungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik; Gaby Hommel über Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht; Oliver Tolmein über Entwicklungen in Innen- und Gesundheitspolitik; Thomas

Becker über die Neuerungen in Außen- und Militärpolitik

Mehr Bio als Ethik von Oliver Tolmein

Kosovo-Poker von Daniel Dockerill
Die deutsche Außenpolitik hat im Kosovo eine Schlacht verloren; den Kampf um die Hegemonie über den Balkan wird sie aber auch unter Fischer und Schröder nicht aufgeben

Pohrt antwortet von Wolfgang Pohrt
Make Love - Not War

Zu Protokoll
Am jenem 28. Oktober, als das Ultimatum der Nato an Jugoslawien abgelaufen war und der Rückzug der serbischen Miliz die Deutschen um die Chance, endlich ihre Tornados zur Bombardierung Belgrads loszuschicken, gebracht hatte, meldete die Stimme der Vernunft sich aus dem Deutschlandfunk, der den Vizepräsidenten der OSZE-Versammlung, Willi Wimmer (CDU), befragte

Von Abs lernen? von gruppe demontage
Fünfter und letzter Teil einer Serie über die Politik nationaler Befreiungsbewegungen in Zeiten des Postfordismus. Diesmal zum Thema: »Hoch die internationale Solidarität«

In diesem Sinne - Alte Kameraden von Siegfried Heyl

In diesem Sinne – Berliner Luft von Joachim Rohloff

In diesem Sinne - Pinochet zum Exempel von Michael Schilling

Kunst & Gewerbe

Oben ohne von Jürgen Roth

Budes Zauber von Joachim Rohloff
Was Joschka Fischer mit den Grünen gemacht hat, das macht Heinz Bude mit der Soziologie. Ein Portrait des Mannes, der den »unternehmerischen Unternehmer« zum Messias der » Generation Berlin« auslobt

Häuschen mit Garten von Gerhard Scheit
Habermas triumphans: Das aktuelle »Arbeitsprogramm« des Frankfurter Instituts für Sozialforschung fügt sich in den akademischen Mainstream aufs geschmeidigste ein

Der Begriffsnebelwerfer von Rudolf Walther
Der Münchner Professor Ulrich Beck betreibt Sozialwissenschaft auf unterstem Niveau und hält sich selbst für einen legitimen Erben Immanuel Kants

Allegro con spiracio von Kay Sokolowsky
Über einen schweren Fall neoliberaler Beschäftigung mit Verschwörungstheorien

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Buch & Deckel von Detlef Kannapin
Ilko Sascha Kowalczuk: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Ch. Links Verlag, Berlin 1997, 408 Seiten, 48 Mark

Buch & Deckel von Oliver Maria Schmitt
Rainer Stephan: Der Kanzler. Roman. Eichborn Verlag, Frankfurt a. M. 1998, 233 Seiten, 36 Mark

Bei uns in Amerika von Hermann L. Gremliza
Zu Michael Scharangs Roman von der Geburt des kleinbürgerlichen Zeitalters in New York

Zum Antisemitismus kein Talent? von Erwin Riess
Der Judenhaß des deutschen Bildungsbürgertums hat auch vor seinen prominentesten Vertretern nicht halt gemacht. Eine neue Studie beschreibt den Antisemitismus im Frühwerk der Brüder Heinrich und Thomas Mann

Denken müssen nicht wollen von Rayk Wieland
Ernst Jandls gesammelte Werke liegen vor Eine Synopse

Ikonen ohne Gesicht von Armin Schreiber
»Chagall, Kandinsky, Malewitsch und die russische Avantgarde« in der Hamburger Kunsthalle

Standort Kino I von Georg Seeßlen
Anmerkungen zur Krise des neuesten deutschen Films oder: Warum der deutsche Film nach wie vor gar nicht besser sein kann

Film & Theater von Marit Hofmann

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 12/98, S. 3

Jutta Ditfurth

hier Konkret

Zum ersten Mal regieren die Grünen auf Bundesebene mit. Was das für die Partei und ihre Heroen bedeutet, darüber sprach KONKRET mit der Ökosozialistin Jutta Ditfurth

konkret: Der Koalitionsvertrag liegt vor. Der Kanzler und seine Minister/innen haben ihre ersten öffentlichen Auftritte absolviert und erste programmatische Erklärungen abgegeben. Gibt es darunter etwas, das Sie besonders negativ überrascht hat? Hat es vielleicht sogar eine positive Überraschung gegeben?

Ditfurth: Nein. Mich hat überrascht, wie stark bei einigen linken Beobachterinnen und Beobachtern das Koordinatensystem verrutscht ist. - Für die kommenden sozialen und ökologischen Grausamkeiten braucht das Kapital eine Regierung mit fortschrittlicher Fassade. Es wurde ein Haufen Antisoziales, Militaristisches und Naturzerstörerisches vereinbart. Rot-Grün hat brutal deutlich erklärt: Wir sind Kapitalfreunde und niemals Vaterlandsverräter. Wir schicken Truppen in den Krieg. Wir nehmen nicht einmal die härtesten sozialen Schweinereien der vorherigen Bundesregierung zurück. Das Krankengeld bleibt gekürzt. Rot-grüne Rentenkürzungen folgen. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe werden durch eine Hungerrente namens Grundsicherung bedroht. Wer künftig nicht zu Bedingungen unter dem Existenzminimum arbeiten will, wird in Arbeit gezwungen oder ausgekotzt. »Kontinuität«, »Standortsicherheit« und »Wettbewerbsfähigkeit« bedeuten auch: Die »Dritte Welt« wird weiter geplündert. Das Asylrecht bleibt zerstört. Flüchtlinge werden auch unter der neuen Regierung erniedrigt. Die begrenzte Reform des Staatsbürgerrechts wäre auch zwischen SPD und FDP zu vereinbaren gewesen. Die Gentechnik wird durchgesetzt. Auch Reformisten und Kulturlinke sollten rot-grüne Politik nicht unkritischer analysieren als ihren Mietvertrag.

konkret: Immerhin haben die Grünen nun doch, anders als Sie erwartet haben (s. KONKRET 10/98), den Atomausstieg nicht ganz aus den Augen verloren. Sie wollen ihn jetzt im Einvernehmen mit der Industrie erreichen. Grund zur Freude oder bloß ein schlechter Witz?

Ditfurth: Sogar Sie fallen darauf herein. Dieser »Ausstieg« ist der Einstieg in die Modernisierung der Atomenergie. Es könnte so laufen: Ein Jahr »Konsens«-Verhandlungen. Der »Ausstieg« wird so teuer gerechnet, daß Teile des Publikums zugunsten längerer Fristen resignieren. Dann Verhandlungen über ein Ausstiegsgesetz, eine zeitschindende Erfindung. Ein, zwei oder drei Schrottreaktoren werden abgeschaltet. Gegen das dann drohende Volksfest war der Wagner-Parteitag der SPD mickrig. Inzwischen werden dem Atomkapital längere Betriebslaufzeiten für die anderen AKWs gestattet, ein Milliardengeschäft. Es werden atomare Zwischenlager an den AKWs erlaubt. Das spaltet den Widerstand, der auf Castor-Transporte fixiert ist. Siemens und Framatome bauen ungestört am neuen »Euroreaktor« weiter. Rot-Grün protestiert auch gegen die Atomfusion nicht, jene mörderische Atomtechnologie der Zukunft. Der nächste Großversuch in Greifswald steht bevor. Ungehindert.

konkret: Noch vor einem halben Jahr äußerte Jürgen Trittin, jetzt Umweltminister der Bundesregierung, Verständnis für den Satz: »Soldaten sind Mörder«. Vom Ausstieg aus der Mörderbande Nato ist nun allerdings nicht mehr die Rede, und Außenminister Fischer betont immer wieder, die Kontinuität der deutschen Außenpolitik wahren zu wollen, in welcher der deutsche Soldat als Friedensstifter auftritt. Ist das noch Opportunismus? Oder schon Realpolitik?

Ditfurth: Vor kurzem hielten linke Zeitschriften Trittin und Volmer für Linke: Opportunismus oder Realpolitik? Wer Ministerlein werden will, muß sich Nato-Interessen beugen und für einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien stimmen. Wer sich noch ein bißchen ziert wie Ludger Volmer, wird Staatsminister und sagt: »Wir können nicht ... sagen: Wir verzichten auf den Anspruch mitzuregieren. Wir sind da im Dilemma.« Die Grünen sind nicht über den Tisch gezogen worden, sie haben sich flach, mit ausgebreiteten Armen, draufgelegt.

konkret: Wie läßt sich erklären, daß gerade ehemalige Mitglieder besonders rigider Polit-Sekten - und ein nicht unerheblicher Teil des Personals, das mit der neuen Regierung zu einem Amt kommt, stammt daraus - sich nun als Vorbilder an Kompromißbereitschaft und Mimikry erweisen?

Ditfurth: Meist eine Mischung aus politischer Dummheit, bürgerlichen Interessen und schwachem Charakter. Wenn ein kurzzeitig links gewordener studentischer Bürger eine falsche Analyse hat, glaubt, übermorgen kommt die Revolution, und dafür drei Jahre dem Wohlstand entsagt, dann will manch einer kurz vor der Rente für dieses entsetzliche Opfer entschädigt werden. Was gelten schon tote, kranke, gedemütigte oder perspektivlose Menschen hier und anderswo, wenn solche Ex-Linken die Gier nach Anerkennung durch die Herrschenden und nach Bereicherung antreibt?

Konkret 12/98, S. 4

von Konkret

Auch der Bayer liest KONKRET:

»Neu: Kohl heißt jetzt Schröder« betitelt die wackere Linkspostille KONKRET ihre jüngste Nummer. Das ist wenig originell, weil es alle immer schon wußten. Sie haben Schröder ja darum gewählt. Kein neues Stück wollte das Publikum, nur eine neue Inszenierung. Nicht Wende, sondern Wechsel: Anstelle einer Veränderung das Gefühl, daß sich etwas verändert.

Das hat die »Süddeutsche Zeitung« fein beobachtet. Das wenig Originelle, das alle schon immer wußten, trug im »Stern« die Schlagzeile »Die rote Republik« und im »Spiegel« den Titel »Alles wird anders«. Gut, das sind Meinungen von Minderheiten. Aber auch die »Tageszeitung«, das Blatt der werktätigen Massen, schien einmal nicht zu wissen, was alle immer schon wußten, sondern wußte, daß der Wahlausgang »ein echter, verblüffender Sieg« und »echter Fortschritt« sei. Aber dafür findet die »Süddeutsche« die »Taz« auch so originell, daß sie die Entdeckerin des »echten Fortschritts«, Mariam Lau, einlud, in der »SZ« den Fortschritt zu preisen, den Schröders Kultur-Minister bringe, wenngleich keineswegs unter dem wenig originellen Titel, den alle schon kannten: »Neu: Süssmuth heißt jetzt Naumann.«

Wir wissen nicht, wer die »Braunschweiger Zeitung« liest. Bevor aber ein Unglück passiert, weil einer, der das tut, dort den Bericht über eine DGB-Veranstaltung mit dem KONKRET-Herausgeber gelesen hat, sei hier festgestellt: An dem Bericht »Der Dollar als Sanierungsfall - Mit Hermann L. Gremliza startete der DGB eine Euro-Reihe« vom 10. Oktober 1998 ist jedes Wort so wahr wie dieses:

*Gremliza, der auf die USA offensichtlich nicht gut zu sprechen ist, die Solidarität der Bundesrepublik im Gol*fk*rieg kritisierte und einzig Frankreich als Gegner des »amerikanischen Kulturimperialismus« anführte ...*

So sind die Niedersachsen: sturmfest und erdverwachsen und gegen jede Ironie gefeit.

Die Zeiten, in denen sie unter der Schlagzeile »Aufatmen« nicht weniger entdeckt als »neue Chancen für eine neue Linke«, nennt die »Soz«, das Zentralorgan posttrotzkistisch-afterstalinistischer Sozialdemokraten in der PDS, auch die »Zeiten von Karl Held und Theo Ebel, Gremliza, Pohrt und Elsässer«. Es gibt, bei allen Differenzen zwischen den Fünfen, schlechtere Gesellschaft. Man könnte als Trotzkist im Bundestag mit der Volksgenossin Christine Ostrowski (Dresden, Deutschland) die Bank sich teilen müssen.

Freundliche Anfrage des Literaturfreundes Heinz Ludwig Arnold: Er gebe eine Anthologie deutscher Lyrik nach 45 heraus, pro Jahr ein Gedicht, jeweils von einem anderen Autoren vorgestellt - ob Gremliza das nicht für 1968 und Degenhardts »Notar Bolamus« übernehmen wolle. Gremlizas Antwort: Er habe auf der KONKRET CD-Rom Arnolds Namen am Beginn der Unterschriftenliste zu einem Aufruf gefunden, der ihn, Gremliza, des »Rufmord-Journalismus« und der »Diffamierung« eines unbequemen »Aktionskünstlers« beschuldige. Da er »nicht ohne Not zu solchen Schlafgesellen« kommen wolle, wäre er dankbar, wenn Arnold ihm mitteilen könnte, wer von den damaligen Unterzeichnern (von Franz Alt über Biermann, Duve, Grass, Flimm, Hildebrandt bis zum Rest des PEN-Clubs) zur Mitwirkung eingeladen sei. Arnolds Rückfragen (»Sollte das nicht Schnee von gestern sein?« und »Kann es nicht sein, daß auch andere dabei sind, mit denen Sie nicht zusammen gesehen werden wollen? Seien Sie doch stolz auf ihre Gegner«) hatten keinen Erfolg. Ein anderer Satz des Arnold-Briefs (»Staeck jedenfalls will einspringen, wenn Schröder nix macht, weil er Kanzler wird ... «) hatte die Sache bereits entschieden, und zwar im Geist des Gedichts, das vorgestellt werden sollte.

Ob sich die neuen Nazis von Jürgen Elsässers *Braunbuch DVU* getroffen fühlen, weiß man nicht. Den lautesten Wehschrei stießen Anneliese & Klaus (Abk.: »ak«) aus:

Über die antinationalen Ausfälle von Elsässer wundert sich heute wohl niemand mehr

Daß doch nicht der geringste Hauch einer Ahnung sie anfliegt, auf welcher Scholle dieser sprachliche Duktus und speziell die Rede von den »antinationalen Ausfällen« gewachsen sind.

Jürgen Elsässer liest aus dem *Braunbuch* *DVU* und stellt seine Thesen zur Diskussion: am 2.12. in Lüneburg, Café Vamos, Universität, 19 Uhr; am 3.12. in Lensian/Wendland, Café Schwarzer Hahn, 19 Uhr (Übernachtung im Haus möglich, Tel. 05843-241); am 4.12. in 39576 Stendal, Großer Saal des Landratsamtes, Hospitalstr. 1-2, 18 Uhr; am 22.12.

in Stuttgart (Ort und Zeit erfragen unter 0711-562746).

KONKRET-Autor Otto Köhler spricht am 25.11. um 19 Uhr im Hörsaal 23 der Kölner Universität (Albert-Magnus-Platz) über »Hitler und die Industrie«. Er steht ab Dezember auch für andere Vorträge zur Verfügung (Ludwig Erhard, IG Farben, Bundeswehrmacht). Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion.

In der konkret-texte-Reihe werden im März 99 zwei neue Bände (Nr. 19 + 20) erscheinen: Karl Heinz Roth: *Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismus-Theorie* und Jürgen Roth/Kay Sokolowsky: *Von Caesar zum Euro. Komplotte und Wahnvorstellungen aus zweitausend Jahren.* Die Bücher kosten im Abonnement 15,80 Mark; sie können aber auch für 19,80 Mark einzeln beim Verlag bestellt oder über den Buchhandel bezogen werden.

Im Mai nächsten Jahres erscheint ein Update der KONKRET CD-Rom 1987-1996. Es umfaßt die Jahrgänge 1983-86 und 1997/98.

Konkret 12/98, S. 6

an Konkret

Da lacht der Imperialismus

KONKRET 8-11/98: Serie zu Befreiungsbewegungen im Postfordismus von der gruppe demontage

Ihr nennt Euch »antideutsch und linksradikal«, aber letzteres trifft nicht zu, denn Radikalität hat etwas mit Wurzeln zu tun, an denen Ihr die Probleme packen sollt. Ihr seid nicht radikal, Ihr seid selbstgefällig. Ihr beschreibt prophetenhaft einen Untergang, den zu verhindern Euch offenbar zu anstrengend ist. Eure Ideologie ist eine einzige Rechtfertigung für gegenwärtige und zukünftige Niederlagen. Nicht die Arroganz der Linken, sondern die grenzenlose Dummheit des Volkes ist schuld, wenn Eure Analysen zutreffen sollten. Alles läuft darauf hinaus, daß Ihr Euch nicht ändern müßt, daß Ihr bloß nicht auf Menschen zugehen müßt . Ihr traut nämlich den *Menschen* nichts mehr zu, das betrifft nicht nur die Deutschen.

Das läßt sich auch an Eurer Arroganz gegenüber Befreiungsbewegungen unterdrückter Völker ablesen, die Ihr mehrfach als »völkisch« und »nationalistisch« denunziert habt, ohne Euch Gedanken zu machen, wie es wohl für Euch wäre, wenn Ihr Eure Artikel nicht in Eurer Muttersprache veröffentlichen dürftet, womit beispielsweise kurdische AutorInnen andauernd konfrontiert sind. Euer Denken ist diesbezüglich sehr eng und metropolitan, um nicht zu sagen: sehr deutsch. Mit Eurem »Antinationalismus« untergrabt Ihr jede internationalistische Solidarität und beteiligt Euch an Hetzkampagnen der Euch verhaßten deutschen Presse gegen hier im Exil arbeitende Befreiungsbewegungen. Wie kommt Ihr überhaupt dazu, ausgerechnet Agenten wie »demontage« - ob sie schlau genug sind, sich bezahlen zu lassen, sei dahingestellt, ihre Funktion erfüllen sie - mit einer Serie über Befreiungsbewegungen zu betrauen? Was wollt Ihr damit aussagen? Nieder mit jedem Versuch der Befreiung, nieder mit der Solidarität, nieder mit der Völkerfreundschaft? Böcke zu Gärtnern - da lacht der Imperialismus.

Melsa Saldiray

München

Prozentrechnung

KONKRET 11/98: Leserbrief von Gerd Schumann

Gerd Schumann meint, unsere Analyse der Konflikte im Baskenland als antinationales Wunschdenken entlarven zu können - anhand der dortigen Wahlergebnisse. Dabei ergibt sich für den Freund der »national agierenden ... Freiheitsbewegung« ein Problem: Entweder weicht er ab von einem ehernen Grundsatz der Eta, oder er müßte bei seinen Wahlergebnissen die spanische Provinz Navarra mit berücksichtigen, die für die Eta zum Baskenland gehört. Die Ergebnisse der Regionalwahlen gelten aber selbstredend nur für die drei Provinzen, die vom spanischen Staat als Autonome Region Baskenland anerkannt sind. In Navarra wählen dagegen über 70 Prozent nationale spanische Parteien. Die linksnationale baskische Herri Batasuna erhielt 9,2 Prozent bei den Regionalwahlen in Navarra 1995. In dieser mehrheitlich spanischsprachigen Provinz bedeutet ein baskisch-nationaler Wahlkampf eine noch stärkere nationale Polarisierung. Genau aus diesem Grund gab es in Navarra auch eine nicht-nationalistische linke Gegenkandidatur, die Liste Batzarre (2,2 Prozent).

Ich will nicht bestreiten, daß baskisch-nationale Parteien große Zustimmung bekommen: Die Liste Euskal Herritarrok, eine Art offene Liste von Herri Batasuna, konnte sich am 25.10. auf 18 Prozent steigern, bei einer 70prozentigen Wahlbeteiligung. Herri Batasuna erzielte davor 1994 bei einer Wahlbeteiligung von 60 Prozent in der Autonomen Region Baskenland 16,3 Prozent. Aber eben nicht in Navarra, ganz zu schweigen vom französischen Baskenland. Dort erhielt die HB-Schwesterpartei AB 3,8 Prozent bei den Kantonalwahlen am 15.3.98. »Die baskische Nation« ist eben nicht nur ein bürgerliches, sondern auch ein umstrittenes Konzept - gerade auch im Baskenland. *Gaston Kirsche*

gruppe demontage

Hamburg

Von Windeln und Köpfen

KONKRET 11/98: von KONKRET

Ich möchte mich nicht über »yamyam« auslassen. Es geht mir vielmehr um die arrogante Bemerkung, daß jemand, der seine Gedanken nicht auf einer Druckseite darlegen könne, keine Gedanken hätte. Da hat jemand wohl einen klugen Spruch klopfen wollen und ihm ist der dümmste dazu eingefallen. Würde KONKRET genauso antworten, wenn Marx daherkäme und seine Gedanken darlegen wollte? Oder wie steht es mit Einsteins Relativitätstheorie? Außer dem Verfasser dieses gedankenlosen Satzes würde es wahrscheinlich auch niemandem gelingen, diese Gedanken auf einer KONKRET-Seite zusammenzufassen. Daß KONKRET nicht immer so antwortet, sehen wir an den prominenten Persönlichkeiten, die über Seiten hinweg ihre Gedanken kundtun. Also was soll das?

Alp *Uensal*

per E-mail

Beim Lesen von KONKRET 11/98 mußte ich mich sehr über Ihre Reaktion auf das »Schriftstück« von »yamyam« ärgern. Dieser Beitrag kritisiert berechtigterweise Artikel, die in KONKRET veröffentlicht wurden. Im Augustheft schreibt Wolfgang Pohrt: »Der politische Flüchtling heute ist einer, der in seinem Herkunftsland ein Regime errichten möchte, wie es das in seinem Aufnahmeland schon gibt...« W P. kennt sie alle! Im gleichen Heft meldet sich Kay Sokolowsky zu Wort, von dem wir nun wissen, daß er nicht gerne in einer »Gegend« wohnt, »in der das Tragen von Kopfwindeln und Gesichtspelzen Vorschrift ist ... « Was soll das? Aber Kritik an KONKRET muß eben in der gewünschten Form vorgebracht werden. Und wer seine Kritik nicht in der genehmen Form vorbringt, der kriegt am Ende von der Redaktion bescheinigt, keine »Gedanken« zu haben.

Jan Krüger

Hamburg

Vorschlag

KONKRET 11/98: von KONKRET

In der Rubrik »von KONKRET« schreiben Sie u. a.: »1995 wurde in diesem Blatt etwas ausführlicher der marxistische Gesellschaftswissenschaftler Reinhard Opitz (1934-1986) vorgestellt ... (In seinem) Nachlaß fanden sich 6.000 Seiten. Eine Gruppe von Selbstausbeuter(inne)n in Marburg hat sie gesichtet, abgetippt, kommentiert und die Hälfte des Materials in drei Bänden zusammengefaßt. ... Die drei Bände können allerdings nur erscheinen, wenn 150 Exemplare vorab bestellt werden. Bislang fanden sich erst fünfzig Interessenten, und dies liegt wohl am unvermeidlich hohen Preis: 298 Mark« - nebst einem Hinweis, wie und wo man subskribieren kann.

Diese redaktionelle Mitteilung wiederholt fast wörtlich eine weiter hinten im Blatt erschienene Anzeige des BdWi-Verlags, in der es außerdem heißt: »Seit Charles Fourier blamiert sich unsereins immer wieder einmal mit der Hoffnung, Schlag zwölf Uhr werde ein reicher Mann in die Stube treten, einen Beutel Gold überreichen und danach ergeben auf seine Enteignung warten. Er ist vernünftigerweise auch diesmal ausgeblieben. Das Selbstausbeutungskommando >Edition Reinhard Opitz< griff deshalb zum letzten Mittel: Subskription ... Es ist der letzte Versuch, bevor die Typoskripte der nagenden Kritik der Mäuse überlassen, im Internet beerdigt oder in die Lahn geworfen werden.« Unterzeichnet: Georg Fülberth, Rainer Rilling.

Hierzu zwei Anmerkungen: Erstens: Das »Selbstausbeutungskommando >Edition Reinhard Opitz<« hat in den Jahren 1991 bis 1993 DM 73.500,- von der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur erhalten. - Zweitens: Eine ganzseitige Anzeige in KONKRET, einfarbig, kostet DM 3.800,- (vom Verlag BdWi bezahlt oder von KONKRET nicht eingenommen). Für diese Summe könnten, kostenfreien Zugang zu einem entsprechenden PC vorausgesetzt, mindestens eintausend CI)s hergestellt werden, die gegen eine geringe Schutzgebühr (Versandkosten und Bezahlung des Postversandkommandos) an Bibliotheken im In- und Ausland verschenkt, für etwas mehr von KONKRET gekauft und als Abo-Prämien angeboten, sowie zu Preisen, die für Opitz-Interessenten akzeptabel sind, abgegeben werden können. Der dadurch entstehende Oberschuß dürfte für mehr als ein erfreuliches Abendessen des Selbstausbeutungskommandos Opitz-Edition ausreichen.

Jan Philipp Reemtsma

Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur

Hamburg

Warnung

KONKRET 11/98: Leserbrief von Christoph Hesse

Der Hesse aus Bochum soll bloß aufpassen. Sonst zieh' ich ihm die Ohren lang. Wolfgang Pohrt darf, soll - was sag' ich -, *muß* natürlich weiter antworten. Mit oder ohne Fragen. Je öfter und länger, desto besser. Ich will alles über seine Pantoffeltierchen wissen. Mensch, Hesse, da bringen Sie doch alles durcheinander. Deutschlands Onanisten! Das war doch dieses andere Blatt aus Hamburg, mit dem Falz in der Mitte. Bei dem Sie sich immer die Finger schwarz machen. Genau, da! Da ist das, wo die immer den vakanten Raum (Ihre Worte, Hesse!) auffüllen. Jetzt schreiben Sie sich das hinter Ihre Ohren, Hesse: Brillant ist der, der Wolfgang Pohrt. Mensch, Hesse!

Stefan Hoffmann

Mannheim

Konkret 12/98, S. 9

Hermann L. Gremliza

Das nackte Grinsen

Sie tanzten bis in den Morgen, nicht auf den Straßen zwar, aber doch ums kalte Buffet, und ihre Presse machte die Siegesnacht zum Ereignis des Jahrzehnts. Die »Zeit« freute sich, daß »die Müdigkeit der späten Kohl-Ära der Vergangenheit angehört«, die »Frankfurter Rundschau« würdigte den »rot-grünen Durchbruch«, die Wochenzeitung »Freitag« schwärmte: »Was für ein Reich von Möglichkeiten liegt jetzt vor Schröder, Fischer und Lafontaine. Schröder, Fischer, Lafontaine - Jospin, Blair, Clinton: Was immer man diesen Menschen zutraut und von ihnen hält, Tatsache ist, daß es eine solche Konstellation noch nie gegeben hat in der langen Geschichte des Kapitalismus.« Das »Neue Deutschland«, dessen Partei diesmal noch nicht mitmachen durfte, verbreitete die Hoffnung, »die Republik könnte in den nächsten vier Jahren weiter nach vorn getragen werden, als die Koalitionspapiere es vorschreiben«. Die »Tageszeitung«, »frischgebackenes rot-grünes Regierungsorgan wider Willen« (»Spiegel«), rief »Los jetzt!« und » so viel Anfang war nie!« Es zeige sich nämlich »bis ins tiefste Bürgertum hinein eine Sehnsucht nach Aufbruch, Neubeginn und zündenden Ideen«.

Inzwischen hat das Publikum allerlei Gelegenheit zu transrapiden Lernprozessen erhalten. »Wo ist der Kanzler?«, fragt plötzlich der »Spiegel«, weil der Mann, der in der Vorwoche noch »alles anders« machen sollte, alles gleich macht. Sein Finanzminister erhöht ein paar Verbrauchssteuern (auf ökologisch) und schlägt vor, aus dem Sozialstaat eine Bedürfnisanstalt zu machen, in der nicht Ansprüche erfüllt, sondern Almosen gewährt werden. Der Innenminister, einst Anwalt der RAF, will die Anti-Terror-Gesetze von 1977 zwar nicht aufheben, aber die Aufhebung »vorurteilsfrei zu gegebener Zeit prüfen«. Die anlaßlose Polizeikontrolle von Leuten, die nicht aussehen wie Kanther, wird nicht abgeschafft, sondern umbenannt (Schily: »Wir haben die Formulierung >lagebildabhängige Kontrolle< gewählt«). Genervt resümierte die tief ins Bürgertum hineinreichende »Süddeutsche Zeitung«: »Die Kohl-Kanthersche Trutzburg-Mentalität hätte ersetzt werden können durch eine zivile Innenpolitik. Statt dessen finden wir ein Programm, das wie eine Resteverwertung der früheren Innen- und Sicherheitspolitik gelesen werden kann.« Die »Frankfurter Allgemeine« aber verlieh dem alten Staatsfeind und neuen Polizeiminister das Prädikat »eigenständiger Kopf, der sich nicht einem notwendigen Minimum an Anpassung versagt«.

Der Verteidigungsminister verteidigt den Verteidigungsetat, der Vizekanzler und Außenminister versichert jedem, den er trifft: »Die wichtigste Veränderung der Außenpolitik in Deutschland ist, daß es keine Veränderung gibt.« Springers Zeitungen freuen sich, »wie Fischer durch die Welt genschert«. Schon nach dem ersten Mittagessen bei seiner amerikanischen Kollegin Madeleine Albright war er mit ihr beim traditionellen »you can say you to me«. Als Bayerns Innenminister ihm vorwarf, die Ausweisung des 14jährigen »Mehmet« zu blockieren, weil sein Ministerium keine Ausreisepapiere besorge, nannte Fischers Amt »die Kritik Becksteins durchsichtig und unbegründet. Die bayerische Staatsregierung müsse erst den Rechtsweg ausschöpfen. Dann könne die Bundesregierung Amtshilfe leisten. Der Freistaat habe die Möglichkeit, die Eltern zur Mitwirkung an der Ausstellung eines Passes zu zwingen.«

Auch die Transrapid-Planungsgesellschaft mußte ganz zerknirscht eingestehen, die Grünen hätten »überraschende Flexibilität an den Tag gelegt«. Daß sie das tun würden, wußte die Gesellschaft für Planung so gut wie die größere ganze. Denn »daß erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine neue Regierung gegen die erklärten Wünsche des Kapitals durch Wahlen durchgesetzt wurde«, glaubt nur die glaubensstarke Redaktion der DKP-Zeitung »UZ«. Das Kapital, vertreten beispielsweise durch die Handelskammer in Hamburg, kannte und schätzte den »Realitätssinn« der örtlichen, von einer früheren KBW-Frau geführten Grünen schon lange, bevor es ihn auch öffentlich lobte.

Wie ja das Kapital, vertreten durch seine Chefredakteure, schon früh verstanden hat, daß der Cheftheoretiker einer maoistischen Sekte i.R. und der Mollywerfer a.D. weit bessere Gewähr für künftige Anstelligkeit bieten als etwa ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann. Der Streetfighter vom Revolutionären Kampf, die Trotzkistin der Vierten Internationale, der Polpotist - sie haben, als sie ihre Sekte verließen, gezeigt, zu welch radikalen Brüchen sie fähig sind. Sie haben nichts so gut gelernt wie das Umlernen und bewältigen heute die Konversion von einem Glauben zum andern in Sekunden. Mit ihnen ist jeder Staat zu machen, an ihnen scheitert keine Koalition, nirgends. Zur Probe, ob sie auch dem Bau von zehn neuen Atomkraftwerken zustimmen würden, und deren positivem Befund wird es nur deshalb nicht kommen, weil die Industrie am Bau neuer Anlagen nicht interessiert ist, sondern an Prämien für die Stillegung unrentabler alter.

Darf man es also, nach vierwöchigem Grinsen des neuen Personals in alle vorrätigen Kameras, mit dem Hamburger Christdemokraten Ole von Beust halten, der die Grünen als »eine langweilige, aber verwaltungstechnisch akzeptable Partei« identifiziert hat? Ach, wären sie's nur und müßten nicht, in Ermangelung materieller Möglichkeiten, ideologische Bewegung sich verschaffen. Das Studio, in dem sie's tun, heißt »Berliner Republik«.

»Berliner Republik« meint: Die Nachkriegszeit ist zu Ende, die Beschränkungen der staatlichen Souveränität Deutschlands sind aufgehoben. In der Bonner Republik, schreibt einer, der das Programm aus der »FAZ« in die »Berliner Zeitung«

mitgebracht hat, habe »das Niedlichkeitsgebot« geherrscht: »Klein, dumm und unschuldig galt als schick. Kindlich war schön, schön war der Kinderladen, schön die pubertäre Revolte.« An allen Ecken gab es »Denkverbote und Tabus (zum Beispiel des Nationalstaats)«. Wer die Bonner Republik verteidigen wolle, dem gehe es »in erster Linie um die Verteidigung der Nachkriegsgeschichte«.

Darum geht es Rot-Grün nicht. Rot-Grün macht Deutschland frei von den Fesseln, mit denen die Nation an ihre verbrecherische Vergangenheit nicht zuletzt dadurch gebunden war, daß die Mitglieder und Funktionäre der regierenden Parteien ihre Verantwortung für diese Vergangenheit zwar leugnen, ihr aber nie gänzlich entfliehen konnten. Die Protektion, die Helmut Kohl von einem durch Arisierung reich gewordenen Gummifabrikanten genossen hatte, war ein Skandal - und zugleich eine Arznei gegen das Vergessen. Wenn in Bonn von Verbrechen gegen die Menschheit die Rede war, mußten immer Deutschland, Auschwitz, als Ort der Tat, und Nürnberg, als Ort des Gerichts, mitgedacht werden.

Das ist vorbei. Die Nonchalance, mit der Schröders Kulturminister das Holocaust-Mahnmal abtut wie sein Chef eine »zweite Wiedergutmachung« für osteuropäische Zwangsarbeiter, die bis heute keinen Pfennig für ihre qualvolle Ausbeutung erhalten haben, findet bei Rot-Grün und seiner Jubelpresse nichts als Beifall. Und wie selbstverständlich nimmt das »frischgebackene rot-grüne Regierungsorgan« den Walser und seine Volksgemeinschaftskunde vor Ignatz Bubis' Kritik in Schutz.

Verbrechen gegen die Menschheit sind in der rot-grünen Berliner Republik nicht länger eine deutsche Last, sondern eine Chance deutscher Politik, die Welt Mores zu lehren. Das rot-grüne Auswärtige Amt hat erstmals einen Sonderbeauftragten für die auswärtigen Menschenrechte eingestellt, und zwar einen original deutschen Widerstandshelden (natürlich nicht von 33/45, versteht sich, weil der ja sein Salär als jene »zweite Wiedergutmachung« mißverstehen könnte, die es nicht gibt), und, damit niemand sich über die Richtung täuscht, eine Abgeordnete zur Ausländerbeauftragten berufen, die sich vor drei Jahren mit der restlosen Bewältigung von Auschwitz und Nürnberg einen Doppelnamen gemacht hat: »Die UN-Basis Potocari in der UN-Schutzzone Srebrenica wurde zur Rampe für eine Selektion.« Das war manchem alten Volksgenossen einen Asbach Uralt wert und dem Roman Herzog ein Bundesverdienstkreuz.

Als sie 1983 in den Bundestag einzog, sei sie »naiv und voller Idealismus« gewesen, sagt die Abgeordnete Beck (früher Beck-Oberndorf) über ihre Zeit in der Bonner Republik. Heute herrsche bei ihr Pragmatismus vor. »Sobald Zeit da ist, verbringe ich diese in der Familie.« Gemeinsam werde Monopoly gespielt. Und seit wann darf man auf der Schloßallee ein Mahnmal errichten?

Konkret 12/98, S. 10

Herrschaftszeiten

Ein Volk

Was es mit dem Erfolg des Gerhard Schröder auf sich hat, beleuchtet der parallele Erfolg der Illustrierten »Focus«: Wie Schröders SPD erzielte »Focus« 1998 die höchsten Zugewinne in der Gunst des Publikums. Der Gesamtverkauf stieg im dritten, dem Wahl-Quartal, auf 816.800 Exemplare, das waren 84.000 mehr als im zweiten Quartal. Bei den Abonnements liegt das Blatt jetzt 10.000 vor dem »Spiegel« und 57.000 vor dem »Stern«.

Eine Armee

Besonders stolz ist Ex-Kriegsminister Volker Rühe auf die Integration der Nationalen Volksarmee der DDR in die Bundes-Wehrmacht. Es war aber nicht so schwer. Kamerad Gauck meldet, daß schon zwischen 1965 und 1980 das MfS mehr als 700 rechtsextremistische Vorfälle bei der NVA registriert hatte. Es kam zusammen, was zusammengehört.

Ein Denkmal

Die emeritierte Berliner Professorin Rosemarie Müller-Streisand hat dem Regierenden Bürgermeister einen Vorschlag gemacht:

Sehr geehrter Herr Diepgen,

als »rassisch Verfolgte« des Naziregimes, die mehr als zwanzig Angehörige in den Gaskammern verloren hat, halte ich mich für legitimiert, Ihnen und der Öffentlichkeit einen für alle annehmbaren Vorschlag zu unterbreiten, der die Diskussion um das geplante Holocaust-Denkmal zum positiven Abschluß bringen könnte. Ich schlage vor:

Sämtliche Straßen im geplanten Regierungsviertel in Berlin und solche Straßen, die auf dieses Viertel zulaufen, erhalten den Namen eines Konzentrationslagers.

Es würde also zukünftig im Zentrum der deutschen Hauptstadt eine Auschwitzstraße, eine Buchenwaldstraße, eine Maidanekstraße, eine Ravensbrückstraße, eine Treblinkastraße, eine Dachaustraße, eine Mauthausenstraße, eine Flossenbürgstraße und eine Vielzahl anderer nach Konzentrationslagern benannter Straßen geben. So würden zugleich für den Vorschlag, sich dem Ausbau der bereits vorhandenen Gedenkstätten zuzuwenden, finanzielle Mittel frei, da ja die Realisierung meiner Anregung nur minimale Kosten verursachen würde.

Neue Weltordnung

Der Bericht »Die Überwindung der menschlichen Armut« des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) enthält die Nachricht, daß 1,5 Milliarden Menschen in der Dritten Welt pro Tag weniger als 1 Dollar (1,65 Mark) zur Verfügung haben. In Südasien ist die Hälfte aller Kinder unterernährt, zwei Drittel der Frauen sind Analphabeten. In Schwarzafrika werde ein Drittel der Bevölkerung keine vierzig Jahre alt. Die Entwicklungshilfe der reichen Länder ist mit weniger als 2 Promille ihres Bruttosozialprodukts so gering wie nie. Die Globalisierung der Weltwirtschaft mache den Graben zwischen Gewinnern und Verlierern immer tiefen Seit der Krise in Indonesien leben dort 40 Prozent der Bevölkerung (80 Millionen Menschen) unter der Armutsgrenze.

Perestroika

Bis Mitte 1998 importierte Rußland die Hälfte seiner Lebensmittel. Nach der drastischen Abwertung des Rubels sind diese Importe auf ein Sechstel geschrumpft. Russische Produzenten können den Bedarf nicht decken: Im Konkurrenzkampf mit den Importeuren sind sie so verarmt, daß sie keine Düngemittel kaufen oder Traktoren instand setzen lassen können. Der staatliche Statistikausschuß teilt mit, daß 44,3 Millionen Russen unterhalb der Armutsgrenze leben, die derzeit bei monatlich 52 Mark liegt. 1997 waren es erst 31 Millionen.

Freischwimmer

Im Kanal von Otrano, dem Stück Adria, das Italien von Albanien trennt, haben kommerzielle Fluchthelfer die Übung entwickelt, vor Entdeckung durch die italienischen Küstenwache ihre Fracht, Flüchtlinge aus Albanien, dem Kosovo und dem irakischen »Kurdistan«, vor Erreichen des Ufers ins Meer zu kippen. Über die Zahl der Opfer gibt es keine Angaben.

Von der apulischen Bevölkerung wird die Adria bereits »die See der Toten« genannt.

Klasse

Bundesinnenministerin Däubler-Gmelin, auch »die rote Herta« genannt, hat den umstürzlerischen Vorschlag gemacht, leichtere Straftaten (wie Diebstahl) mit Führerscheinentzug zu bestrafen. Wenn sie damit durchkäme und Steuerhinterziehung eine leichtere Straftat bleibt, könnte Mercedes die Produktion der S-Klasse einstellen.

Rasse

Moshe Zimmermann, Professor für deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem, war vom Deutschen Akademischen Austausch-Dienst (DAAD) eingeladen worden, den Wahlkampf zum Bundestag zu beobachten. Springers »Welt« hatte von dem bewährten Antikommunisten dazu einen »Gastkommentar« erbeten. Und mußte ihn, wegen der Herkunft des Autors und des Skandals, den sie widrigenfalls riskiert hätte, auch drucken:

Als die Gruppe der ausländischen Wahlbeobachter am Marienplatz in München ... Edmund Stoiber anhörte, erlebte sie den alarmierendsten Moment der Reise. Stoiber sprach von der Notwendigkeit, »die Homogenität des deutschen Volkes« wiederherzustellen. Wie diese Homogenität über die Unterschiede zwischen Bajuwaren, Hamburgern und Sachsen hinweg zu verstehen ist, sei dahingestellt. Rassismus war nie rational zu begründen. Entscheidend ist aber. daß der Ministerpräsident eines deutschen Landes, dazu inzwischen auch Vorsitzender einer demokratischen Partei, diese erstaunliche Wortkombination auch 53 Jahre nach Kriegsende benutzen kann und dafür noch Applaus erntet.

Exil

Die »Frankfurter Allgemeine« schildert den Existenzkampf ihrer treuesten Abonnenten und Inserenten:

»Aufbruch und Erneuerung« hat die rot-grüne Koalition über ihr Regierungsprogramm geschrieben. Nach Aufbruch ist offenbar auch weiten Teilen der deutschen Wirtschaft zumute. Wer kann, der prüft ernsthaft die Möglichkeiten, sich in Europa oder außerhalb nach einem neuen Standort umzusehen. Wer das nicht kann, spricht wenigstens bildhaft vom Auswandern.

Deutsche Unternehmer im Exil. Wer gewährt ihnen Asyl? Wer zwingt sie, die Millionen zur Arbeit gezwungen haben, zur Unternehmerei? Wer vernichtet sie, die Millionen durch Arbeit vernichtet haben, durch Kapital?

Scheiß drauf

Fünf Meter hinter dem Stein, gewidmet »den Arbeitern des Stadtbezirks Berlin-Köpenick, die im März 1920 bei der Niederschlagung des reaktionären Kapp-Putsches ihr Leben ließen«, hat der Stadtrat eine öffentliche Toilette aufgestellt, was der Bürgermeister Klaus Ulbricht (SPD) so verteidigt:

Meine Anregung war, vielleicht hinter dem Stein des Denkmals gärtnerisch etwas zu versuchen, indem ein paar höhere Koniferen angepflanzt werden, damit es wenigstens optisch nicht zu sehr zur Beeinträchtigung des Denkmals kommt. Es gehört nun mal alles dazu. Gedenken an etwas und das Bedürfnis, im öffentlichen Raum auch eine Toilette unterzubringen.

Bei der Neuen Wache ließe sich das noch besser kombinieren, da ist das Dach fürs Pissoir schon drauf. Aber: »vielleicht gärtnerisch etwas zu versuchen« - ist das nicht Sinngehalt aller sozialdemokratischer Politik aller Zeiten?

Kontrolle ist besser

Die PDS wird künftig in der Kommission des Bundestags zur Parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste (PKK) vertreten sein. Sie wird dort fragen können, was bei der geheimdienstlichen Überwachung der PDS herausgekommen ist. Und nun gibt es zwei Möglichkeiten: Erstens, sie erfährt nichts, oder zweitens, sie wird mit Auskünften versorgt, die es der Parteiführung erleichtern, Überblick über das Treiben dissidenter Mitglieder zu behalten und diese auszuschließen. Wie sagt der Dichter? Der Parlamentarismus ist die Kasernierung der politischen Prostitution (KPP).

Aufklärung

Wenns ganz hart kommt, merkt es sogar der »Spiegel«:

Die Grünen haben mit einer Tradition aus ihrer Gründerzeit gebrochen. Die Spitzen der Bundestagsfraktion, Kerstin Müller und Rezzo Schlauch, nennen sich erstmals seit Einzug in das Parlament nicht mehr »Sprecher«, sondern, wie bei den etablierten Parteien, »Fraktionsvorsitzende«. Bei der Debatte über die künftige Fraktionsgeschäftsordnung am

vergangenen Mittwoch beantragte der grüne Abgeordnete Cem Özdemir plötzlich, das Führungspersonal »als das zu benennen, was es ist«.

Wenn das bloß nicht Schule macht und am Ende ein Abgeordneter verlangt, die grüne Partei als das zu benennen, was sie ist.

Zivilgesellschaft 1

Der Gatte spricht:

Gerhard Schröder 54, Bundeskanzler, verblüffte nach Aushändigung der Ernennungsurkunden durch Bundespräsident Roman Herzog seine im feinsten Tuch angetretene Kabinettsriege mit ambivalentem Spott. »So gekleidet, Herr Bundespräsident, werden Sie uns in Zukunft immer erleben: Ärmlich, aber reinlich. « Dann griff der frisch gekürte Regierungschef zum Gaudium der Anwesenden seinem Vize Joschka Fischer ans Revers, öffnete dessen Jacke und verkündete mit Blick auf das Firmenschild: »Ah, Cerruti.«

Zivilgesellschaft 2

Die geschiedene Gattin hat gesprochen:

Die Idee einer Kanzlerin findet Hillu Schröder gut. Doch sie selbst habe sich ein anderes Berufsleben bei einer Werbeagentur aufgebaut.

Wie der Geschiedene. Die Trennung der beiden verstehe, wer kann.

Was es alles gibt

Es gibt einen Bundesverband der Christlichen Demokraten gegen Atomkraft (CDAK). Es gibt die Preussen-Elektra, den größten Atomkraftwerksbetreiber Deutschlands. Und es gibt eine Preisfrage, die der CDAK gestellt hat: »An welchen Genossen wird Gerhard Schröder seinen Aufsichtsratsposten bei Preussen-Elektra weiterreichen?«

Schlimmbim

Auf die Frage der »Neuesten Dresdner Nachrichten«, welche Persönlichkeiten ein Amt in der Politik übernehmen sollten, stimmten die Befragten dieses Trio an die Spitze: Ulrich Wickert (30 Prozent), Friedrich Schorlemmer (29 Prozent) und Alice Schwarzer (26 Prozent). Bei dieser Funzel betrachtet, ist die Wahl zum Bundestag am 27. September ja noch einmal glimpflich ausgegangen.

Das Ei der Columbo

Aus einem Streitgespräch mit Alice Schwarzer in KONKRET 2/88:

Schwarzer: Natürlich gibt es in den sozialistischen Ländern zumindest auf dem Papier den Anspruch, daß die Frau auch ein Mensch ist, ein Anspruch, der nur sehr halbherzig eingelöst worden ist. Von Frauen aus der DDR weiß ich, daß dort seit etwa zwei Jahren die Sexwelle hereinschwappt, daß es überall Prostitution gibt und neuerdings sogar Fernsehshows, in denen Mädchen auch Arsch und Titten zeigen.

Gremliza: Was immer es davon geben mag - es ist in nichts mit jener Pornographie vergleichbar, die Andrea Dworkin in ihren Beispielen aus den USA beschreibt.

Schwarzer: Nein, das nicht, aber es ist doch eine Frage des Degrés. Es gibt erste Anzeichen einer Pornowelle, und wenn man nicht versucht, bewußt dagegenzuarbeiten, wird sich das entwickeln.

Gremliza: Warum?

Schwarzer: Weil der sogenannte Frauenbereich immer ausgeblendet und die patriarchalische Familie in ihrer alten Form und Sexualmoral nie in Frage gestellt worden ist. Zwar haben die Frauen das Recht, die Hälfte der Berufsarbeit zu tun, aber die Männer haben nicht die Pflicht, sich die Hälfte des Privatbereichs an die behaarte Brust zu nehmen.

Gremliza: Die Frauen haben dort doch ganz andere Möglichkeiten, die Männer in diese Pflicht zu nehmen, weil ein DDR-Mann, der seine Berufstätigkeit zugunsten der Kinderbetreuung unterbricht, die Garantie hat, später an seinen Arbeitsplatz zurück zu können.

Schwarzer: Rein formell geht das, aber die Sitten sind doch stärker, und es kommt eben darauf an, gegen diese reaktionären Sitten zu arbeiten, wenn man will, daß die formellen Rechte auch tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Gremliza: Bei uns kannst du lange gegen die Sitten arbeiten - solange es Realität ist, daß ein Mann, der sich für die Kinderbetreuung entscheidet, danach beruflich auf der Schnauze liegt.

Schwarzer: AIso gut: Es gibt wenigstens das Recht auf Arbeit. Worin ich jedoch erkenne, wie es um die Frauen steht, das ist der Grad des Biologismus, also die Frage, ob und wie sehr sich eine Gesellschaft auf die sogenannte Natur der Frau beruft. Gerade im Zuge der sogenannten Liberalisierung wird sehr viel davon geredet, daß Frauen doch Frauen sind und auch Frauen bleiben sollen.

Alice Schwarzer 1998 in »Emma« zu Erklärung, warum Frauen in der deutschen Politik so groß rauskommen:

Hinzu kommen die Frauen aus dem Osten. Die waren den Westmännern zunächst hochwillkommen, schienen sie doch keine Ahnung zu haben von dem so lästigen Feminismus. Doch siehe da, die Lebensrealität ist auch ein Stück Feminismus. Die in der DDR geprägten Frauen finden es weithin selbstverständlich, ein Recht auf Beruf und Kinderhilfe zu haben.

Die realsozialistische Lebensrealität war »auch ein Stück Feminismus«. Spät kommt ihr, doch ihr kommt zu spät, göttinseidank.

Von der Oder bis zur Saar

Titel des Berichts der »FAZ« über die Vereinigung des deutschen PEN-Clubs

Von der Oder bis zur Saar

Titel des Berichts der »Taz« über die Vereinigung des deutschen PEN-Clubs

Konkret 12/98, S. 12

Jürgen Elsässer

Rechte für Links

Die Nazis diskutieren Konsequenzen aus ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl - und hoffen auf Schröder

»Rechtswähler brachten Schröder Sieg«, lautete die Top-Schlagzeile auf der Titelseite des DVU-Blattes »Deutsche Wochen-Zeitung« nach der Bundestagswahl. Der Aufmacher lobt das Wahlergebnis als »verdiente Quittung für das totale Versagen der Kohl-Regierung seit 1982«. Und weiter: »Die deutsche Rechte -gerade unter dem Dach der DVU in einer stürmischen Aufwärtsentwicklung begriffen - mußte sich dieser Kohl-Abwahl ebenfalls beugen. Der Wunsch, Kohl zu entmachten, überragte an diesem Wahlsonntag alle anderen Überlegungen.« Der SPD-Kandidat sei »hunderttausendfach« von Leuten gewählt worden, die »Kohls Weg der Demütigung und der Schuld- und Sühnepolitik nicht länger mittragen wollten«. Ihr Grund: »Menschen haben Gerhard Schröder das Vertrauen geschenkt in der Hoffnung, mit ihm werde der eingeschlagene Kurs hin zur Chaos-Währung Euro vielleicht doch noch gestoppt. Andere haben mit der Schröder-Stimme das Holocaust-Mahnmal, das Kohl so sehr am Herzen lag, verhindern wollen. Ungezählte erinnerten sich am Wahltag an seine Versprechungen, kriminelle Ausländer unverzüglich abzuschieben.«

Die Wochenzeitung »Junge Freiheit« macht ihre Ausgabe vom 2. Oktober mit der Headline »Bonner Republik abgewählt« auf. Ähnlich wie die DVU-Konkurrenz sieht sie im »Wechsel eine Chance«: »Es wurde weniger Schröder gewählt - es wurde Kohl gestürzt. ... Das Problem der Zuwanderung: Hier mußte sich der CDU-Kanzler von Schröder eine härtere Gangart diktieren lassen.«

Euphorisch deliriert der vom RAF-Anwalt zum Nazi-Kolumnisten mutierte Horst Mahler auf Seite drei: »Kohl steht für eine Politikergeneration, die aus einem Schuldgefühl heraus Deutschland als Nation in das vereinigte Europa hinein auflösen wollte. Er und die jugendlichen Demonstranten, die im November 1989 mit der Losung >Nie wieder Deutschland! < durch Berlins Straßen zogen, sind vom selben Geist.« Zur Häme über die Niederlage des »Nie wieder Deutschland«-Kanzlers paßt das Lob für den Wahlsieger. »Jetzt haben wir einen Bundeskanzler der SPD, der das Hohenzollernschloß aufbauen will, sich für nationales Selbstbewußtsein ausspricht, der sich eine glanzvolle Hauptstadt wünscht, der eine freie Sprache spricht, der einen Bundeskulturminister inthronisieren will, auch gegen den föderalen Widerstand der Länder - das hat durchaus etwas mit einer atmosphärischen Veränderung in Deutschland zu tun. Wir sind in der surrealen Situation, daß die politische Landschaft links gefärbt ist, daß die mentale Landkarte aber eher rechts gefärbt ist«, schreibt Heimo Schwilk.

Zwar hat die seriöse Wahlforschung bisher noch keine statistische Untersuchung vorgenommen, die die Annahme einer Präferenz rechtsradikaler Wähler für die SPD am 27. September verifizieren könnte. Doch einige Vorab-Erhebungen weisen durchaus in diese Richtung. So haben die Politologen Richard Stöss und Oskar Niedermayer von der FU Berlin im Juli 1998 eine Erhebung über »Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998« vorgelegt. Auf der Basis von 3.764 Befragten errechneten sie 13 Prozent mit rechtsextremem Weltbild, wobei im Osten (17 Prozent) der Anteil fast um die Hälfte größer ist als im Westen (12 Prozent). In diesem rechtsextremen Potential war die SPD am beliebtesten - 30 Prozent im Westen und 29 Prozent im Osten gaben an, zur Bundestagswahl diese Partei wählen zu wollen (CDU: 22 bzw. 17 Prozent):

So unappetitlich die rechten Hoffnungen auf Schröder sind, so erfreulich ist zunächst, daß sie wesentlich als Surrogat für fehlende eigene Erfolge daherkommen. So war etwa die DVU davon ausgegangen, nach ihrem Schock-Ergebnis bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt (12,9 Prozent) auch am 27. September die Fünf-Prozent-Hürde überspringen zu können. Zumindest für die gleichzeitige Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern war diese Erwartung auch von einigen Meinungsforschungsinstituten geteilt worden - der Verfassungsschutz hatte sogar befürchtet, daß mit DVU und NPD zwei rechtsradikale Gruppierungen gleichzeitig die Sperrklausel überwinden könnten - erstmals nach 1945. Das Ergebnis lag deutlich darunter: Die DVU landete bundesweit bei 1,2, die Rep-Partei bei 1,8, die NPD bei 0,3 Prozent. In Mecklenburg Vorpommern erreichte die DVU 2,9 und die NPD 1,1 Prozent - die Republikaner mußten sich gar mit 0,5 Prozent begnügen.

Dennoch besteht kein Anlaß zur Entwarnung. Vergleicht man das rechtsradikale Abschneiden nicht mit Sachsen-Anhalt, sondern mit den Bundestagswahlen 1994, so fällt ein steiler Anstieg ins Auge. So stimmten 1994 lediglich 1,9 Prozent der Wähler für eine offene Fascho-Partei (damals kandidierten nur die Reps), diesmal waren es 3,3 Prozent (Rep, DVU, NPD). Nimmt man die Ergebnisse der Krypto-Faschisten hinzu, so muß man eine Verdoppelung der Klientel konstatieren: 1994 stimmten neben den 1,9 Prozent für die Reps weitere 0,4 Prozent für die grün-braune ÖDP - zusammen 2,3 Prozent. 1998 kamen zu den 3,3 Prozent für die drei Fascho-Parteien noch 0,9 Prozent für die Pro-DM-Partei, 0,2 Prozent für den »Bund freier Bürger« und 0,2 Prozent für die ÖDP hinzu - macht zusammen 4,6 Prozent.

Neben der Verankerung unter Jung- und Erstwählern - jeder zehnte junge Mann stimmte bundesweit für eine der rechtsradikalen Parteien -, sind besonders die Resultate in den regionalen Hochburgen besorgniserregend: So verbesserten sich die Republikaner in Baden-Württemberg von 3,1 auf 4,0 Prozent, und in den neuen Bundesländern erreichte allein die DVU 2,8 Prozent, zusammen mit Reps und NPD sogar 5,0 Prozent. In Sachsen kamen alle im letzten Absatz genannten rechten Organisationen zusammen auf 9,0 Prozent (allein DVU plus Rep plus NPD 5,7 Prozent), in Brandenburg auf 7,7 (5,2) Prozent, in Thüringen auf 7,3 (4,5) Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern auf 6,1 (4,3) Prozent, in Sachsen-Anhalt auf 6,0 (4,1) Prozent. Vor diesem Hintergrund nehmen die Versuche zu, für die Urnengänge 1999 die Zersplitterung in konkurrierende Kandidaturen zu überwinden. »Die Rechte ist jetzt aufgerufen, endlich einen Weg der Absprache und Zusammenarbeit zu finden. Das vorrangige Mindestziel ist einstweilen, sich nicht bei den Wahlen zu blockieren und jeden rechten Bruderkrieg ... zu unterlassen«, fordert die DVU Das läuft auf eine Neuauflage des Vorschlages hinaus, die Claims bei Landtagswahlen untereinander gütlich aufzuteilen, etwa nach dem Motto: Die NPD bekommt freie Bahn in Sachsen, die Republikaner in Baden-Württemberg, die DVU in Thüringen. Ob die NPD, die ein solches Ansinnen der DVU im Sommer noch schroff abgelehnt hat, nach ihrem unerwartet schlechten Abschneiden in Mecklenburg-Vorpommern dieser Offerte zustimmen wird, ist schwer zu sagen. Noch schwieriger dürften Absprachen oder gar Bündnisse zwischen DVU und Reps zu erreichen sein, denn deren Bundesvorsitzender Schlierer will eine Abgrenzung zum offenen Nazismus und setzt eher auf ein Bündnis mit dem BfB. Der Aufstand des Hardcore-Flügels bei den Republikanern unter Parteivize Käs, der im Unterschied zu Schlierer mit der DVU zusammengehen würde, ist dagegen schon im Ansatz gescheitert: Selbst nach dem schwachen Rep-Abschneiden bei der bayrischen Landtagswahl blieb Käs mit seiner Kritik isoliert; nach der Konsolidierung der Reps am 27. September dürfte Schlierer seine Position weiter gefestigt haben.

Die wahltaktischen Überlegungen der Rechtsradikalen sind teilweise unterfüttert mit interessanten Analysen über die Zukunft des traditionellen Parteiensystems. So geht etwa Alain De Benoist, ein intelligenter Faschist aus der Nouvelle Droite, in der »Jungen Freiheit« davon aus, daß die »neue Mitte« von Schröder, Blair und Co. die bürgerliche Rechte marginalisieren könnte, da sie »von dieser das Programm übernimmt und sich darauf beschränkt, lediglich eine kleine >Dosis Herz< hinzuzufügen«.

Um dieser Marginalisierung durch die »neue Mitte« zu entgehen und wieder eigenes Profil zu gewinnen, so jedenfalls die Prognose von »Junge Freiheit«-Kommentator Roland Bubik, müßten die Unionsparteien nach rechts gehen. »Dies ist eine Chance für demokratische Rechte (»JF«-Slang für Rechtsradikale; J. E.): nicht mehr nur als Stimmvieh >integriert< zu werden, sondern verantwortlich an der Führung der Partei mitzuwirken. « Bubiks Appell zur Unterwanderung von CDU/CSU schließt mit der von den grünen Realos übernommenen Parole: »Hin zur Mitte, hin zur Verantwortung, heraus aus dem bequemen Eck der >Fundamentalopposition<.«

Die Gegenposition - Beharren auf der rechtsradikalen Fundamentalopposition - vertritt die DVU. Zur Begründung setzt sie an dem Widerspruch an, den sie zwischen der Schröder-Linie und dessen rot-grüner Mannschaft konstatiert. »Der neue Kanzler steht sicher nicht für einen Linksruck in der Bundesrepublik Deutschland. Doch reiben sich Trittin-Jünger sicher schon die Hände in der Hoffnung, Deutschland den Garaus zu machen«, wettert etwa die »Deutsche Wochen-Zeitung«.

Vor diesem Hintergrund setzt die DVU auf eine schnelle Ernüchterung der rechtsradikalen Schröder-Wähler und unterstellt, anders als die »Junge Freiheit«, daß die CDU nicht in der Lage sein wird, die Frustrierten wieder an sich zu binden: »Daß man >den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben(hat, wird nach Lage der Dinge schon bald einem erheblichen Teil jener aufgehen, die sich voll Wut von Kohl ab- und Schröder, d. h. Rot-Grün zugewendet haben. Die Erinnerung an die miserable Leistung der CDU-geführten Bundesregierung wird noch zu lebendig sein, als daß sich ausgerechnet die Christdemokraten nun ihrerseits wieder als Retter verkaufen könnten. Hier wächst ab jetzt von Tag zu Tag erneut die Chance der Rechten.«

»Die Ernüchterung kommt« - so begründeten Kommunisten immer wieder ihre Unterstützung für sozialdemokratische Regierungen: Wenn die Sozis abwirtschaften, kommen die Enttäuschten zu uns - so das Einheitsfront-Credo. »Die Ernüchterung kommt« - so ist auch ein Schönhuber-Pamphlet in Freys »National-Zeitung« überschrieben, in der er seine rechtsradikalen Freunde vor der »Hinwendung zur Mitte« als »Weg ins Nichts« warnt. Statt dessen solle angesichts der zu erwartenden Desillusionierung über Rot-Grün offensiv mit Faschismus geworben werden - als Ausweg aus der Krise des Kapitalismus. O-Ton Schönhuber: »Wir befinden uns mitten in einer schleichenden ökonomischen Weltkrise. Alte Menschen und erfahrene Banker denken mit Schrecken an den weltweiten wirtschaftlichen Zusammenbruch im Jahre 1929. Es bedeutet alles andere als eine grundsätzliche Bejahung des faschistischen Systems in Italien, wenn man auf die nicht zu bestreitende Tatsache hinweist, daß es als einziges Land der Welt die Krise nahezu unbeschädigt überstanden hat. Durch straffe planerische Lenkung, die durch ständestaatliche Ausrichtung und das System der Kooperativen ermöglicht wurde, gelang es, die nationalen Interessen zu bewahren und einen Damm gegen die Katastrophe zu errichten.«

Zu befürchten ist, daß diese Sirenengesänge von »planerischer Lenkung« und dem »System der Kooperativen«, womit ein »Damm« gegen die globalisierte Wirtschaft gebaut werden soll, insbesondere an der Wählerbasis von PDS und Ost-SPD nicht auf taube Ohren treffen werden. Genaueres wird man nach den Europa-Wahlen und den Sächsischen Landtagswahlen

im nächsten Jahr wissen.

Konkret 12/98, S. 14

Jürgen Elsässer, Michel Friedmann

»Das hat mich sehr irritiert!«

KONKRET-Interview
Jürgen Elsässer sprach mit Michel Friedmann, Mitglied der CDU und des Zentralrats der Juden in Deutschland, über den Start von Rot-Grün und die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas seit der Wiedervereinigung

KONKRET: Wie beurteilen Sie die Rede von Martin Walser anläßlich 0 *der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels?*

Friedmann: Es war das falsche Signal und kann eine fürchterliche Wirkung haben. Walser hat engagierte Menschen entmutigt und viele ermutigt, die ich lieber entmutigen würde. Man muß damit rechnen, daß die Revisionisten und Schlußstrichzieher ihn genüßlich zitieren werden. Walser ist ein Mann des Wortes und müßte Worte finden, die nicht mißverständlich sind - gerade an diesem Ort, der Paulskirche, gerade bei der Verleihung dieses Preises, des Friedenspreises, und gerade bei diesem Thema, dem Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit. Doch Walsers Rede war deutlich interpretationsfähig - mit anderen Worten: Sie war deutlich. Wenn früher ein Otto Normalverbraucher loswerden wollte, daß er »von all dern« nichts mehr hören will, mußte er sich auf Schönhuber berufen - jetzt kann er sich hinter Walser verstecken.

Sehen Sie Unterschiede zu früheren »Tabubrüchen« ähnlicher Art, zum Beispiel die Ehrung der Waffen-SS-Gräber in Bitburg 1985 oder die Jenninger-Rede zur Reichspogromnacht 1988?

Ich vergleiche nicht gerne. Jedes dieser Ereignisse steht auf deutliche und doch unterschiedliche Art für einen Tabubruch. Und mir fällt die Un-Verschämtheit auf, mit der solche Tabubrüche in den letzten Jahren begangen werden. Nehmen Sie als Beispiel die Ablehnung des Holocaust-Denkmals durch Michael Naumann, mittlerweile Minister der neuen Regierung. Was mich beunruhigt, ist nicht die Ablehnung des Denkmals an sich - dafür mag es Gründe geben -, sondern Naumanns barscher, apodiktischer Ton. Der Ton ist es, der hier die Musik macht - genau wie bei Walser.

Bei Jenningers Rede gab es einen Riesenaufstand, schließlich mußte er zurücktreten - während bei der Walser-Rede alle geklatscht haben.

Mittlerweile sind einige doch etwas nachdenklicher geworden. Vielleicht haben sich manche auch blenden lassen durch einiges, was Walser in seiner Rede richtig beschrieben hat - um leider die völlig verkehrten Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Ein Beispiel: Walsers Kritik an der Ritualisierung des Gedenkens hat insofern ein richtiges Element, als jede Form der Ritualisierung die Gefahr der Versteinerung der Erinnerung in sich birgt. Und dennoch ist Ritualisierung in jeder Gesellschaft eine notwendige Stütze, wenn sich die zeitliche Distanz zu einem geschichtlichen Ereignis immer mehr vergrößert und daraus keine intellektuelle oder emotionale Distanz werden soll. Wir brauchen also neue Formen des Gedenkens - das ist unstrittig. Aber im Unterschied zu Walser möchte ich festhalten: Es gibt nicht zu viel Erinnerungsarbeit, sondern zu wenig. Ein weiteres Beispiel: Es ist richtig, daß es eine Inflationierung des Redens vom Holocaust gegeben hat, etwa in der Begrifflichkeit »Tier-Holocaust« oder »Hühner-KZ«. Dieser Befund darf aber nicht dazu führen, die Beschäftigung mit dem realen Holocaust abzulehnen. Und vor allem: Es gibt tatsächlich eine Inflation des Gestrigen - das ist aber nicht etwa das Ausufern des Erinnerns, wie Walser irrtümlich meint, sondern die Wiederkehr des alten Nazi-Ungeists. Die Brandstifter werden gewählt, sie sitzen in den Parlamenten, sie rufen zur Gewalt auf

Eine große Illustrierte hat den Wahlausgang mit der Zeile »Deutschland wird rot« kommentiert. Nun hat aber gerade der neue Kanzler sich in einer entscheidenden Frage - der des Holocaust-Mahnmals -eher rechts vom alten Kanzler positioniert. Auch zur Walser-Rede gab es keine Kritik aus den Reihen der neuen Regierung, auch nicht aus ihrem intellektuellen Troß. Driftet die Berliner Republik also nach rechts, auch wenn sie von einem früheren Juso- Vorsitzenden regiert wird?

Ich weiß nicht, ob man das mit dem Links/Rechts-Raster erklären sollte. Mich hat jedenfalls sehr irritiert, daß im Sommer Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine ihre Ablehnung des Holocaust-Mahnmals verkündet haben - obwohl sie sich vorher noch nie dazu geäußert hatten. Im Zusammenspiel mit Eberhard Diepgen ist es auf diese Weise der SPD-Spitze gelungen, die Planungen für das Denkmal zu stoppen. Ebenfalls sehr irritierend war, als sich Schröder vor kurzem zur Entschädigung von Zwangsarbeitern äußerte und sagte, er als Kanzler müsse auch die Interessen der deutschen Industrie schützen. Ich sehe das anders: Nicht die deutsche Industrie, also die Täter, sondern die Opfer der deutschen Industrie, also die Zwangsarbeiter, müssen geschützt werden und endlich Recht bekommen. Es gibt offensichtlich zu wenig Sensibilität in diesen Fragen. Übrigens nicht erst seit einigen Wochen oder Monaten. In den letzten zehn Jahren hat sich das gesellschaftliche Klima in diesem Land wesentlich verschlechtert. Die gesellschaftlichen Diskurse haben eine rechtsnationale Prägung bekommen -rechtsnational ist nicht gleich rechtsradikal, aber es ist ein Grenzbereich. Nehmen Sie etwa die Äußerungen eines Zitelmann oder eines Nolte, die das Moderne am Nationalsozialismus gerühmt haben. Solche

Dinge sind in den letzten Jahren salonfähig geworden -an den Universitäten, in den Medien. Natürlich ist so etwas auch früher gedacht und gesagt worden - aber nicht öffentlich. Das ist der Unterschied.

Was hat diesen gesellschaftlichen Klima-Umschwung in den letzten zehn Jahren bewirkt?

Das hat auch mit der Wiedervereinigung zu tun. Knapp zwanzig Millionen Menschen wurden Bundesbürger, die mit der Meinung aufgewachsen waren, sie seien nicht nur das antifaschistische Deutschland, sondern sie und ihre Eltern seien auch Opfer der Nazis gewesen. Aber auch in der alten BRD sind deutliche Enttabuisierungstendenzen feststellbar gewesen.

Hatte Grass also nicht Recht, als er vor der Wiedervereinigung warnte: »Deutschland denken heißt Auschwitz denken«?

Nation ist nicht gleich Nationalismus, Historisch ist der Begriff natürlich belastet, politisch ist er es nicht - jedenfalls nicht, wenn man statt »Blut und Boden« Freiheit und Menschenrechte als Synonym für Nation sieht. Es gibt keine kausale Beziehung zwischen nationaler Identität und Verdrängung des Holocaust. Im Gegenteil: Mit einer selbstbewußten nationalen Identität müßte man das Holocaust-Mahnmal sogar offensiv befürworten können, da es doch ein Ausdruck für die Vorwärtsentwicklung der eigenen Nation wäre. Warum hat man solche Angst vor diesem Mahnmal, warum provoziert es so viel Ablehnung? Ich denke, das hat eher mit der Schwäche, der Unreife nationaler Identität zu tun.

Dann wäre für Sie die Entscheidung pro Holocaust-Denkmal gleichzeitig der Lackmus-Test für die zivilisatorische Reife der Deutschen?

Es ist einer der Tests für das vereinigte Deutschland, für das vereinigte Berlin. Wenn die Deutschen mit der geschichtlichen Wahrheit entspannt umgingen, könnten sie das Mahnmal zulassen. Nur wer die Vergangenheit verdrängt, wird durch ein solches Monument irritiert. Viele Deutsche halten es für unerträglich, immer wieder an einem solchen Denkmal vorbeigehen zu müssen. Es wird nicht berücksichtigt, daß auch ich und andere Juden, die sich für das Leben in Deutschland entschieden haben, täglich an die Vergangenheit erinnert werden: Wir begegnen Deutschen, von denen wir nicht wissen, ob sie die Mörder unserer Angehörigen sind. Wir müssen diese Konfrontation mit der Vergangenheit aushalten, aber viele nicht-jüdische Deutsche wollen sich dieser Vergangenheit nicht stellen - obwohl sie doch nur mit einer Erinnerung aus Stein konfrontiert wären, während wir auf Menschen mit mörderischen Biographien treffen können.

Diese verdrängungssüchtigen Deutschen _finden sich offensichtlich nicht nur unter den ehemaligen DDR-Bürgern.

Natürlich war es auch in der Alt-Bundesrepublik schwierig gewesen, eine Medizin gegen die Amnesie zu verabreichen. Denn der Drang, die Geschichte und die deutschen Verbrechen zu vergessen, korreliert doch zu gut mit einem menschlichen Grundbedürfnis: sein Ich zu finden, und dieses Ich in eine intakte Geschichte der eigenen Familie, der eigenen Eltern einzubetten.

Aus der »Verteidigung der Kindheit« erwächst wohl auch bei Walser das Bedürfnis nach einem Schlußstrich.

Aber die Kindheit wird auf diese Weise nicht verteidigt! Im Gegenteil: Man nimmt den Jugendlichen ihre Geschichte, die Vergangenheit ihrer Familie, man stumpft ihre Sehnsucht nach Wahrheit und Wahrhaftigkeit ab. Sind Jugendliche nicht für jede Wahrheit dankbarer, und sei es die schrecklichste, als für das Nicht-Wissen, das Verschweigen?

Ich halte es für unverantwortlich, jungen Menschen zu vermitteln, daß die offensive Beschäftigung mit Geschichte eine Belastung sei. Geschichtslosigkeit bedeutet Gesichtslosigkeit! Junge Menschen haben in der Regel keine Angst oder Befangenheit bei der Befassung mit der Vergangenheit. Die empfinden sie höchstens, wenn sie ihnen von der Eltern-Generation vermittelt wird. Sich mit der Nazi-Geschichte zu beschäftigen, hilft Einstellungen und Werte zu finden für die Gegenwart. Aus der Frage: Was hätte ich damals getan, um ein anständiger Mensch zu bleiben, entsteht Verantwortung: Was mache ich heute? Walser stiehlt den jungen Menschen die Möglichkeit, zu sich zu finden. Man muß ihnen die Chance geben, sich für Hitler zu schämen -und gleichzeitig Goethe zu entdecken und so auch den Humanismus.

Welche Mitverantwortung trägt Ihre Partei, die CDU. an der Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas?

Sie hat in der Frage des Umgangs mit den Fremden nicht die Lust auf das Fremde und die Fremden, sondern die Last hervorgehoben. Sie hat vor der Vielfalt der Menschen gewarnt - anstatt zu sehen, daß die Einfalt bei Menschen eine viel größere Gefahr ist. Konkret: das Staatsbürgerrecht. Die CDU hätte sich der notwendigen Änderung, die jetzt die neue Regierung in Angriff genommen hat, nicht entgegenstellen dürfen - sie hätte selbst ihr Motor sein müssen!

Einer der entschiedensten Gegner eines neuen Staatsbürgerrechtes ist der bayrische Ministerpräsident Stoiber Viele sagen, er sei der kommende starke Mann in der Union.

Jede Prognose, wohin die Union geht, ist eine Projektion - entweder von Wunsch- oder von Angstvorstellungen. Noch ist nichts ausgemacht. Es wird eine ganz grundsätzliche Auseinandersetzung geben: Will die CDU eine moderne konservative Partei sein - oder eine versteinerte und rückwärtsgewandte? Das muß entschieden werden. Der Versuch, beide Richtungen zu versöhnen, ein dritter Weg des Sowohl-als-auch, wird die CDU zu einer Antiquität verkommen lassen. Allerdings habe ich den Eindruck, daß es in der CDU mehr Bereitschaft zum Streit gibt als in der SPD. Das stimmt mich optimistisch.

Der erste von den Wählern erzwungene Kanzlerwechsel in der Geschichte der Bundesrepublik könnte als Signal gesehen werden, daß in der Gesellschaft die Bereitschaft zum Streit, zur Einmischung wächst.

Wir brauchen dringend mehr Kontroverse. In Deutschland gilt der Kompromiß als Weg und als Ziel gleichzeitig - das ist unerträglich. Das hätte die »neue Mitte« jetzt aufbrechen können - schade drum, sie haben's nicht gemacht. Den Koalitionsverhandlungen hat jede Lust zur Kontroverse gefehlt. Natürlich muß eine Kompromißbildung sein, doch nachvollziehbar wird sie nur, wenn deutlich gemacht wird, von welchen unterschiedlichen Ausgangspunkten man gestartet ist. Das ist nicht geschehen. Pragmatismus war Trumpf. »Wir dürfen die Koalition nicht gefährden und deshalb: kein Streit.« Das galt die letzten 16 Jahre auch schon, dafür hätte es keine neue Regierung gebraucht. Aufbruchstimmung? Leider Fehlanzeige.

Konkret 12/98, S. 16

Initiative Sozialistisches Forum

Bündnis für Lüge

Die SPD bleibt sich seit 130 Jahren treu: Wie ein Bluthund über die Produktionsverhältnisse wachend, predigt sie die Versöhnung von Arbeit und Kapital und tut einfach alles für den starken Staat

Lügen haben kurze Beine: Jemanden, der seine Mitmenschen mit hehren Ansprüchen und hochtrabender Gesinnung traktiert, während er selbst nicht nur vor jedem Sachzwang kapituliert, sondern sogar Sachzwänge erfindet, um endlich kapitulieren zu können, würde man anfangs mit seinem Widerspruch konfrontieren, ihn dann aber, erweist er sich als notorischer Lügner, wohl einen gemeinen Menschen nennen. Nicht aber einen Sozialdemokraten.

Sozialdemokratie ist, wenn der Abgrund, der zwischen Absicht und Ergebnis sich auftut, mit traumwandlerischer Sicherheit überbrückt wird und sodann der Eindruck entsteht, man habe es mit Pfadfindern zu tun, die schier übersinnliche Kräfte besitzen. Es macht die Schönheit wie die Heimtücke des sozialdemokratischen Charakters aus, über jeden Widerspruch erhaben zu sein, d. h. prinzipienfesten Opportunismus und flexiblen Dogmatismus synthetisch in sich zu vereinen und diese Kombination gar noch als besonderen Vorzug auszugeben, für den zu danken sei. Darin liegt der Unterschied zwischen Lüge und Ideologie, daß lügen immerhin eine Leistung des menschlichen Verstandes darstellt, derer noch der Dümmste fähig ist. Das hat der notorische Lügner dem Sozialdemokraten voraus, unter dessen Scheitel sich das notwendig falsche Bewußtsein ganz wie von selbst denkt. Der Ideologe denkt nicht. Es denkt in ihm. Der Widerspruch zwischen Gesinnung und Sachzwang ist kritisierbar, der sozialdemokratische Charakter ist es nicht, denn Kritik setzt Gedächtnis voraus, das Bewußtsein des Widerspruchs.

Durch alle Widrigkeiten und Widersprüche der Geschichte hindurch ist sich die Sozialdemokratische Partei bemerkenswert treu geblieben - ihrer historischen Mission wie ihrer gesellschaftlichen Funktion verpflichtet, dem Gedanken der vernünftigen Einrichtung der Gesellschaft mit bestem Wissen und Gewissen ein Schnippchen zu schlagen. Denn »der eigentümliche Charakter der Sozial-Demokratie faßt sich dahin zusammen«, wußte Karl Marx, »daß demokratisch-republikanische Institutionen verlangt werden, nicht um zwei Extreme, Kapital und Lohnarbeit, beide aufzuheben, sondern um ihren Gegensatz abzuschwächen und in Harmonie zu verwandeln«. Die SPD ist das Partei gewordene Sowohl-als-auch und die organisierte Wirklichkeit des logisch Widersinnigen, die Partei der Vermittlung von sozialer Gesinnung und kapitalem Sachzwang, schließlich die Partei des Bündnisses des, wie's im Wahlprogramm 98 der SPD steht, »Produktionsfaktors Arbeit« mit dem »Produktionsfaktor Kapital«.

Es versteht sich, daß derartige Kompromißbildungen nur durch Ersatzleistungen zu haben sind, nur im Wege einer Flucht nach vorn und nur um den Preis des vorbehaltlosen Engagements für eine höhere und vermittlungstüchtige Instanz: den Staat des ganzen deutschen Volkes. Was zwischen der Arbeit, die tatsächlich das Produktionsfaktotum darstellt, und dem Kapital, das alles andere ist als ein Faktor, allein vermittelt, soll ihr gemeinsames Deutschtum sein inmitten der sogenannten Volkswirtschaft. Das stiftet den »dritten Weg«, den leuchtenden Pfad der Sozialdemokratie, den Schröders Ex-Kandidat Stollmann so kartographiert: »Dieser dritte Weg, nicht links, nicht rechts, nicht ideologisch, sondern pragmatisch, wird ein eigener deutscher Weg sein müssen.« Dieser deutsche Weg zur sozialen Demokratie wird der wie üblich atemberaubende Slalom zwischen der Gesinnung und dem Sachzwang sein und das kleinere Übel, das die noch größeren vorbereitet. Denn die Schrödersche Klage darüber, »daß die Deutschen sozial gespalten worden sind«, ergeht nicht im Interesse der definitiven Behebung der Ausbeutung und anderer materieller Beschwerden, sondern, wie der demagogische Ton schon anklingen läßt, zum Zwecke der Vereinheitlichung der Deutschen als Volk im Staat. Dem, »der versucht, das Volk zu spalten«, wird der Kampf angesagt: Das ist das einzige Wahlversprechen, das bestimmt wahrgemacht werden wird. Ein Debakel werden die nächsten vier Jahre auf jeden Fall werden, jedoch leider nicht, wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« am Tag danach befürchtete, ein »Debakel für Deutschland«.

Ob die SPD daher von Proletariern sprach, aber die deutsche Arbeitskraft meinte; ob sie eine komplette Internationale gründete, um ihren Nationalismus besser zu kaschieren; ob sie für den Sozialismus agitierte, dabei aber die Verstaatlichung im Auge hatte; ob sie den Klassenkampf gegen den Kaiser simulierte, um den Burgfrieden mit dem Kapital zu erkämpfen; ob sie die »Wirtschaftsdemokratie« proklamierte und dafür Rosa Luxemburg ermorden ließ; ob sie die Weimarer Republik gegen links verteidigte, um besser vor Hitler kapitulieren zu können; ob sie das Grundgesetz als den Hebel zum sozialen Rechtsstaat lobte, um es sodann von der Notstandsgesetzgebung über die Berufsverbote bis zur Zerstörung des Asylrechts auf seine tatsächliche, ganz flausenlose Funktion eines Geschäftsverteilungsplans zur besseren Ausübung der Staatsmacht zu skelettieren - was immer die Sozialdemokratie unternahm, nie stellte sich das schlechte Gewissen ein, das sogar den notorischen Lügner von Zeit zu Zeit plagt.

Die Geschichte hat die sozialdemokratische Idee so wenig zu widerlegen vermocht, daß sie sie vielmehr als eine veritable Ideologie bekräftigte: die Idee der sozialen Gerechtigkeit als Äquivalenz, als Vorstellung vom gerechten Geben und Nehmen, vom gerechten Preis für deutsche Wertarbeit. Die Sozialdemokratie bringe, wie die »Frankfurter Rundschau« den

Wahlausgang kommentierte, »den tiefverwurzelten Wunsch zum Ausdruck, man möge die Begriffe für staatliches Handeln nicht nur der Welt des großen Geldes entnehmen«, und sie stehe »für eine an den Bedürfnissen der eher kleinen Leute ausgerichtete Politik«.

Kleine Leute, großes Geld: Die Sozialdemokratie kann im Jenseits der Kritik agieren, weil das Gesellschaftsbild, das sie vertritt, Tag für Tag als ungedachtes Denken ganz von selbst der kapitalisierten Gesellschaft aus allen Ritzen sickert und sich das hellsichtige Bewußtsein der vollendeten Bewußtseinstrübung in den Köpfen ablagert. Das Programm der Partei ist das Programm, das die Verhältnisse sich selbst vorschreiben. Kein Wunder daher, daß das Kalkül der Partei auf die Gedächtnislosigkeit ihrer Mitglieder, Wähler und Sympathisanten immer schon aufging. Das macht einerseits die gesellschaftliche Form der Partei selbst: Parteien sind mit Willen und Bewußtsein betriebene Anstalten zur Liquidation von Willen und Bewußtsein, das heißt zur Reproduktion von Ideologie in der Form ihres Gegenteils. Das macht andererseits das im Wesen von Ideologie liegende totalitäre Umsichgreifen von reiner Aktualität, von nichts als Gegenwart, worin sich der Angriff des Kapitals auf die übrige Zeit und auf das Gedächtnis niederschlägt. Denken als Verdoppelung dessen, was ohnehin der Fall ist: Was die Leute sowieso tun müssen, das haben sie zu allem Überdruß auch noch zu wollen.

Die Idee der sozialen Gerechtigkeit als das Pfund, mit dem diese Partei politisch wuchert, ist der phantastisch zur regulativen Ethik und zur Moral, gar zur Utopie aufgebauschte Inbegriff des Warentausches, des alltäglichen Gleich um Gleich von Ware gegen Geld. Auch der »Produktionsfaktor Arbeit« unterliegt dem Gesetz der Äquivalenz; und Ausbeutung ist alles andere als Betrug, sondern die genaue Konsequenz der Gerechtigkeit. Die Sozialdemokratie kann, wie Marx diagnostizierte, »den notwendigen Unterschied zwischen der realen und der idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht begreifen und übernimmt daher das überflüssige Geschäft, den idealen Ausdruck, das verklärte und von der Wirklichkeit selbst als solches aus sich geworfene Lichtbild, selbst wieder verwirklichen zu wollen«. Also das Gleiche noch einmal, aber anders, so, daß es keiner merkt. Die wie die Faust aufs Auge zur Ideologie passende Praxis heißt: Politik. Zum bewußtlosen Bewußtsein hat sich das gegenstandslose und an sich selbst nichtige, dafür um so hektischere Handeln zu gesellen, der Betrieb, der immer weitergehen muß, die umtriebige Vermittlung der vielen Interessen hinein in das eine und gültige Gesetz des Staates.

Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei ist die Geschichte der mehr als hundertjährigen Wiederkehr des Immergleichen, die abwechslungsreiche Geschichte eines monotonen Elends, das immer anders aussieht und auf immer neue Namen hört. Ob Gustav Noske, der Bluthund, oder Willy Brandt, der Menschenfreund, ob Eduard Bernstein, dem der Weg schon Ziel genug war, oder Kurt Schumacher, dem, wie Stalin, mehr Staat noch mehr Sozialismus bedeutete, ob Karl Kautsky, der vom »sozialistischen Geld« faselte, oder Herbert Wehner, der demokratisierte Stalinist von Graden, ob Friedrich Engels, der auf seine alten Tage das allgemeine Wahlrecht als Revolutionsersatz feierte, oder Gerhard Schröder, diese unglaubliche Verschraubung von Wetterwendigkeit und autoritärem Charakter -ganz egal, ob »Mehr Demokratie wagen« oder noch mehr Volkswagen: Kein Widerspruch tut sich auf, sondern janusköpfig zeigen sich die viel zu vielen Gesichter des sozialdemokratischen Charakters, der sich mit sich selbst allemal im Reinen befindet, insbesondere dann, wenn es, sagt Oskar Lafontaine, um die »deutsche Identität« geht. Daraus gewinnt die SPD ihr unnachahmliches Profil, daraus ihre, solange Kapital akkumulieren wird, beständig wiederkehrende und nimmer erlöschende Modernität. Fast könnte man glauben, die Sozialdemokratie sei keine Veranstaltung von Menschen, sondern ein Naturphänomen, mit dem man leben muß wie mit dem Himmel über Berlin - es gibt bekanntlich kein schlechtes Wetter, nur schlechte Kleidung -, wenn nicht das »überflüssige Geschäft« der Verwirklichung der je schon präsenten Ideologie mit den Mitteln der Politik, dem sie sich restlos verschrieben hat, einige für das Kapital höchst profitable, dagegen für alle, die an der vernünftigen Einrichtung der Gesellschaft interessiert sind, ziemlich fatale Folgen nach sich zöge.

Denn die pünktliche Wiederkehr der Sozialreform immer dann, wenn Sozialrevolution fällig wäre, war noch stets Indiz dafür, daß die ganz großen Katastrophen unmittelbar bevorstehen. Reformwille und Reformismus sind immer dann am stärksten, wenn der Staat endlich ein guter Mann sein soll, d. h. wenn die Neigung zum autoritären Staat übermächtig wird. Anders gesagt: So wenig man die Sozialdemokratie versteht, wenn man nicht begreift, daß sie an Hitler so ursächlich schuld gewesen ist wie an Stalin, so wenig versteht man sie, wenn man nicht begreift, daß die großen Friedenskundgebungen, zu denen sie im Sommer 1914 mobilisierte, zur Bewilligung der Kriegskredite am 4. August so wenig im Widerspruch stehen wie die Raupe zum Schmetterling: Nicht »Verrat« war es gewesen, sondern Selbstverwirklichung. Der Pazifismus gibt verläßlich die Verpuppung, in der sich der Nationalismus auf Touren bringt. Der Reformismus, der jetzt ans Ruder gekommen ist, wird den Nationalismus, an dem schon bisher kein Mangel war, dadurch beschleunigen, daß er »das Soziale« in ihn hineinwebt, dadurch, daß er die Demagogie vom »deutschen Interesse« mit einer gewissen Sorte Kapitalismuskritik verhandeln wird, die dem ganz besonderen Haß der kleinen Leute aufs große Geld Futter gibt. Fast möchte man meinen, die Wahlpleite von DVU & Co. sei eine freundliche Ermunterung für die SPD, es selbst mit sozialem Nationalismus und dann vielleicht mit der Vertauschung von Adjektiv und Substantiv zu versuchen.

Nichts weniger als ein Geschichtszeichen ist es daher, daß ausgerechnet in der Wahlnacht das Grab Heinz Galinskis, des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, von den üblichen »Unbekannten« geschändet wurde. Denn es bezeichnet allerdings eine neue Qualität, wenn Helmut Schmidt in der »Zeit« gegen den »spekulativen

Raubtierkapitalismus« agitiert und sich zu der Meinung versteigt: »Die Funktionstüchtigkeit des freien Welthandels und der hoch arbeitsteiligen globalen Wirtschaft ist für sechs Milliarden Menschen wichtiger als die exzessive Freiheit einiger zehntausend habgieriger Dealer und Manager, die auf den kurzfristigen Finanzmärkten herumtoben.« Die Kritik der Sozialdemokraten am Kapitalismus war immer, auch in den marxistisch genannten Zeiten des Programms von Erfurt, die Kritik am schlechten Gebrauch, den die Kapitalisten vom Geld machten. Weil sie die Produktion des Mehrwerts nicht verstanden, kritisierten sie die Zirkulation und die Distribution, hetzten gegen das »mühelose Einkommen« aus Zins und Zinseszins und polemisierten gegen »die Parasitären«. Darin bereiteten sie, ganz objektiv betrachtet, die Empfänglichkeit der Arbeiter für die Parole von der »Brechung der Zinsknechtschaft« vor. Aber von »Habgier« und »Exzess« war niemals die Rede, subjektiv betrachtet war und blieb die SPD eine anti-antisemitische Partei. Zwar war ihr Nationalismus schon immer überaus intensiv, so intensiv, daß sie Karl Kautsky, der Cheftheoretiker der Partei, nach 1914 und bis 1918 des »National-Sozialismus« bezichtigte, aber es war doch einer ohne die alles entscheidende, ohne die antisemitische Pointe. Eben dies wird sich jetzt, dank Schröder, ändern. Es wird sich um so rasanter ändern, als das, was der alte Bebel den großen »Kladderadatsch« nannte, d. h. der Zusammenbruch des Kapitals, schon vor der Tür steht und damit eine Situation in der die kapitalisierte Gesellschaft all ihre Kräfte zusammennehmen muß, um sich in die Barbarei zu retten. Gut möglich, daß es die übel beleumundete Theorie vom Sozialfaschismus der SPD sein wird, die diese grausige Konstellation auf den Begriff bringt.

Die Geschichte der SPD ist, wie schon gesagt, die Geschichte der Wiederkehr des tatsächlich Immergleichen, allerdings in Gestalt der nun wirklich und jetzt definitiv allerletzten Novität. Die gutwillige Neugier, die man dem entgegenbringt, speist sich aus dem Gefühl des kritischen Konsumenten und also Wählers, daß so etwas, so eine Warenfälschung und ein derartiger Betrug, unmöglich die Wahrheit sein kann. Je größer die Lüge, um so durchschlagender und unwiderstehlicher ihre Glaubwürdigkeit. Unglaublich, aber wahr: Es ist ganz so, als verriete der Hamster das Tretrad und sattelte auf ein Mountainbike um, bloß um sich noch schneller von Nirgendwo nach Nirgendwohin abstrampeln zu können. Es ist nämlich die Sinnlosigkeit der ganzen Veranstaltung, die ihre niederschmetternde Glaubwürdigkeit ausmacht.

Jedenfalls ist das von der SPD programmatisch beschworene »Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit« - der letzte Schrei des »Politikwechsels«, wie die »Frankfurter Rundschau« das nennt - ein prominenter Ladenhüter ihrer Geschichte, der stets schon die Parole zur allfälligen Pleite war. Im Kaiserreich wurde das, was Schröder heute als das Kunststück verkaufen möchte, in einem »die Kosten der Arbeit zu verringern und gleichzeitig die Nettolöhne der Arbeitnehmer zu verbessern«, die »Anerkennung des Werts der einfachen Arbeit« genannt: Das Ergebnis war die Verstaatlichung der Arbeit im Weltkrieg durch das sogenannte Hilfsdienstgesetz. In Weimar hörte die fixe Idee von der Gleichberechtigung der »Produktionsfaktoren« auf den Namen der »Wirtschaftsdemokratie«: Das Ergebnis war, außer dem Nazifaschismus, die Parität der Gewerkschaften im Reichsgefrierflügelausschuß. Im Nazismus sagte die SPD erst einmal gar nichts und brauchte es auch nicht, denn dessen Programm hieß Einheit aller Schaffenden von Stirn und Hand, im übrigen »Kraft durch Freude« und »Schönheit der Arbeit«. Im frühen Bonn hörte der sozialdemokratische Wahn auf die Parole der Mitbestimmung: Das Ergebnis war das Recht auf Selbstverwaltung des Humankapitals im Rahmen der famosen Sozialpartnerschaft. Im mittleren Pleistozän lautete der zum Schwachsinn sich fügende Name auf »Humanisierung der Arbeit«: Das Ergebnis war eine ungeheure Flut von Techniken zur Selbstkapitalisierung; die Sozialdemokratie war ein Ferment des Übergangs von der kaltlächelnden Technokratie zur Psychokratie, zu eben der Diktatur der Freundlichkeit, in der ein jeder seine Unbrauchbarkeit ganz von selbst einsieht und sich daher selbst entwertet. Im späten Pleistozän, das heißt in der Bonner Republik, die schon in die Berliner übergeht, hört der Name des sozialdemokratischen Wahns auf »Bündnis für Arbeit«, das heißt: Harmonie der Produktionsfaktoren.

Unglaublich, aber wahr: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist diejenige deutsche Partei, die Ausbeutung und Herrschaft so überaus menschenfreundlich zu organisieren verspricht, daß glatt der Eindruck entsteht, das alles gäbe es gar nicht. Ein Fall von Sozialdemokratie liegt immer dann vor, wenn die Lüge dem, der sie lügt, als die menschenfreundlichste aller Wahrheiten erscheint.

Die ISF ist ein Arbeits- und Aktionskreis unabhängiger Linkskommunisten in Freiburg/Breisgau

Konkret 12/98, S. 22

Georg Fülberth

4 Wochen sind genug! Moderiertes Deutschland

Resümee der Verabredungen und programmatischen Erklärungen der rot-grünen Bundesregierung: Georg Fülberth über die Planungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik; Gaby Hommel über Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht; Oliver Tolmein über Entwicklungen in Innen- und Gesundheitspolitik; Thomas Becker über die Neuerungen in Außen- und Militärpolitik

Die in diesem Blatt aufgestellte Behauptung, Gerhard Schröder sei ein Prokurist des Großkapitals, dürfte dieser wohl kaum gelesen haben. Dennoch gibt er sich den Anschein, als habe er sie sich zu Herzen genommen und wolle sie nun widerlegen: nicht Prokurist sei er, sondern Moderator.

Die Unternehmer fordern höhere Gewinne, die Gewerkschaften mehr Lohn. Ehemalige Zwangsarbeiterinnen verlangen eine Entschädigung, die Konzerne wollen so schnell und billig wie möglich aus dieser Sache heraus. Schröder hört sich das an, lädt alle ein, unter seiner Leitung zu diskutieren, und befindet danach wie der Fußballspieler Beckenbauer, wenngleich in anderem Idiom: »Schaun wir mal«.

Die Vereinbarungen der neuen Koalition stoßen bei den Kapitalisten und ihren Zeitungen auf ein weniger ausgewogenes Urteil. Schröder selbst wird zwar geschont, doch Lafontaine steht als der böse Geist der neuen Regierung da, der schon viel erreicht habe: Stollmann wird nicht Minister. Das Kindergeld steigt von 220 auf 250 Mark. Dies gilt für Familien aller Klassen. Prozentual macht das für Wenigverdiener natürlich mehr aus. Die Rentenkürzung wird rückgängig gemacht. Sehr Reiche bekommen entweder ein schlechteres oder gar kein Ehegattensplitting. Der Steuerfreibetrag wird erhöht, Leute mit wenig Einkommen werden dadurch anteilmäßig stärker entlastet als Reiche. Vor einigen Jahren hatte das Bundesverfassungsgericht festgelegt, das Existenzminimum, auf welches der Fiskus keinen Zugriff haben dürfe, sei höher zu veranschlagen. Bereits die alte Bundesregierung mußte dem nachgeben, und die neue Freibetrags-Regelung zieht den Kreis derer, denen das zugute kommt, etwas weiter. Die Spekulationsfrist, in der Aktien nicht weiterverkauft werden dürfen, wenn eine solche Transaktion nicht besteuert werden soll, wird von einem halben auf ein ganzes Jahr ausgedehnt. Das soll wohl ein Abschlag auf die Ankündigung von Chirac, Clinton und Schröder sein, die internationalen Finanzmärkte müßten wenigstens ein bißchen reguliert werden. Der Sparerfreibetrag - das ist die nichtversteuerte Zinssumme - wird so gekürzt, daß es vor allem die größeren Konten trifft. (Doch wer so viel Geld hat, legt es wahrscheinlich ohnehin anders an.) Das Benzin wird sechs Pfennig teurer, die Beiträge zu den Sozialversicherungen sollen sinken. Der Spitzensteuersatz wird zwar ermäßigt, aber weniger als in den Vorschlägen der alten Koalition.

Hundt und Henkel sagen: Das ist die Revolution. Linksliberale Blätter gehen nicht ganz so weit, finden aber, es handele sich um höchst erfreuliche Anfänge. Schon hat man von einer Unternehmerin gehört, die auswandern will. Ihr Steuerberater wird ihr wohl empfehlen, damit noch ein bißchen zu warten. Weiterhin wird sie nämlich vom Finanzamt aufgrund geltender Gesetze veranschlagt werden und nicht nach Maßgabe von Zeitungsberichten über rot-grüne Absprachen. Koalitionspapiere sind - das zeigt die Erfahrung - nur der letzte Akt des Wahlkampfs (vergleichbar der Ehrenrunde im Stadion nach dem gewonnenen Meisterschaftsspiel). Gäbe es sie nicht und würde nach der Verkündung des Vorläufigen Amtlichen Endergebnisses ausgeplaudert, was nun wirklich gemacht werden wird, käme sich das Publikum betrogen vor. Deshalb bestehen solche Vereinbarungen nur aus der - wenngleich kompromißgeschmälerten -Addition der Wahlprogramme der beiden Partner. Jedermann weiß, wenn er auch sonst nichts weiß, daß man die später nie mehr lesen muß.

Das rot-grüne Papier ist also linker als die Praxis, die ihm folgen wird. Wenn die sechs sogenannten führenden Wirtschaftsforschungsinstitute darüber klagen, daß die Steuersenkung viel zu ärmlich sei, und wenn die »Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz« über den Zufluß von deutschem Kapital nach Liechtenstein berichtet, dann zielt das auf die künftige Gesetzgebung. Die Differenz, auf welche es ankommt, benannte Gerhard Schröder am 23. Oktober im Interview mit der »Bild-Zeitung« ganz ehrlich: »Bisher liegt nur der Koalitionsvertrag vor.«

Es wird ja recht bald der Haushalt 1999 ein zweites Mal eingebracht werden müssen. Dort kommt es vielleicht noch nicht zum Bruch von Wahlversprechen. Das Kindergeld wird tatsächlich erhöht werden, und von der Zusage, daß die Rente zunächst weiterhin siebzig Prozent vom Lohn oder Gehalt ausmacht, kann man auch nicht so schnell herunter. Als das Ende der Schamfrist in dieser Frage wurde das Jahr 2000 festgelegt. Dann soll ein neues Rentenkonzept vorgelegt werden. Blüm wird es so kritisieren, wie Dreßler die alte FDP/CDU/ CSU-Regelung gegeißelt hat: als herzloses Dokument sozialer Kälte, der Ellbogen-Mentalität etc. Er braucht die alten Reden der früheren Opposition nur noch einmal vorzulesen.

Die stärkere Besteuerung des Benzins kann dazu führen, daß Sprit und alle Güter, die mit seiner Hilfe transportiert werden, teurer werden - muß aber nicht. Wichtiger hierfür ist die allgemeine Preisentwicklung für Mineralöl auf den internationalen

Märkten. Um eine »Öko-Steuer« kann es sich aber auf keinen Fall handeln: Das Geld muß ja hereinkommen, damit scheinbar die Sozialversicherungen, in Wirklichkeit aber die Unternehmer subventioniert werden. Die dürfen ihre Beiträge - und damit die Lohnnebenkosten - nämlich dann im gleichen Umfang senken. Daß ihre Beschäftigten ebenfalls entlastet werden, dient nach klassischer und neoklassischer Lehre zusätzlich dem Profit: Um diese Summe darf die nächste Lohn- und Gehaltserhöhung niedriger ausfallen. Was also ist die neue Mineralölsteuer? Eine typische Massenverbrauchssteuer, die, da sie von allen gezahlt werden muß, die Kleinen stärker trifft als die Großen.

Die Arbeitslosigkeit wird unter der rot-grünen Regierung entweder sinken oder steigen oder gleichbleiben. Dies hängt erstens von der allgemeinen Konjunkturentwicklung ab, die sich in der Regel nicht danach richtet, welchen Schlips der jeweilige Bundeskanzler gerade trägt. Zweitens kann es auch darauf ankommen, wie man Arbeitslosigkeit definiert. Hier lassen sich semantische Jobwunder vollbringen. Drittens kann Beschäftigung gesteigert werden, indem man Sozialleistungen entweder umstandslos kürzt oder stärker als bisher an die Bereitschaft knüpft, schlecht bezahlte Tätigkeiten aufzunehmen. In den Staaten, wo das schon gemacht wurde, wurde gleichzeitig Senkung der offiziellen Arbeitslosigkeit und der Lohnquote erzielt.

In den nächsten Monaten wird noch ein bißchen keynesianisch gefuchtelt werden. Lafontaine deutet an, man könne sogar neue Schulden machen, um die Steuern stärker zu senken. Das haben inzwischen aber auch schon Unternehmer gefordert. Die Schulden, so finden sie, werden dann irgendwann durch den von ihnen ohnehin befürworteten Abbau staatlicher Leistungen bezahlt werden (also nicht von ihnen), während die Steuerentlastung sofort gut für die Gewinne ist. Hat Lafontaine Schwierigkeiten mit den Maastricht-Kriterien, wird ihnen das nur lieb sein. Seine Forderung nach Zinssenkungen kommt Tietmeyer gerade recht, um zu demonstrieren, daß er sich von einem sozialdemokratischen Minister - und auch noch von diesem! -schon mal gar nichts sagen läßt. Ist der jetzige Präsident der Bundesbank pensioniert, gibt es wohl einen Nachfolger aus der SPD. Das macht aber nichts, denn auch dies hatten wir schon mal: Die Genossen Klasen und Pöhl haben dieses Amt nicht anders versehen als ihr Vorgänger Blessing vom »Freundeskreis Reichsführer SS« und ihr Nachfolger Tietmeyer von der CDU.

Stopp. Man kann das zur Abwechslung - und sei es just for tun - auch einmal anders sehen, nämlich so: Lafontaine hat öffentlich mit dem Gedanken gespielt, daß die Bundesbank politisch kontrolliert werden müsse. Deren Unabhängigkeit ist kein Heiligtum. Der Paragraph 12 im Bundesbank-Gesetz, welcher sie garantiert, kann mit einfacher Mehrheit geändert werden. Der Finanzminister hat allerdings nirgends zu erkennen gegeben, daß er so weit gehen möchte. Er will lieber den Regierungen eine Möglichkeit zurückgeben, welche ihnen 1973, am Ende des vorigen sozialdemokratischen Zeitalters, durch den Zusammenbruch des Systems von Bretton genommen wurde: Festsetzung von Wechselkursen, diesmal durch »Zielzonen« für das Verhältnis von Euro, Yen und Dollar. Darüber hinaus steht im »Gesetz über die Deutsche Bundesbank«, diese sei »verpflichtet, unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen«. Tatsächlich sind die nur scheinbar unantastbaren Herren in der Frankfurter Wilhelm-Epstein-Straße in der Vergangenheit dann und wann höchst diskret eingeknickt. Schröder moderiert: Gewiß müsse mit ihnen geredet werden, aber nicht öffentlich.

Vielleicht ist das aber gar nicht mehr so wichtig, denn der größere Teil der geldpolitischen Kompetenz wird seit dem 1. Januar 1999 bei der Europäischen Zentralbank liegen. Daß sie unabhängig ist, steht -anders als für die Bundesbank - tatsächlich im novellierten Artikel 88 des Grundgesetzes. Aber in ihrem Leitungsgremium gibt es Vertreter aller beteiligten Staaten, und die sind vielleicht empfindlich für Druck aus ihren jeweiligen Ländern. Die europäische Geldpolitik könnte also in der nächsten Zeit ein interessantes Feld werden. Und falls Lafontaine Angst vor der eigenen Courage bekommt, hätte die PDS endlich mal ein eigenes Thema. (0, ich naiver, unverbesserlicher optimistischer Idiot!)

Wahrscheinlich ist das Ding aber ganz anders kalkuliert: Die SPD organisiert sich eine frühe geldpolitische Niederlage, um hinterher sagen zu können, sie sei jetzt ebenso Opfer der Verhältnisse wie einst Helmut Schmidt.

Ist die Regulierung der Finanzmärkte erst einmal abgeblasen, wird es Zeit für den Ruck. Kommt es zur für den nächsten Winter angekündigten Konjunktur-Delle, ist ein Anlaß gefunden. Dann könnte sich die rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik asymptotisch jener Linie annähern, die Bodo Hombach in seinem Buch *Aufbruch* (»Die Politik der neuen Mitte. Mit einem Nachwort von Gerhard Schröder«) vorgegeben hat: »flat tax rate« mit einheitlich 20,5 Prozent, Abbau der öffentlich-rechtlichen Sicherungssysteme und bisheriger staatlicher Dienstleistungen, sozusagen gegenfinanziert durch den Rückgriff auf die privaten Rücklagen, die im Goldenen Zeitalter des durch den Kalten Krieg zur Selbstzügelung genötigten Kapitalismus sich auch bei einem größeren Teil der Lohnabhängigen gesammelt haben (Erbschaften, Ersparnisse, Wohneigentum). Sind die aufgezehrt, wird die Frage, was danach kommt, wohl schon wieder von einer anderen Regierung beantwortet werden. Aber das dauert.

Scheinbar verrückte Welt: Jahrzehntelang unkte der Weltgeist, die Sozialdemokratie sei eine Agentur des Kapitals in der Arbeiterklasse. Jetzt behauptet die Bourgeoisie das Umgekehrte. Hombach dürfe dem Kanzler ja doch nur den Terminkalender führen. In Zeiten, in denen Deutschland nach neuer Geltung strebt, kann beides stimmen.

Konkret 12/98, S. 24

Gaby Hommel

4 Wochen sind genug!
Sturm im Wasserglas

Res□ mee der Verabredungen und programmatischen Erkl□ rungen der rot-gr□ nen Bundesregierung: Georg F□ lberth □ ber d Planungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik; Gaby Hommel □ ber Ver□ nderungen im Staatsb□ rgerschaftsrecht; Oliver Tolmei □ ber Entwicklungen in Innen- und Gesundheitspolitik; Thomas Becker □ ber die Neuerungen in Au□ en- und Milit□ rpolitik

Über zweieinhalb Wochen und neun Runden ging das Verhandlungstheater. Dann stand in rot-grünes Leder gebunden, was zu erwarten war. Für Überraschung sorgten allenfalls das Tempo und die Hemmungslosigkeit, mit der Bündnis 90/Die Grünen noch am Wahlabend vertretene Positionen über Bord warfen. Um Erklärung gebeten, rechtfertigten sich ihre Spitzenpolitiker/innen nach dem Motto: Alles hat seinen Preis. Und gefragt, wogegen denn etwa der sofortige Ausstieg aus der Atomwirtschaft oder die projektierte drastische Benzinpreiserhöhung eingetauscht wurde, war vorzugsweise der Hinweis auf die geplante Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts zu hören. Ausgerechnet. Denn keine sonstige Vereinbarung im Koalitionsvertrag hat für vergleichbaren Wirbel gesorgt. Keine zweite stellt für die grüne Basis ein größeres Fiasko dar. Keine andere zeigt deutlicher, daß sich alter Wein in neuen Schläuchen besser verkaufen läßt.

Die Rede ist vom siebten Punkt des Koalitionsvertrages, wo es - nomen est omen - unter der Überschrift »Integration« heißt: »Kinder ausländischer Eltern erhalten mit Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil bereits hier geboren wurde oder als Minderjähriger bis zum 14. Lebensjahr nach Deutschland eingereist ist und über eine Aufenthaltserlaubnis verfügt. Unter den Voraussetzungen von Unterhaltsfähigkeit und Straflosigkeit erhalten einen Einbürgerungsanspruch Ausländerinnen und Ausländer mit achtjährigem rechtmäßigen Inlandsaufenthalt; minderjährige Ausländerinnen und Ausländer, von denen wenigstens ein Elternteil zumindest über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis verfügt und die seit fünf Jahren mit diesem Elternteil in familiärer Gemeinschaft in Deutschland leben; ausländische Ehegatten Deutscher nach dreijährigem rechtmäßigen Inlandsaufenthalt, wenn die eheliche Lebensgemeinschaft seit mindestens zwei Jahren besteht. In beiden Fällen ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit abhängig.«

Übersetzt - sollte es in dieser Form tatsächlich in Gesetzesform gegossen werden - bedeutet das Ganze: Einen deutschen Paß können demnächst erhalten »Gastarbeiter/innen« der zweiten und dritten Generation. Des weiteren anerkannte Asylbewerber/innen und sonstige handverlesene Flüchtlinge, die sich in den seltenen Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung bringen konnten, diese allen Widrigkeiten zum Trotz über acht Jahre ohne Unterbrechung verteidigt haben und zudem noch das Kunststück zustande brachten, im nämlichen Zeitraum weder arbeitslos zu werden noch über eine rote Ampel zu fahren oder sich aus sonstigen Gründen einen Strafbefehl zuzuziehen. »Bleiberecht für Deutsche« ironisiert die »Jungle world« entsprechend treffend die fraglichen Passagen des rot-grünen Deals. Wie auch andere Medien läßt das Blatt aber jenen Zusatz aus, demzufolge ausländische Ehepartner/innen, d. h. vor allem über den Heiratsmarkt in die BRD eingekaufte Frauen, sich in Zukunft nicht mehr vier, sondern drei Jahre lang mißhandeln lassen müssen, bevor sie aus der Zwangsgemeinschaft entkommen und um ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bitten dürfen.

Materiell betrachtet, reduziert sich die geplante Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts also auf kosmetische Korrekturen, die nicht zufällig bereits in der vergangenen Legislaturperiode mehrheitsfähig waren. Dem türkischstämmigen Jugendlichen, der sich nun ein paar Jahre früher einen bundesrepublikanischen Paß in die Tasche stecken können soll, verschafft sie genauso wenig einen Ausbildungsplatz wie seiner Kopftuch tragenden Schwester die Möglichkeit, als Lehrerin zu arbeiten. Der anerkannte Flüchtling aus Kurdistan muß sich weiterhin politischer Aktivitäten enthalten, will er in den Besitz des fraglichen Papiers gelangen. Sein Kollege in der Pizzaküche oder auf der Baustelle wird nach wie vor für einen Hungerlohn schuften und sich jede sonstige Diskriminierung gefallen lassen müssen, um bloß nicht zum Sozial- oder Arbeitslosenhilfeempfänger zu werden, da ihn dies - im Unterschied zu Millionen von Deutschen - die Staatsbürgerschaft kosten kann.

Am Zwei-Klassen-Recht rüttelt die Aussicht, daß sich die Kinder der Kinder von vor Jahrzehnten in die BRD eingewanderten Menschen demnächst »deutsch« nennen dürfen, folglich nicht. Ebensowenig gefährden jene Männer und Frauen, die sich seit Jahr und Tag deutscher als jede/r Deutsche verhalten, die stolz darauf sind, demnächst wählen zu dürfen, verbeamtet werden zu können oder ihre Wahlheimat uniformiert zu verteidigen, die Grundfesten der Bundesrepublik. Im Gegenteil. Aus gutem Grund wird erwartet, daß gerade sie es sein werden, die bei nächster Gelegenheit das »Modell Deutschland« festigen.

Warum aber dann die gesammelte Aufregung? Was bringt Rupert Scholz, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion im alten Bundestag, zu der Behauptung, die stempelhafte Gleichstellung von knapp zwei Millionen Inländer/innen mit den

übrigen rund achtzig Millionen rühre »an die Grundlage der Identität des deutschen Staatsvolkes«? Warum bezeichnen gleichsam echohaft Professor Faruk Sen, Leiter des Essener Zentrums für Türkeistudien, und mit ihm weitere namhafte Vertreter der türkischen Gemeinde in der BRD den Austausch eines blauen gegen einen roten Fetzen Papier als »Revolution«? Wieso werden die Medien nicht müde zu kolportieren, in Frankfurter Teestuben und Kreuzberger Imbißständen würde seit Wochen vom »Ende der Gastarbeiter-Ära« geträumt? Und schließlich: Welche Erklärung gibt es für die vielzitierte Schlagzeile in »Bild« - »Willkommen, neue Staatsbürger!« -, zweisprachig an den Mann gebracht, beantwortet in der türkischen Boulevardpresse genauso »multikulturell« mit einem »Bravo Almanya«?

Ein Teil der Antwort lautet, daß es - siehe oben - eben nicht um die praktische Verbesserung der Alltagssituation wenigstens jener Personen geht, die gemeinhin als »liebe ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen« bezeichnet werden, sondern ums Prinzip. Um Werte, die der christliche Eiferer in München mit seinem fundamentalistischen Stammtischbruder in Ankara teilt. Um »ius soli« versus »ius sanguinis«, landauf und -ab diskutiert anhand der beabsichtigten Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts im allgemeinen, bei genauerem Hinsehen aber vor allem konzentriert auf die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft. Denn ausschließlich das vermeintliche Schlüpfen in die eine »Identität« ohne Aufgabe der anderen stellt für die einen die Katastrophe, für die anderen den Erfolg dar. Ganz so, als würde sich dadurch am »Fall Mehmet« etwas ändern, als wären in der Konsequenz die Mordopfer von Solingen noch am Leben, als verändere sich die Welt, wenn - was nicht einmal intendiert ist - der Muezzin mit gleicher Lautstärke rufen darf wie die Kirchenglocken läuten.

Angesichts des gemeinsamen Getöses von Gegner/innen und Befürworter/innen des zu erwartenden neuen Staatsbürgerschaftsrechts nur die Achseln zu zucken, ist dennoch unangemessen. Denn so fatal es ist, in einen Diskurs über rechte Prinzipien einzusteigen und darüber die faktisch sauber vollzogene Trennung von »guten« und »schlechten« Ausländer/innen aus dem Auge zu verlieren, so wenig reicht es aus, das allgemeine Geschrei um die beabsichtigten marginalen Korrekturen des rassistischen Ausländerrechts als Sturm im Wasserglas zu ignorieren. Vielmehr ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß sie ein Manöver darstellen. In Szene gesetzt von der einen Seite, um heiße Luft zu verkaufen, von der anderen, um ihren Siegeszug herauszustreichen. Wohingegen die Betroffenen selbst noch die Auslese einiger Privilegierter aus ihren Reihen teuer bezahlen müssen. Denn der entscheidende Preis, den Bündnis 90/Die Grünen für die Teilhabe an der Macht bezahlt haben - bezeichnenderweise von einer mehrheitlich mit Frauen besetzten Verhandlungskommission bestimmt -, lautet: Weg mit einem Einbürgerungsgesetz, weg mit der Genfer Flüchtlingskonvention, weg mit der Wiederinkraftsetzung des Grundrechts auf Asyl; Ja zur Abschottung der Grenzen, der Einführung und dem Ausbau des Asylbewerberleistungsgesetzes, zur Beschleunigung des Asylverfahrens, zu den Institutionen Sammellager und Sonderknast für Flüchtlinge - um nur einige Beispiele zu nennen und zu schweigen von den Versprechungen, demnächst zu prüfen, ob nicht zu revidieren sei die Dauer der Inhaftierung von Flüchtlingen, einzulösen die vom BGH geforderte Abmilderung des »Flughafenverfahrens«, einzuführen eine »Altfallregelung« und zuzulassen geschlechtsspezifische Fluchtgründe. Ein Zynismus, der noch übertroffen wird von der im Koalitionsvertrag explizit vermerkten Feststellung: »Die bisherige Anwendung des Ausländerrechts hat in einer geringen Zahl von Einzelfällen zu Ergebnissen geführt, die auch vom Gesetzgeber nicht gewollt waren.«

»Kanthers Geist sitzt mit am Tisch«, überschrieb die »Süddeutsche Zeitung« korrekt einen Bericht über die rotgrünen Verhandlungen in Sachen »Innen- und Rechtspolitik«. Der Untertitel allerdings ist irreführend. Denn anders als dort vermerkt, hat die SPD keineswegs Angst, »jemand könnte merken, daß nicht mehr die Union regiert«, sondern vertritt »ein hohes Maß an Kontinuität«. So betont von Innenminister Otto Schily, speziell bezogen auf die sogenannte »Belastung« der Bundesrepublik durch Flüchtlinge. Und in gleicher Weise vertreten auch durch seinen Kollegen Außenminister, der in Fortführung der bewährten Flüchtlingsvermeidungsstrategie seines Vorgängers gar mit Bomben droht, wie aktuell im Konflikt um das Kosovo.

Konkret 12/98, S. 26

Peter Hacks

Jetztzeit

DAS VATERLAND

So wie das Einhorn vor den Geistern allen
Hervorsticht durch Empfindsamkeit und Wissen,
Wie der Demant vor minderen Kristallen,
Der Kaviar vor sonstigen Leckerbissen,
So wie der Panther vor den Waldnaturen
Und Greta Garbo vor den andern Huren,

So stach einmal mein liebes Vaterland
Unter den Reichen dieser Welt hervor.
Das Land, wo keiner darbte, keiner fror.
Das Land, wo jeder Dach und Arbeit fand.
Wie lob ich es? Wie enden, wie beginnen?
Ich sage, es war ganz und gar bei Sinnen.

Wer reifen wollte, war befugt zu hoffen.
Die Seelen nahmen Form an und die Leiber.
Dem Ärmsten stand die höchste Stelle offen.
Was Männer durften, durften auch die Weiber.
Und weder Aberglauben, weder Schulden
Fand sich sein stolzes Herz bereit zu dulden.

Und keine Krankheit, wenn sie heilbar war,
Blieb von der Kunst der Ärzte ungeheilt.
Und kein Verdruß, sofern er teilbar war,
Ward redlich nicht von Fürst und Volk geteilt.
Kein Eigentümer konnte uns befehlen,
Zu seinem Vorteil selbst uns zu bestehlen.

Wie aufgeklärt hier alles. Wie durchheitert.
Wie voller Frische, voller Ahnungen.
Ins Morgen ward die Gegenwart erweitert
Des Vaterlands durch seine Planungen.
Es ist ein Hochgenuß, von ihm zu sprechen.
Es war ein Staat und scheute das Verbrechen.

Wer kann die Pyramiden überstrahlen?
Den Kreml, Sanssouci, Versailles, den Tower?
Von allen Schlössern, Burgen, Kathedralen
Der Erdenwunder schönstes war die Mauer.

Mit ihren schmucken Türmen, festen Toren.
Ich glaub, ich hab mein Herz an sie verloren.

Das war das Land, in dem ich nicht geboren,
Das Land, in dem ich nicht erzogen bin.
Das ich mir frei zum Vaterland erkoren,
Daß bis zum Grab ich atmete darin.
Das mit dem Grab hat sich nun auch zerschlagen.
Doch war das Glück mit meinen Mannestagen.

In dieser Hundewelt geht vieles ohne
Ideen, aber nichts ohne Spione.
Schuld, daß ich alles deutlich offenbare,
Schuld trug das KGB. Wohl zwanzig Jahre
Hat insgeheim mit Langley oder Harvard
Es über unsern Untergang palavert.

Die Sowjetmacht, sie schenkte uns das Leben.
Sie hat uns auch den Todesstoß gegeben.
Nur täuscht euch nicht. Rußland und wir, wir beiden,
Sind niemals, auch nicht durch Verrat, zu scheiden.
So viel für jetzt. So viel zum künftig schwierigen
Verhältnis zwischen Preußen und Sibirien.

Fremd ist die Sonne, die mir heute leuchtet.
Und bloß im sich versenkenden Gemüte
Seh ich die Landschaft, die hier vormals blühte.
Nicht immer bleibt mein Auge unbefeuchtet.
Man weint um Hellas. Sonst geschieht es seiten,
Daß einer Staatseinrichtung Tränen gelten.

Und derer laßt mich denken, die es schufen,
Das Vaterland, ihm Hirn und Willen liehen,
Es kräftigend zu menschlichsten Behufen.
Kaum einer ist mehr. Laßt mich nicht verziehen,
Als Greis dem Sterbenden mich mitzuteilen.
Für Alfred Neumann schrieb ich diese Zeilen.

Konkret 12/98, S. 26

Oliver Tolmein

4 Wochen sind genug! Vorwärts in die Vergessenheit

Resümee der Verabredungen und programmatischen Erklärungen der rot-grünen Bundesregierung: Georg Fülberth über die Planungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik; Gaby Hommel über Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht; Oliver Tolmein über Entwicklungen in Innen- und Gesundheitspolitik; Thomas Becker über die Neuerungen in Außen- und Militärpolitik

»Es ist gesagt worden, der Zustand der Demokratie könne nicht durch die Verschärfung des Strafrechts verbessert werden. Ich glaube, das ist in dieser Allgemeinheit nicht haltbar. Natürlich müssen wir Strafvorschriften einführen und bestehende verschärfen, wenn neue Herausforderungen das nötig machen.« 22 Jahre sind vergangen, seit der sozialdemokratische Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel sich, neuen Herausforderungen zu begegnen, so in die Bresche geworfen hat. Nun könnte er seine Meisterin gefunden haben. Herta Däubler-Gmelin, nach langen Jahren vergeblicher Versuche nun endlich zu Amt und Würden gekommen, will den Rechtsstaat dem Zeitgeist anpassen. »Wir müssen im Strafrecht wieder aufräumen«, hatte sie vor der Wahl erklärt, »ich will auch an die Verfahrensordnungen ran.« Und: »Bei der Verfassungsbeschwerde kann entschlackt werden.«

Ärmel aufkrempeln, zupacken -der rot-grüne Koalitionsvertrag gibt der ehemaligen Anwältin als Justizministerin freie Bahn. Schon seit geraumer Zeit hat sie in der juristischen Fachpresse und gelegentlichen Gesprächen ihre Idee vorgetragen, daß ein zentrales Eingangsgericht geschaffen werden müsse. Berufungsverfahren soll es dann nicht mehr geben, der Rechtsweg wird ganz allgemein auf das knappe Maß zurechtgestutzt, daß schon heute in Staatsschutzverfahren gilt: bestenfalls eine Revisionsinstanz, die sich, so Däubler-Gmelin in der »Zeitschrift für Rechtspolitik«, »auf die einheitliche Verfahrensaufsicht und die Rechtsfortbildung konzentrieren« soll. Daß dieser Vorschlag, kurzen Prozeß zu machen, mit der Ankündigung verziert wird, daß am neu zu schaffenden »Zentralen Eingangsgericht« »die besonders guten und erfahrenen Richterinnen und Richter« arbeiten sollen, flößt wenig Vertrauen ein: Richter sind auf Lebenszeit ernannt und können nicht einfach ausgetauscht werden; zudem ist nur schwer vorstellbar und auch nicht wünschenswert, daß einer wie der berüchtigte Hamburger Richter Schill dann künftig, da er weder gut noch erfahren ist, in den Revisionsgerichten Rechtsfortbildung betreibt. Auch die von Däubler-Gmelin angeführten Gründe für die Umgestaltung der Justiz: bessere richterliche Arbeitsmotivation, erhöhte Beschleunigung, mehr Effizienz, wecken keine Hoffnung, daß da irgend etwas besser werden könnte.

Kaum im Amt, hat die neue Justizministerin sich vom rechtspopulistischen »Focus« zum Interview bitten lassen, um das zweite große Thema rot-grüner Justizpolitik aus dem Koalitionsvertrag vorzustellen: »die Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems und die Schaffung zeitgemäßer Sanktionsformen (z. B. gemeinnützige Arbeit)«. Die Rechtspolitik setzt damit auf ihre ganz eigene Art und Weise um, was ja überhaupt das Anliegen der neuen Regierung ist: die Abschaffung der Arbeitslosigkeit. Eine Zwangsbeschäftigung, die »ruhig auch unangenehm sein darf« (Däubler-Gmelin), findet sich für jede und jeden. Diese Reise in die Zukunft geht weit zurück in die Vergangenheit: »Die Umwandlung des sozialen Schädlings in einen brauchbaren Menschen«, wie es in einem Strafvollzugsklassiker vom Anfang des 20. Jahrhunderts heißt, galt seit der Gründung des ersten Arbeitshauses im englischen Bridewell 1555 in allen westeuropäischen Staaten als aussichtsreiches Programm. Als nächsten Fortschritt wird uns Rot-Grün wahrscheinlich ins frühe 17. Jahrhundert führen: Damals wurden die Arbeitshäuser, in denen jene Straftäter untergebracht waren, für die keine »zu teuren Haftplätze« (Däubler-Gmelin) mehr bereit standen, an Privatunternehmer verpachtet, um den Staat von Kosten zu entlasten. Daß sich in den Koalitionsvereinbarungen, die sonst gelegentlich ins Detail gehen, keine Verabredung findet, die von Karlsruhe für verfassungswidrig gehaltene Unterbezahlung von Strafgefangenen zu verbessern, wundert angesichts dessen nicht.

Nicht immer greift die sozialdemokratische Justizministerin so weit zurück: Auch Pläne der SPD aus der 12. Legislaturperiode möchte sie verwirklichen und den Führerscheinentzug als generelle Strafsanktion zulassen. Das dürfte aus ökologischen Gründen vielleicht den Beifall der Grünen finden und aus ökonomischen Gründen auf Protest beim Kanzler stoßen, dem jeder Autofahrer lieb und teuer ist. Problematisch an der Idee ist aber etwas anderes: Bislang ist Führerscheinentzug nur zulässig, wenn als Straftat ein Verkehrsdelikt vorliegt. Diese Beschränkung ist einleuchtend, da die Möglichkeit, Auto zu fahren, anderenfalls mit der abzuurteilenden Straftat nichts zu tun hätte und gegen Straftäter nur solche Sanktionen verhängt werden sollen, die entweder die Gesellschaft vor ihnen schützen oder der Resozialisierung dienen, nicht aber solche, die nur beabsichtigen, sie empfindlich in ihrer sonstigen Handlungsfreiheit zu treffen. Da das Fahrverbot gerade bei leichteren Straftaten verhängt werden soll, die nicht mit Haftstrafen zu ahnden sind, wird damit die Härte von Sanktionen gegen Menschen, die Ladendiebstahl, Sachbeschädigung oder einfache Körperverletzungsdelikte begangen haben, verstärkt und die Entkoppelung von Straftat und Sanktion vorangetrieben. Wenn es nur noch darum geht, Straftäter, die wegen zu geringer Haftkapazitäten nicht eingesperrt werden können, empfindlich zu treffen, könnten sich

auch ein Rauchverbot, das Verbot, Freibäder aufzusuchen oder Computer und Spülmaschine zu besitzen, als wirkungsvoll erweisen.

Auch im innenpolitischen Bereich setzt die neue Koalition bisweilen überraschende Akzente. An erster Stelle wird unter »EU-Initiativen« der Ausbau von Europol und die »Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung« angepeilt. Daß ausgerechnet Europol, das bisher von grünen Europa- und Bundespolitikern immer wieder als »Geheimpolizei« kritisiert worden ist, nun in die Liste der besonders förderungswürdigen Institutionen aufgenommen wurde, dokumentiert allerdings ein hohes Maß an Kontinuität. Grün an diesem Punkt ist die im Nachsatz angehängte Absichtserklärung, den »Ausbau unter Gewährleistung der gerichtlichen Kontrolle und der Befassungsrechte des Europäischen Parlaments« durchführen zu wollen. Was das heißt, bleibt unklar. Und was hilft gerichtliche Kontrolle, wenn eine Institution wie Europol qua Aufgabe und Kompetenz ein Grundrechtsverständnis dokumentiert, in dem »Sicherheit« das höchste Gut darstellt und Freiheitsrechte als nicht sonderlich wichtig erachtet werden?

Die Abschaffung des Sicherheitsstaates oder wenigstens seine Begrenzung steht nicht auf dem Programm der neuen Regierung: Weder soll der Große Lauschangriff gekippt oder deutlich eingeschränkt werden, noch soll irgendeiner der vielen anderen Eingriffe in die Beschuldigtenrechte im Strafverfahren rückgängig gemacht werden. Statt dessen plant die SPD weitere gesetzliche Verschärfungen im Bereich der »organisierten Kriminalität«. Insbesondere soll der Eingriff in das Vermögen Verurteilter noch weitergehend möglich sein. Daß »kriminell erworbenes Vermögen« verfallen und ein Vermögensvorteil, der aus Straftaten stammt, konsequent abgeschöpft werden soll, klingt zwar solide antikapitalistisch, ist aber vor allem eine weitreichende Strafausdehnung, die auch verhängt werden kann, wenn gar nicht feststeht, daß das Vermögen durch Straftaten vermehrt wurde; schon heute reicht es aus, daß »Umstände die Annahme rechtfertigen«, der Täter habe sein Geld nicht ordentlich verdient. Selbst diese Anforderung aber ist der SPD noch zu eng, die im Kampf gegen die »organisierte Kriminalität« (derzeit vor allem Fluchthelfer, Autodiebe und Drogendealer) anscheinend lieber ganz auf ein Verdachtsstrafrecht umsatteln will.

Auch sonst liest sich der Koalitionsvertrag in Sachen »Innere Sicherheit« wie Otto Schilys Wahlprogramm, das seinerseits wirkt, als habe es der aus Bayern entsandte Abgeordnete bei seiner Heimatpartei, der CSU, abgekupfert: Von Ordnungs- und Sicherheitspartnerschaft über Kriminalräte vor Ort, vom Korruptionsbekämpfungsprogramm bis zu Maßnahmen gegen »illegale Beschäftigung« - dieses Law-and-order-Programm läßt nichts aus. Nur eines wird immerhin versprochen: Das von vielen Seiten seit Jahren kritisierte, weil schwach ausgestattete Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten, das weder die Beschlagnahme von Bildmaterial in Redaktionen noch das Abhören von Journalisten-Handys verhindern konnte, soll verbessert werden. Und dann gibt es da noch ein vages Bekenntnis zu einer an »humanen Werten orientierten Gesellschaftspolitik«. Wer sucht, findet also auch einen Hoffnungsschimmer. Der Gesamteindruck bleibt aber düster. Die Helden der »Inneren Sicherheit« rüsten auf, die Rechtsschutzmöglichkeiten werden abgerüstet.

Konkret 12/98, S. 28

Thomas Becker

4 Wochen sind genug!
Die neuen Ordnungshüter

Resümee der Verabredungen und programmatischen Erklärungen der rot-grünen Bundesregierung: Georg Fülberth über die Planungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik; Gaby Hommel über Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht; Oliver Tolmein über Entwicklungen in Innen- und Gesundheitspolitik; Thomas Becker über die Neuerungen in Außen- und Militärpolitik

Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit wollte die neue deutsche Regierung keine Zweifel an ihrem europäischen Machtanspruch aufkommen lassen. Gemäß seinem wirtschaftlichen Gewicht, seiner geographischen Lage und seiner politischen Bedeutung fällt Deutschland ganz natürlich eine besondere Verantwortung in und für Europa zu. So lautet das alte und das neue Credo. Die Betrauung der Bundeswehr mit der Kosovo-Krise unterstrich nur noch die Zuständigkeit der neuen deutschen Minister in allen Fragen der europäischen Sicherheit. Soweit herrschte die versprochene Kontinuität in der deutschen Außenpolitik. Doch speziell bezüglich der Europapolitik wurden auch neue Akzente versprochen.

Die Vorgängerregierung drückte sich stets um eine klare Definition der Ziele und die staatsrechtliche Konzeption des europäischen Integrationsprozesses. Die europäische Einigung sollte angeblich die Souveränität der bestehenden Nationalstaaten nicht tangieren: Das angestrebte Europa sei keinesfalls ein Gemeinschaftsstaat, sondern allenfalls eine Staatengemeinschaft. Diese beruhigende Floskel war damals durchaus angebracht, besonders gegenüber der konservativen britischen Regierung, die einem von Deutschland geeinten Europa nicht über den Weg trauen wollte und demgegenüber ihre nationale Unabhängigkeit gegen weitergehendere Ambitionen Deutschlands ins Feld führte. Die neue deutsche Regierung ist in dieser Angelegenheit ungehemmter. Schon im Koalitionsvertrag heißt es, daß man den europäischen Integrationsprozeß mit »neuen Initiativen vorantreiben« und die europäische Währungsunion zur »Politischen Union« weiterentwickeln werde. Die Vereinigten Staaten sind das Vorbild eines Europa A la Lafontaine.

Welche Rolle werden die Streitkräfte im vereinten Europa spielen?

Faktisch verhält sich die Bundeswehr heute schon fast wie eine europäische Sonderpolizei, indem sie hauptsächlich im innereuropäischen Krisenmanagment engagiert ist. Formal aber ist ihr Einsatz ein nationaler Beitrag zu einem internationalen Auftrag. Und damit marschiert die Bundeswehr einstweilen auf rechtlich nicht trittsicherem Boden. Denn nach dem bestehenden Völkerrecht darf nur der Weltsicherheitsrat militärische Maßnahmen gegen einen souveränen Staat wie die Bundesrepublik Jugoslawien ergreifen. In der Kosovo-Krise aber hatte sich der Nato-Rat schon diese Befugnis widerrechtlich angeeignet, so daß man sich jetzt auf ein »regionales Völkergewohnheitsrecht« (Kinkel) beruft, das Militäreinsätze in Ausnahmefällen legitimieren soll.

Die Verträge der Europäischen Union enthalten ebenfalls keine genauen Regelungen über den künftigen Status für das europäische Militär. Zwar wird im Maastricht-Vertrag die Westeuropäische Union als »die Verteidigungskomponente der Europäischen Union« genannt, doch gegenüber der Nato konnte sich dieses Militärbündnis der Europäer nie behaupten. Die neue deutsche Regierung will die Westeuropäische Union dennoch »weiterentwickeln«. Auch die vereinbarte Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit läuft nach wie vor hauptsächlich innerhalb der Nato ab. Neue Waffen, die vermehrt in internationaler Kooperation entwickelt und hergestellt werden, haben wenig Einfluß auf die politische Verständigung, die der Aufstellung einer europäischen Streitmacht vorangehen müßte. Auf dem Gipfeltreffen in Amsterdam im Sommer 1997 wurde sogar die Einrichtung eines Amts für einen europäischen Außen- und Sicherheitsminister vorgesehen, doch bislang sitzt niemand auf diesem Posten. Entscheidend aber ist, daß alle vorhandenen Streitkräfte Europas unter nationaler Befehlsgewalt verbleiben; das Militär bleibt also das Gewaltinstrument jedes einzelnen Staates.

Die Bundeswehr kann aber als eine ausschließlich auf die Landesverteidigung eingeschworene Truppe die nationalen deutschen Interessen nicht mehr effektiv vertreten. Sie sind daher als europäische definiert. Die Konzentration des deutschen und europäischen Kapitals macht den nationalen Standpunkt auch in der Außenpolitik zunehmend unhaltbar. Wenn die neue deutsche Regierung entschlossen ist, das Arbeitslosenproblem auf europäischer Ebene zu lösen, wird sie auch auf europäischer Ebene für Ruhe und Ordnung sorgen müssen. Wenn eine einheitliche Währung und Wirtschaftspolitik die Bewohner der Euro-Zone wie angenommen in eine Schicksalsgemeinschaft überführt, wird hier auch der Bedarf an Mitteln zur gemeinsamen Verteidigung des privilegierten Standorts sich vergrößern.

Die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik macht immer weniger Sinn, weil sie auf der Souveränität von Staaten beruht, die der expandierenden deutschen Macht auf Dauer nicht gewachsen sind. Das betrifft nicht etwa nur die unter dem Ansturm der Mark erstickenden osteuropäischen Staaten. Nicht daß in nächster Zeit zu befürchten wäre, daß Deutschland nun gleich auch seine westlichen Nachbarn verschluckt. Doch ist einerseits das deutsche Übergewicht und

andererseits die gegenseitige Abhängigkeit zu weit vorangeschritten, als daß der bisherige Integrationsprozeß noch aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen wäre.

Bewegt sich die Bundeswehr heute also in der Grauzone zwischen Innen- und Außenpolitik und zwischen nationalem und internationalem Recht, so gilt dies nicht als Hinderungsgrund für ihre weitere Aufrüstung und ihre Vorbereitung und Indienststellung für die europäischen Aufgaben der Zukunft. Am Verteidigungshaushalt soll jedenfalls nicht gespart werden. Die Bundeswehr investiert vor allem in den Ausbau der für eine europäische Ordnungsmacht unverzichtbaren Krisenreaktionskräfte.

In ihrem Koalitionsvertrag behauptet die neue deutsche Regierung zwar, sie wolle sich »aktiv dafür einsetzen, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu bewahren«, aber davon kann schon keine Rede mehr sein. Dieses Gewaltmonopol übt jetzt faktisch der Nato-Rat aus. Im Augenblick konzentrieren sich auch alle Bemühungen um »mehr Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik« in Europa und die »Verstärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität« auf die Nato. Dabei geht es um zweierlei, nämlich den Zugriff auf die europäische Infrastruktur der Nato und die Zuweisung einer eigenen europäischen, von den USA unabhängigen Befehlskompetenz. Die bedeutendste Vereinbarung in diesem Zusammenhang stellt das Nato-Konzept der »Combined Joint Task Forces« dar. In Krisensituationen muß demnach nicht unbedingt die Nato als solche intervenieren, sondern ein Ad-hoc-Bündnis europäischer Mächte könnte die Nato-Infrastruktur in eigener Regie nutzen. Die Sache hat nur einen Haken: Auch diese vor etwa zwei Jahren entwickelte Idee einer institutionalisierten Arbeitsteilung zwischen Nato und EU beinhaltet dieselben völkerrechtlichen Probleme. Ob nun der Nato-Rat, der Rat der Westeuropäischen Union oder ein anderes Ad-hoc-Bündnis die Befehle gibt -das Völkerrecht ermächtigt immer noch nur den Weltsicherheitsrat zur Ergreifung militärischer Maßnahmen gegen souveräne Staaten.

An diesem Problem fährt auch ein weiteres Anliegen der Europäer nicht vorbei. Um ihrer »Verteidigungsidentität« einen deutlicheren Ausdruck zu verleihen, fordern sie den Posten des Oberbefehlshabers für en Nato-Einsatzbereich Südeuropa, den traditionell ein amerikanischer General besetzt. Doch auch ein solcher Oberbefehlshaber müßte schließlich erst von dem einzigen dafür zuständigen Gremium, dem Weltsicherheitsrat, einen Auftrag erhalten, bevor er in Aktion treten könnte.

Eine »politische Union«, wie sie die neue deutsche Regierung anstrebt, könnte all die lästigen Beschränkungen des internationalen Rechts abschütteln, indem außenpolitische Krisen dann als interne Angelegenheit Europas erschienen. Doch nicht zuletzt die Angst vor der ungehemmten Dominanz der Deutschen hat bislang solch eine Union verhindert. Es gibt aber noch genügend andere Gründe dafür, daß das Projekt vermutlich scheitert.

Wenn es der neuen deutschen Regierung nicht gelingen sollte, die europaweit hohe Arbeitslosigkeit, die sie »in die Mitte der europäischen Politik« stellen will, oder eine Inflation in den Griff zu bekommen, könnte die EU selbst in eine Krise geraten, der auch das schon Erreichte zum Opfer fiele. Sofort würde der Europäischen Zentralbank die Schuld zugewiesen. In den am schlimmsten betroffenen Ländern würde die Bereitschaft zum Austritt aus der Währungsunion genauso schnell reifen wie im ehemaligen Jugoslawien der Separatismus.

Konkret 12/98, S. 33

Oliver Tolmein

Mehr Bio als Ethik

»Bis zum Jahr 2000 werden wir bei der Gentechnologie die Nummer eins in Europa sein«, hatte CDU-Forschungsminister Jürgen Rüttgers noch vor der Bundestagswahl verkündet. Es sieht ganz so aus, als würde er recht behalten. Während Frankreich ein Moratorium für die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen verkündet hat und Österreich und Luxemburg Importverbote für Genmais verhängt haben, sollen in der Bundesrepublik nach dem Willen der rot-grünen Koalition »die verantwortbaren Innovationspotentiale der Bio- und Gentechnologie systematisch weiterentwickelt (werden)«. Konkret heißt das: »Freilandversuche und das Inverkehrbringen müssen wegen der langfristigen Auswirkungen des Anbaus transgener Pflanzen in einem Langzeit-Monitoring wissenschaftlich begleitet werden.« Denn Begleitung schafft Arbeitsplätze und gefällt der Industrie trotzdem.

Was in der Landwirtschaft richtig ist, kann auch beim Menschen nicht schaden: Die Erforschung des Genoms, Präimplantationsdiagnostik, Gentherapie - alles wird künftig begleitet werden. Sozial, ethisch, rechtlich - die Bundesregierung will alles über alle Folgen wissen. Daß über die bereits vorhandenen Erkenntnisse, zum Beispiel über den diskriminierenden Effekt der pränatalen Diagnose, über die zunehmenden Biologisierungstendenzen in der Medizin, über die Selektionsbestrebungen bei den neuen Fortpflanzungstechniken, kein Wort verloren wird und daß vor allem keine Konsequenzen gezogen werden, läßt auch hehre, aber unspezifisch gehaltene Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag eher wie folgenlose Beschwichtigungen klingen: »Wir werden den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor genetischer Diskriminierung insbesondere im Bereich der Kranken- und Lebensversicherung gewährleisten.«

Tatsächlich ist im Abschnitt »Gesundheits- und Sozialpolitik« die Schaffung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes vorgesehen, das hier Verbesserungen bringen könnte. Während die entsprechende Formulierung im Grundgesetz, die die Benachteiligung von Behinderten verbietet, in den letzten Jahren weder deren Ausgrenzung aus Regelschulen noch die weitreichende Beschneidung ihrer Persönlichkeitsrechte verhindern konnte, würde ihnen eine bundesgesetzliche Regelung eine Anspruchsgrundlage geben, ihr Recht einzuklagen. Bislang haben ähnlich lautende Ankündigungen rotgrüner oder sozialdemokratischer Landesregierungen, Anti-Diskriminierungsgesetze auf Landesebene zu schaffen, allerdings keine konkreten Ergebnisse gezeitigt. Bemerkenswert und wenig erfreulich ist auch, daß die durch die neue Pflegeversicherung geschaffene katastrophale Lage pflegebedürftiger Behinderter oder alter Menschen, die bisweilen von Sozialämtern aus Kostengründen ins Heim gezwungen werden, im Koalitionsvertrag nicht erwähnt wird.

Schneller könnte dagegen eine erneute Diskussion der umstrittenen Bioethik-Konvention, die die fremdnützige Forschung an nichteinwilligungsfähigen Menschen gestattet, in Gang kommen. Denn im Koalitionsvertrag ist nicht, wie von manchen Teilnehmern dieser Debatte erhofft, eine Absage an dieses Vertragswerk enthalten, sondern folgende seltsame Formulierung: »Der Schutz der verfassungsmäßigen Grundrechte und der Würde des Menschen im Rahmen von medizinisch-ethischen Fragen muß auch bei der Bioethik-Konvention beachtet werden.« Da die Bioethik-Konvention bereits von etlichen Staaten unterzeichnet wurde, steht ihr Wortlaut gar nicht mehr zur Disposition. Beachtet werden muß aber nur etwas, was auch hierzulande Gültigkeit erhalten soll. Zu fordern wäre dagegen gewesen, was vor der Wahl auch die von den Grünen vertretene Position war: daß nicht die Bioethik-Konvention Bezugspunkt der Debatte wird, sondern daß eine eigenständige Auseinandersetzung mit dem Schutz von Menschen vor den Interessen der Forschung erfolgt und daß der unüberwindliche Charakter von Grundrechten, zu denen auch das Verbot der fremdnützigen Forschung an Einwilligungsunfähigen zählt, gegen jeden Pragmatismus behauptet wird.

Eine klare Positionierung mit Blick auf die gegenläufigen Tendenzen in Teilen von Forschung und Industrie wollte die Koalition auch im Bereich der Gentechnik nicht. Deswegen fehlen Äußerungen zur Frage, ob das Embryonenschutzgesetz so bleiben soll, wie es ist, obwohl es zunehmend in Frage gestellt wird, weil zahlreiche Ärzte neue Handlungs- und Experimentierspielräume gewinnen wollen. Aber auch sonst findet eine Auseinandersetzung mit den konkreten Entwicklungen im bioethischen Bereich nicht statt.

Ähnlich in der Schwebe bleibt die rot-grüne Gesundheitspolitik, die zwar einige Zuzahlungsregelungen zurücknehmen will (z. B. die Streichung der Zahnersatzleistungen für nach 1978 Geborene), die aber gleichzeitig auch Ausgabenbegrenzungen und vor allem die Einführung eines Globalbudgets vorsieht und damit Rationierungstendenzen im Gesundheitswesen, die sich gerade gegen Alte, Schwerkranke und Behinderte richten können, verstärkt. In einem Nebensatz findet sich eine Absage an die bisherige Krankenhausfinanzierung - damit können die Bundesländer aus der Verantwortung für die Finanzierung entlassen werden. Die von der SPD seit einiger Zeit favorisierte Lösung einer monistischen, also nur von den gesetzlichen Krankenkassen zu leistenden Finanzierung würde ebenfalls zu einer Intensivierung des Kostendrucks in den Kliniken und damit wohl auch zu einer Qualitätsverschlechterung der öffentlichen Gesundheitsversorgung führen, an deren Ende - ähnlich wie von vielen konservativen Gesundheitspolitikern gefordert - dann sogar ein Systemwechsel stehen

könnte.

-

Konkret 12/98, S. 34

Daniel Dockerill

Kosovo-Poker

Die deutsche Außenpolitik hat im Kosovo eine Schlacht verloren; den Kampf um die Hegemonie über den Balkan wird sie aber auch unter Fischer und Schröder nicht aufgeben

Aufgeschoben ...

Unter der massiven Kriegsdrohung der Nato hat Milosevic klein beigegeben und doch zugleich das (aus seiner Sicht) Schlimmste vorerst abgewendet: Das Kosovo wird kein unmittelbares Nato-Protektorat. Mittelbar ist es das faktisch schon längst, und das hat der Serbenchef nun offiziell anerkannt. Unmittelbarer Verlierer dieser machtpolitischen Pokerrunde auf dem Balkan ist wohl vor allem die um nationale Unabhängigkeit kämpfende UCK. Jedoch haben weder der Präsident Jugoslawiens noch gar die UCK es bewirkt, daß das Geschehen in der Region in den Brennpunkt der Weltpolitik gerückt ist. Die anhaltenden humanitären Notlagen, die beispielsweise seit einiger Zeit im Kongo produziert werden, stellen wahrscheinlich alles in den Schatten, was das Kosovo in dieser Hinsicht zu bieten hat, aber weder Kabila noch seine Kontrahenten standen in der Diskussion, als es darum ging, den neuen weltweiten Bösewicht Nr. 1 zu küren, gegen den die gesamte Feuerkraft der höheren westlichen Werte zu konzentrieren sei.

Noch im Juni dieses Jahres hat es freilich ganz anders ausgesehen, als es nun gekommen ist. Bis dahin war es vor allem die *deutsche* Außen- und Militärpolitik in Gestalt von Kinkel und Rühe gewesen, die für das Kosovo unmittelbaren militärischen Handlungsbedarf ausgemacht hatte und entsprechenden Dampf in der internationalen Diplomatie sowie vor allem in der deutschen medialen Öffentlichkeit erzeugte. Bis zu den Wahlen war es noch eine Weile hin und die Handlungsfähigkeit der deutschen Exekutive noch nicht völlig davon aufgesogen. Dem deutschen Drang, die eigene militärische Schlagkraft endlich einmal an einem Ernstfall praktisch zu erproben und dem Rest der Welt vorzuführen, stand damals vor allem im Wege, daß das Kriegsziel einer eventuellen Intervention der Nato von Deutschen und Amerikanern höchst gegensätzlich definiert wurde. Wollten die USA vor allem sich selbst als die Garantiemacht der *bestehenden* staatlichen Ordnung auf dem Balkan in Erinnerung bringen, suchten und suchen dagegen die Deutschen nach Wegen, eine solche Macht, von deren Gnaden alle anderen regionalen Mächte abhängen, erst noch zu werden. Ihr Interesse richtet sich daher eher nicht auf die Bestätigung, sondern vielmehr auf eine deutliche *Veränderung* der gegebenen Besitzstandsverteilung.

Während daher die hiesigen Massenmedien uniform den Eindruck zu erwecken suchten, als sei man sich in der Nato über Sinn und Zweck eines militärischen Eingriffs in den Konflikt im Grundsatz einig und bereits dabei, die Details abzusprechen, machten sich in Wahrheit die Amerikaner daran, die von den Deutschen ins Spiel gebrachte Option eines Nato-Einsatzes auszumanövrieren, indem sie deren Zweck ins Gegenteil verkehrten. Nicht gegen die Sondereinheiten der serbischen Polizei im Kosovo sollte danach die Nato vorgehen, sondern gegen den grenzüberschreitenden Waffenhandel der albanischen Separatisten. Für solche »symbolischen Einsätze«, hieß es dazu aus Bonn, »die in ihrer Wirkung darauf hinauslaufen, das serbische Unterdrückungssystem gegen die Kosovo-Albaner zu unterstützen«, sei die Bundeswehr nicht zu haben. 1 Der Schwachpunkt der Position dieser militanten Menschenfreunde in Europas Mitte scheint aber gerade darin bestanden zu haben, daß sie das unmittelbare Kriegsziel ihrerseits positiv kaum definieren konnten, denn das Ziel, das sie mit diesem selbstverfertigten Ernstfall für eine Mobilmachung ihrer Kriegsmaschine verfolgen, ist seinerseits ein höchst mittelbares. Es gilt, den Kriegsherd Balkan am Glühen zu halten und selbst, Euro und EU in der Hinterhand, als auch eigenständig kriegsfähige Großmacht endlich zum Zuge zu kommen. Ihr geheimes Motto ist daher: Bringen wir erst einmal die Maschine ins Rollen, dann sehen wir weiter.

War die Taktik der USA dagegen zunächst einmal, die Dinge zu verschleppen (Rühe Anfang Juni in einem Gespräch mit der »FAZ«: »Es ist heuchlerisch, öffentlich militärisches Vorgehen im Kosovo zu fordern und hinter verschlossenen Türen in den Nato-Gremien zu verhindern, daß die dafür notwendigen Planungen vorgenommen werden dürfen«), begann die amerikanische Diplomatie genau in dem Moment aufzudrehen, als Wahlen und Wahlergebnis in Deutschland alle politische Aufmerksamkeit absorbierten. Im Ergebnis hat sich das Bild vom Frühjahr und Frühsommer inzwischen auf den Kopf gestellt. Jetzt erscheinen die Amerikaner als die im Interesse der Menschenrechte zu allem entschlossenen Scharfmacher, und der deutsche Michel mimt einmal mehr die verschlafene Nachhut, die man zum Jagen tragen muß. 2 Die Zeit dazwischen hat Milosevic gereicht, den bewaffneten albanischen Separatismus soweit zurückzudrängen, daß er nun auf die mit enormem medialen Aufwand vorgetragenen ultimativen Forderungen der Nato eingehen konnte ' ohne um den Bestand seines Regimes fürchten zu müssen.

Zumindest Kinkel muß derartiges schon länger geschwant haben. Nachdem er selbst die UCK angefeuert hatte, indem er eine internationale militärische Lösung des Kosovo-Konflikts auf die Agenda von Uno und Nato gesetzt hatte, mußte er

bald zusehen, wie die amerikanische Diplomatie seinen Vorstoß in den internationalen Gremien ausbremste und im Konfliktgebiet selbst zugleich energisch das Heft in die Hand nahm. Ihr kategorisches Nein zu einer eventuellen staatlichen Loslösung des Kosovo von Serbien verband sie nun mit einer politischen Aufwertung gerade derjenigen Kräfte unter den Kosovo-Albanern, die es unter dieser Trennung von Serbien erklärtermaßen nicht mehr machen wollen. Überrascht und pikiert mußten die Europäer zusehen, wie im Juni Amerikas Sondervermittler Holbrooke sich mit Vertretern derselben UCK traf, die wenige Monate zuvor von den USA noch ganz offiziell als nicht verhandlungsfähige Bande von »Terroristen« eingestuft worden war. Damit hatten die Amerikaner genau den Part des Dramas nun auch für sich besetzt, den zu spielen eigentlich insbesondere die Deutschen sich ausgeguckt hatten: dem radikalen albanischen Separatismus den verständnisvollen Anwalt auf dem Parkett der großen Diplomatie zu machen und den eigenen Einfluß dort damit zu erhöhen, daß man einen mäßigenden Einfluß auf diese Konfliktpartei ausübe. Man hatte sie schließlich nicht umsonst selbst großgezogen und systematisch mit Waffen versorgt (kaum möglich, daß Ex-BND-Chef Kinkel beispielsweise nichts gewußt hat von den über den MAD abgewickelten Waffenlieferungen an den albanischen Untergrund).

Das riskante Spiel der UCK um alles oder nichts drohte aber unter dem Engagement der Amerikaner, die unzweideutig signalisiert hatten, daß sie für alles nun einmal nicht zu haben seien - weder jetzt noch später -, verloren zu gehen, ohne noch den Profit abzuwerfen, den sich die Deutschen davon versprochen hatten. Wie eine besorgte Mahnung an das ungeduldige Ziehkind klingt vor diesem Hintergrund heute, was Kinkel seinerzeit in einem Interview mit dem »Deutschlandfunk« sagte: »Innerhalb von bestehenden Grenzen jetzt zu Veränderungen hin zu tendieren, würde eine Bereitschaft der Beteiligten voraussetzen. Und die ist nicht vorhanden. Insofern hat es keinen Sinn, einer Erwartung anzuhängen, die im Augenblick keinerlei Chancen auf Verwirklichung hat.«

... ist nicht aufgehoben

Der maßgebliche Interessengegensatz, der derzeit auf dem Kosovo ausgetragen wird, ist also weder der zwischen serbischem und albanischem Nationalismus noch etwa der zwischen einem westlichen Bündnis für Demokratie und Kapitalismus einerseits und einem dagegen aufmuckenden östlichen Despoten andererseits. Die Diskriminierung der Kosovo-Albaner durch den Chauvinismus des serbischen Staates ist eine ebenso alte Geschichte wie die nationalistische Reaktion der Albaner darauf. Ihre akute Brisanz erhalten beide allein dadurch, daß die wirklich bestimmenden Mächte in der Weltpolitik sich gerade jetzt ihrer in je verschiedener Weise bedienen, um für die unter ihnen selbst sich auftuenden Konflikte Punkte zu machen. Und der hier auf absehbare Zeit entscheidende Konflikt, dessen Brisanz sich erst in der Zukunft entfalten wird, ist der zwischen einer immer noch global dominierenden Dollarnation auf der einen und der führenden Euronation auf der anderen Seite. Letzterer bleibt nämlich gar nichts anderes übrig, als die ganze der Dollarhegemonie zugrunde liegende gegenwärtige Weltordnung in Frage zu stellen, will sie nicht mit dem ehrgeizigen Projekt, eine zweite, mit dem Dollar konkurrierende Weltwährung zu etablieren, Schiffbruch erleiden.

Die aktuelle Runde auf dem Balkan ist an die USA gegangen, aber das gefährliche Spiel dort noch lange nicht zu Ende und seine nächste Runde bereits eingeläutet. Gleich am Tag nach der zwischen Milosevic und Holbrooke erzielten Einigung hat das Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie die Richtung gewiesen, in der von deutscher Seite gegen das Abkommen intrigiert werden wird. Nachdem der Kommentator der »FAZ« die Vereinbarung zunächst als feige Kapitulation des Westens und Sieg auf ganzer Linie für Milosevic charakterisiert hat, schreibt er zum Schluß: »Holbrooke erinnert an die vielen gebrochenen Zusagen des Belgrader Herrschers. Dem kommt es auf eine mehr nicht an. Dem Westen etwa eines Tages ebensowenig?« (»FAZ«, 14.10.98).

Eines von dreien: Entweder Milosevic hat wirklich erreicht, was er wollte, dann hätte er keinen Grund, eine Vereinbarung, die ihm bloß den westlichen Segen dazu gibt, zu brechen. Oder Milosevic bleiben wirklich Gründe zum Wortbruch, dann hat er sein Wort nicht aus freien Stücken gegeben, sondern sich lediglich höherer Gewalt vorläufig gebeugt.

Oder schließlich: weder noch. Weder sind unsere bürgerlichen Herrschaften deshalb über den Ausgang dieser Runde frustiert, weil sie etwa an Milosevic gegangen wäre, noch wird es ein wirklicher Wortbruch Milosevics sein, der ihre künftige Obstruktion gegen den ausgehandelten Status quo im Kosovo und auf dem Balkan motiviert. Vielmehr ist es aus ihrer Sicht der »Westen« selbst, der »eines Tages« gehörig aufgemischt werden muß.

An dieser Grundrichtung der deutschen Außenpolitik ist irgendeine Veränderung durch den Regierungswechsel am allerwenigsten zu erwarten. Die von einigen Grünen vorsichtig gestellte Frage nach der ausstehenden Legitimation eines Nato-Schlages durch ein Uno-Mandat hatte weder prinzipielle Bedeutung noch berührt sie den Kein jener sogenannten »Kontinuität«, in welche sich die rot-grüne Außenpolitik erklärtermaßen stellen wird; oder vielmehr berührt sie sie allenfalls negativ, indem sie jene deutsche Distanz zu den Interessen verdeutlicht, in deren Dienst das Nato-Unternehmen derzeit eingespannt ist. Gerade die Grünen werden aber an der vordersten Frontlinie stehen, wenn es darum geht, unter Berufung auf Menschenrechte und nationale Selbstbestimmung der Kosovo-Albaner erneut den Status quo auf dem Balkan in Frage zu stellen.

1 Hier zitiert nach dem sehr lesenswerten Artikel von Thomas Becker: »Waffen lügen nicht« in »Bahamas« 26/1998. Diese höchst aufschlußreiche Analyse des internationalen Tauziehens in der Kosovo-Frage steht leider nicht nur ziemlich allein da unter den linksradikalen Publikationen zum Thema, sondern hat auch, soweit ich sehen kann, keinerlei Beachtung gefunden, weder zustimmende noch zurückweisende - wohl weil danach die allermeisten einschlägigen Äußerungen auch aus dem antinationalen Lager gründlich umgeschrieben werden müßten.

2 Der designierte Außenminister Fischer, in Begleitung des designierten Kanzlers US-Präsident Clinton kürzlich seine Aufwartung machend, habe die Amerikaner gebeten, Verständnis zu zeigen, daß »in dieser Übergangssituation unsere Möglichkeiten, tätig zu werden, sehr beschränkt sind«, wie die »jungle World« (14.10.98) berichtet. Weiter heißt es dort: »Das verstand man selbstverständlich sehr gut ... Und was Fischers >transition phase< betrifft: Während der ersten Angriffswelle, so gab man im Weißen Haus zu verstehen, sei man ohnehin nicht auf deutsche Truppen oder Kampfflugzeuge angewiesen.«

Konkret 12/98, S. 36

Wolfgang Pohrt

Pohrt antwortet

Make Love - Not War

Sie hatten beobachtet, daß am Wahlabend die Verlierer die fröhlichsten Gesichter machten (s. KONKRET 11/98). Das galt gewiß für Kohl und überhaupt nicht für Rühe. Dem sah man die Enttäuschung, nun nicht als erster kriegführender Oberbefehlshaber der Bundeswehr in die Geschichte einzugehen, nur allzu deutlich an.

Kriegführender Oberbefehlshaber hat Rühe nicht werden können, und er wußte das. Bomben auf Serben schmeißen war doch nur deshalb sein Herzenswunsch, weil dabei seine Tornados benötigt wurden. Anderes für Auslandseinsätze taugliches Gerät besitzt die Bundeswehr nämlich nicht. Und auch die Tornados kommen in Jugoslawien nur an, wenn Italien erlaubt, daß sie in Aviano oder Piacenza starten. Rühe glich einem, der in geselliger Runde seine Kumpane alle zehn Minuten mit der Aufforderung nervt, nun ein weiteres Mal »Oh, Susannah« zu singen, weil dies das einzige Lied ist, das er am Klavier begleiten kann.

Sein Problem: Keine Flugzeugträger, keine Cruise Missiles, keine Landungsboote, keine kampferprobten Bodentruppen. Rühes Traum: Die Schmutz- und Schwerarbeit machen nachher die anderen, Hauptsache vierzehn seiner Tornados düsen als geflügelter Minenhund vorneweg. Das hätte gereicht, um die Aktion im Wahlkampf als eine von Deutschland geführte zu verkaufen. Paar Prozentpunkte mehr, und Schröder hätte mit ihm statt mit Fischer koaliert.

Das Ultimatum, das die Nato der jugoslawischen Regierung für den Rückzug ihrer Miliz aus dem Kosovo gestellt hatte, ist von Milosevic erfüllt worden. Alle scheinen damit zufrieden, nur die Deutschen nicht. In der »FAZ« und in der »Taz« wird heftig lamentiert, man habe die armen Albaner verraten. Vielleicht, weil Nichterfüllung des Ultimatums bedeutet hätte, daß Deutschland zum ersten Mal seit 53 Jahren wieder einen richtigen Krieg hätte führen dürfen? Und weil das Recht dazu zu den Insignien einer Weltmacht gehört?

Wir sollten aufhören damit, offensichtlich falschen Tatsachenbehauptungen einfach möglicherweise ebenso falsche entgegenzusetzen. Wir haben doch keine Ahnung, was dieser Milosevic im Kosovo treibt, und es kommt darauf auch gar nicht an. Nato-Ultimaten sind erfüllt, wenn Amerika Gründe hat, sie als erfüllt zu betrachten. Andernfalls findet sich immer eine alte Garage, die auf dem Satellitenfoto einer Rakentenabschußrampe zum Verwechseln ähnlich sieht. Derzeit wird überlegt, ob man das Ultimatum als erfüllt betrachten soll, Ende offen. Wir sollten uns auch lösen von der Vorstellung, westliche Balkanpolitik werde von »Taz« und »FAZ« gemacht. Das war bis zur Anerkennung Kroatiens so, jetzt ist es anders.

Schließlich: Kriegführen ist keine Frage des Rechts, sondern eine der Macht. Die USA haben diese Macht. Deutschland hat sie nicht. Rühe könnte Ihnen darüber bestimmt stundenlang Jammergeschichten voller Bitterkeit erzählen. Er war es schließlich, dem die Arroganz der Amis das Szenario verdarb.

Welches?

Ungefähr das, auf welches die deutschen Fernsehanstalten sich um den 20. September herum, eine Woche vor der Wahl, einzustellen begannen: In der Luft an der Spitze deutsche Jets. Sie führen die restliche Masse der Nato-Bomber an, wenn man anführen im Sinn von vorausgehen versteht. Die Flugzeugträger gehören ebenfalls zum Verband. Als dessen Commander muß dann der Bundesverteidigungsminister erscheinen, wenn man ihn auf dem Flugfeld zwischen startenden Maschinen mit heulenden Triebwerken bei seinen Piloten filmt. Die täten, so der Minister, ankämpfend gegen Lärm und Wind, hier ihr Leben riskieren, damit die Amselfelder auf ihrem Amselfeld nicht erfrieren müssen. Harter Schnitt. Da sitzen sie wieder in ihren Zelten, unsere Flüchtlinge, und köcheln und mümmeln und mampfen. Den Zuschauern daheim wird es warm ums Herz. Eine Regierung abwählen, während die Truppe im Feld steht, wäre Vaterlandsverrat. Und schaut man sich diesen Rühe an, weiß man auch gleich, wie der nächste Kanzler heißen müßte. Eine bessere Wahlkampfshow gibt es nicht.

Hat aber nicht geklappt.

Eben. Alles nett ausgedacht, aber der heikle Punkt an dem Plan war seine Abhängigkeit von präzisem Timing. Die Bomberei mußte für den 27. September noch in vollem Gange sein. Nach deren Ende hätte man nämlich vor der Frage gestanden: Und was jetzt? Also fing Rühe erst ziemlich spät mit dem Drängeln an. Und seine Kumpane nutzten die Chance, ihn durch Verzögerungen abzuservieren.

Anlauf Nr. 1: »Wenn die Angriffe auf die Zivilbevölkerung so weitergehen, dann wächst die Bereitschaft im Westen, dies auch militärisch zu stoppen in den nächsten drei bis fünf Wochen.« Das war Rühe im ZDF am 15. September. Reaktion: Belgrad wird frech. Frechheiten gestattet Milosevic sich nicht, ohne vorher mit Holbrooke zu telefonieren. Die »FAZ«

beschwichtigt, man denke »weder in Bonn noch in den Regierungskanzleien der übrigen Nato-Staaten ernsthaft daran, dem serbischen Vorgehen gegen die Kosovo-Albaner mit militärischer Gewalt zu begegnen«.

Anlauf Nr. 2: »Die Nato muß hier ein klares militärisches Signal setzen« -Rühe im »Spiegel« vom 21. September. Es geht nicht mehr um den Sieg, sondern um die Plazierung: Wenn wenigstens die Entscheidung für den Bundeswehreinsatz schon gefallen ist, wird Schröder mit Rühe koalieren müssen. Zwei Tage später UN-Resolution, Milosevic solle mehr für den Frieden tun. Rühe glaubt, der Sicherheitsrat spiele sein Spiel, die hiesigen Medien riechen Blut. Düsenjäger und Flüchtlinge auf allen Kanälen. Der Startschuß für den Countdown soll in Vilamoura fallen, wo am 24. September der Nato-Rat tagt. Die »FAZ« berichtet von dort: »Rühe vertrat den Standpunkt, es sei notwendig, nun rasch zu handeln. Andernfalls werde man nicht nur gezwungen sein, Nachrufe für viele tausend Tote im Kosovo zu verfassen, sondern auch einen Nachruf auf die Nato.«

An einen Nachruf auf Rühe denkt Rühe selbstverständlich nicht, das aber tut Solana: »Der Nato-Generalsekretär hatte beim Treffen der Verteidigungsminister im portugiesischen Badeort Vilamoura ein Ultimatum in den nächsten Wochen ausgeschlossen. Solana sagte, er persönlich sei >nicht dafür, Belgrad eine Frist zu setzen<« (»WamS«, 27.9.98). Rühes Geschwätz zählt nicht mehr. Im Fernsehen sind vom einen auf den anderen Tag alle Flüchtlinge und Düsenjäger aus den Nachrichten verschwunden. Kosovo? Wo liegt das?

Der Grund dafür war, daß die Amerikaner ein anderes Timing hatten. Die Bundestagswahl am 27. September interessierte Clinton nicht. Er brauchte das Spektakel später, weil am 6. Oktober im amerikanischen Kongreß die Entscheidung über die förmliche Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens fallen sollte. Was Clinton überhaupt nicht brauchte, waren Schnorrer und Trittbrettfahrer. Auch deshalb kam die Sache erst in Schwung, nachdem man Rühe ausgebootet hatte und die deutsche Öffentlichkeit mit Fischers Designer-Klamotten statt mit zerlumpten Flüchtlingen beschäftigt war.

Am 1. Oktober berät der UN-Sicherheitsrat in einer Dringlichkeitssitzung über Berichte von Massakern, die britischen Zeitungen zufolge serbische Truppen an kosovo-albanischen Flüchtlingen begangen haben sollen. Nato-Generalsekretär Solana, nunmehr von seinen amerikanischen Instrukteuren umgepolt, fordert »die Staatengemeinschaft zu einer gemeinsamen Reaktion auf die serbischen Gewalttaten« auf. Aus amerikanischen Regierungskreisen verlautet, die Geduld Washingtons gehe zu Ende. Der britische Verteidigungsminister Robin Cook erklärt, die Allianz sei zum Eingreifen im Kosovo bereit. Am 4. Oktober wird in Den Haag ein Bericht über serbische Grausamkeiten gegen ethnische Albaner von der in New York ansässigen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) nachgelegt. Am 5. Oktober schreibt die »FAZ«: »Auslöser der jüngsten Diskussionen über einen Luftschlag der Nato waren Berichte über Massaker an kosovo-albanischen Zivilisten, denen am letzten Septemberwochenende offenbar 34 Menschen im Gebiet um Drenica zum Opfer gefallen waren.« Im Kommentar zu diesem Thema wird festgestellt: »Wieder einmal hat es, wie zuvor in Bosnien schon, des Aufdeckens von Massakern an der Zivilbevölkerung bedurft, um den verbalen Warnungen an die Adresse Belgrads endlich etwas weniger vage westliche Alarmsignale folgen zu lassen.« Solana sagt: »Die Zeit von Milosevic geht jetzt zu Ende. Die Nato ist bereit für eine militärische Intervention.« Am 7. Oktober wiederholt er: »Wir haben den Prozeß der Planung abgeschlossen und sind bereit zu handeln.« Die »FAZ« vom 8. Oktober schreibt: »Nach einem Bericht des britischen Senders BBC vom Mittwoch könnte der Militärschlag unter Führung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten schon an diesem Wochenende erfolgen.«

Der CNN hatte damit seine Rocky-Horror-Holbrooke-Show und Clinton die Presse, die er so dringend brauchte. Nur Rühe hatte nichts.

In den guten alten Zeiten, so vor zwei bis drei Jahren, hätte jeder Kommentator einen für verrückt erklärt, der behauptet hätte, den nächsten deutschen Krieg werde eine rot-grüne Bundesregierung erklären. Nun wissen alle, daß es so sein wird, und alle halten es für ganz normal. Woran liegt das? An der Dummheit der Beobachter oder der Wendigkeit der Beobachteten?

Sie meinen den Bundestagsbeschluß vom 16. Oktober 1998, wo 503 von 584 anwesenden Abgeordneten mit Ja stimmten, 63 mit Nein, und 18 sich der Stimme enthielten. Ein Novum, gewiß, ein denkwürdiges auch. Aber beim besten Willen erkenne ich darin keine Kriegserklärung, eher das genaue Gegenteil. Ein Parlament beschließt mit einer Mehrheit, die bestes altes Ostblock-Format erreicht, es seien Einheiten der nationalen Armee dem Kommando eines ausländischen, nämlich amerikanischen Generals zu unterstellen, von dem man weiß, daß er die Drohkulisse aufzubauen hat, die Clintons Sonderbotschafter Holbrooke braucht, um die Sex- und Lügengeschichten seines Chefs wegzubügeln. Man hätte am 16. Oktober mit Gewalt das Parlament gestürmt, wenn es in Deutschland noch Nationalisten gäbe.

Ist das Ihr Ernst? Wenn es in Deutschland keine Nationalisten gäbe, gäbe es hier auch keine Deutschen mehr Das Parlament beschloß nicht irgendeine internationale Subordination, sondern erteilte erstmals einen Schießbefehl für deutsche Truppen im Ausland. Das ist im Land sehr wohl verstanden worden.

Blinder Eifer schadet nur. Die Nato greift nicht mit Flinten an, sondern mit Bomben und Raketen. Man verniedlicht die Sache, statt sie mit besonderer Schärfe anzuprangern, wenn man in polemischer Absicht von einem Schießbefehl spricht.

Und nichts, was dem gleichkäme, hat der Bundestag gegeben.

Schauen wir einfach mal genauer hin. Wir haben es doch gar nicht nötig, Sachkunde durch Gesinnung zu ersetzen, die Fakten selbst sind skandalös genug. Der Bundestag hat eine - so der Titel des Antrags - »Deutsche Beteiligung an den von der Nato geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt« gebilligt. Und diese Billigung war Voraussetzung dafür, daß beide Teile eines am 12. Oktober gefaßten Kabinettsbeschlusses wirksam wurden. Teil Nr. 1: Die Bundesregierung stimmt im Nato-Rat der »Activation Order« für die Operation »Limited Airstrike« zu - wirksam auch ohne Bundestagsbeschluß. Teil Nr. 2: Die Bundesrepublik beteiligt sich an dieser Operation mit 14 Tornados und 500 Mann - wirksam nur mit Bundestagsbeschluß.

Was heißt das? Wenn der Nato-Rat die »Activation Order« beschlossen hat, sind die Militärs am Drücker. In diesem Fall war es so, daß sämtliche von den Mitgliedsländern zur Verfügung gestellten Kräfte dem Kommando des Nato-Oberbefehlshaber Europa, General Wesley Clark, unterstellt waren. Und im Ermessensspielraum dieses Generals lag es fortan, ob und wann er welche der vorgesehen Ziele in Jugoslawien bombardieren lassen wollte.

Wenn man in diesem Zusammenhang also das falsche Wort »Schießbefehl« unbedingt benutzen will, so hat der Bundestag ermöglicht, daß ein amerikanischer General ihn deutschen Truppen geben darf. Die werden gleichsam als Söldner behandelt, die man auch mal ausleihen kann, gegen Geld oder einem stärkeren Machthaber zu Gefallen. Das gab es im Zeitalter der Raubritter und der Duodezfürstentümer zuletzt, im Zeitalter der Nationalstaaten war dergleichen undenkbar. Deshalb bleibe ich dabei: Wenn es hier noch Nationalisten gäbe, hätten sie »Schande« und »Verrat« schreien müssen.

Es gibt sie aber nicht, so wenig wie anderswo in Europa, denn alle Nato-Staaten haben für die Bereitstellung von Truppen gestimmt. Und Grüne, Kommunisten, Pazifisten, Christen, Sozialisten und wie sie alle einmal hießen gibt es auch nicht. Die Leute, die das mal gewesen waren und davon nicht lassen mochten, sind kaltgestellt, verrückt geworden oder tot. Es hat eine Petra Kelly verschwinden müssen, damit ein Fischer sich als führender Grüner verkaufen kann. Mit Begriffen wie »Wendigkeit« erreicht man so einen Plastilin-Menschen überhaupt nicht. Rein physiognomisch schon ist er jeweils der perfekte Klon des gerade amtierenden Kanzlers, und seine neue Freundin vereint als Praktikantin und angehende Journalistin die sozialen Merkmale von Schröders neuester Gattin und Clintons Gespielin auf sich. Wir leben im Zeitalter der Zombies, was die Welt ebenso langweilig wie unberechenbar macht. Von Schröder/Fischer etc. weiß man mit Sicherheit nur, daß sie jedes Spiel mitspielen werden. Ob es Pazifismus oder Militarismus, Antiimperialismus oder Atlantismus, soziale Martkwirtschaft oder Manchesterkapitalismus heißen wird, hängt allein von den Umständen ab.

Also keine Gefahr von Deutsch-Rot/Grün?

Eine sehe ich, aber sie hat mit Deutschland nichts zu tun, wie überhaupt man allmählich feststellen muß, daß die Deutschen immer nur die Mitmacher sind, auch dann, wenn es so scheint, als ob sie sich gegen den Rest der Welt stellen würden. Auch diese Rolle gehört zum großen Spiel dazu. So hat es im Interesse des gesamten Westens gelegen, daß der Balkan zerstückelt worden ist, und Deutschlands anfängliche Führungsrolle in dem Schurkenstück war nicht etwa seiner Stärke geschuldet, sondern der Tatsache, daß es den anderen angenehm war, sich widerstrebend beugen zu dürfen.

Die wirkliche Gefahr liegt anderswo. Es ist nun eine Generation am Ruder, hier wie in den USA, die unter der Parole »Make Love Not War« angetreten war. Ein fieser Spruch, weil er unterstellt, das eine wäre die Alternative zum anderen, man müsse das eine oder das andere tun. Was passiert, wenn diese Generation in ein Alter kommt, wo sie das eine nicht mehr machen kann. Macht sie dann das andere?

Konkret 12/98, S. 38

Zu Protokoll

Am jenem 28. Oktober, als das Ultimatum der Nato an Jugoslawien abgelaufen war und der Rückzug der serbischen Miliz die Deutschen um die Chance, endlich ihre Tornados zur Bombardierung Belgrads loszuschicken, gebracht hatte, meldete die Stimme der Vernunft sich aus dem Deutschlandfunk, der den Vizepräsidenten der OSZE-Versammlung, Willi Wimmer (CDU), befragte

DLF: Auf der einen Seite die paramilitärische Polizei eines undemokratischen Staates, auf der anderen Seite eine bodenständige Guerilla, deren Mitglieder wohl kaum etwas von Genfer Konventionen oder ähnlichem wissen - ist es nicht nachgerade leichtsinnig, internationale Beobachter unbewaffnet dorthin zu senden?

Wimmer: Ich gehe nicht davon aus, daß es leichtfertig ist, wobei man natürlich, was Provokationen anbetrifft, nie etwas ausschließen kann. Und ich glaube, daß wir auf der anderen Seite im Zusammenhang mit Bosnien-Herzegowina schon eine Erfahrung jedenfalls für eine Teilkomponente haben. Da sind wir ja nun auch Nato-seitig seit Jahren aktiv aufgrund des Dayton-Abkommens, und da sind die Dinge ja eigentlich sehr korrekt verlaufen, und wenn man das sieht, dann muß man sich bestimmt auch auf die Provokationskomponente einrichten, aber im Zusammenhang mit den UCK-Aktivitäten gehe ich davon aus, daß auch der albanischen Seite die Dramatik des Problems hinlänglich bekannt ist.

Welche Schutzmaßnahmen sind denn getroffen worden, denn anders als in Bosnien - wenn dort internationale Beobachter in Konflikte kamen, war die Nato sofort mit einer schwerbewaffneten Einheit da -, ist dieses ja im Kosovo im Moment nicht möglich.

Die Dinge werden ja auch im Bereich der Nato und der OSZE überlegt, daß für den Fall, daß etwas schiefgehen sollte, wovon ich zunächst nicht ausgehe, von außerhalb sofort eingegriffen werden kann. Wenn man sieht, wie groß oder wie klein das Gebiet ist, ist da auch keine Schwierigkeit gegeben, das zu tun. Aber ich will vor dem Hintergrund auch der Abläufe nur sagen, wir haben eigentlich, wenn wir's ganz genau nehmen, mit der serbischen Seite -abgesehen von dem, was Sie gesagt haben -ausreichende und auch zutreffend gute Erfahrungen, was den Schutz unserer Leute anbetrifft. Aber man muß für alles gewappnet sein, und darauf bereitet man sich auch vor.

Wenn Infrastrukturprobleme auftreten, zum Beispiel bei Nahrungsmittelversorgung oder ähnlichem, dann wird der Übergang einer Guerilla oder einer Miliz zur Räuberbande fließend, Geiselnahme und Erpressungen sind absehbar, es sei denn, man meidet unsichere Bereiche - das aber kann doch nicht Sinn der Sache sein.

Das ist zutreffend und deswegen ist auch die Verantwortung der albanischen Seite unter Rugova eine ziemlich große: Erstens ist es nicht angemessen, mit dem Feuer zu spielen. Wenn man - wie heute und gestern - sagt, man akzeptiert die amerikanischen Uberlegungen in Zusammenhang mit dem Abkommen mit Milosevic nicht, kann ich nur sagen: Das ist für den Kernbereich unverantwortlich. Und das zieht sich natürlich durch, bis auf jeden Einfluß, den man hat, um Provokationen auszuschließen. Wir haben ja auch in den letzten Wochen immer wieder gehört, auch in Zusammenhang mit den Verhandlungen von Holbrooke, daß sehr wohl in der westlichen Staatengemeinschaft der Eindruck besteht, daß die albanische Seite praktisch die Nato oder Militärkräfte woher auch immer zur Durchsetzung ihrer extremistischen Positionen nutzen will, und das ist etwas, was man offensichtlich sieht, und man muß es auch deutlich ansprechen, daß es so ist. Man muß auch der albanischen Seite sagen: Bis hierhin und nicht weiter!

Wächst denn die OSZE an solchen Aufgaben, oder bleibt der Lerneffekt gering, von der Gefahr des Scheiterns ganz abgesehen?

Die Lerneffekte in der OSZE sind schon seit Jahren besonders groß. Wir haben das ja seit Jahren in den ganzen Konflikten zwischen Tadschikistan, Tschetschenien, Kaukasus und Balkan gesehen: Wir haben inzwischen so hochqualifiziertes Personal, daß man sich aus diesem Grund keine Sorgen machen muß. Ich sag das mal an die Adresse gerade auch des deutschen Kontingents: Wir haben zum Beispiel aus der Hinterlassenschaft des letzten DDR-Außenministeriums hochrangige ehemalige Diplomaten mit großem Erfolg in diesen Überwachungsmissionen eingesetzt gesehen, das sind klasse Leute, die wissen, was sie machen.

Konkret 12/98, S. 39

gruppe demontage

Von Abs lernen?

Fünfter und letzter Teil einer Serie über die Politik nationaler Befreiungsbewegungen in Zeiten des Postfordismus. Diesmal zum Thema: »Hoch die internationale Solidarität«

»Proletarier aller Länder, vereinigt euch«, rief das *Kommunistische Manifest.* Die Komintern erweiterte die Losung zwischen den Weltkriegen zu »Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch«. Erstes Ziel aller internationalen Solidarität ist das befreite Volk, die befreite Nation.

Geburtshelfer des neueren Internationalismus in den Metropolen in den sechziger Jahren war der Befreiungskampf des kommunistischen Vietcong in Vietnam. In der BRD waren zwei Aspekte für die Positionsfindung der Linken nach 68 zentral: Antiamerikanismus und Anti-Nationalsozialismus. Die Konfrontation mit »Hitlers willigen Vollstreckern« währte dabei nur kurz und hatte keinerlei Folgen für den Bezug der Neuen Linken auf »das Volk«. Den meisten galt der Faschismus als »reaktionärste Form der Herrschaft des Finanzkapitals« (Dimitroff), die sich vor allem gegen die organisierte Arbeiterklasse richte. Allzu leicht wurde der Widerstand kommunistischer Arbeiter als Widerstand des deutschen Proletariats verstanden, in dessen Tradition man sich stellen konnte. Der Rassismus und Antisemitismus »von unten« wurde ignoriert oder verdrängt.

Was den Antiamerikanismus angeht, so konnte die Neue Linke an die alte anknüpfen. Im »Programm zur nationalen Wiedervereinigung« von 1952 hatte die KPD formuliert: »Nicht nur die Wirtschaft, auch die gesamte Innen- und Außenpolitik, die ganze Lebensweise ist durch das amerikanische Besatzungsregime in Fesseln geschlagen ... Zugleich führt der amerikanische Imperialismus einen systematischen Kampf gegen die Nationalkultur. Er möchte sie vernichten, damit die Deutschen vergessen, daß sie Deutsche sind, und daß sie eine große Vergangenheit als selbständige und begabte Nation besitzen. Er möchte das deutsche Volk dazu erziehen, auf einen einheitlichen, deutschen Nationalstaat zu verzichten und die >amerikanische Lebensweise(mit ihrer äußerlichen und primitiven >Kultur< anzunehmen. Die amerikanischen ... Machthaber wollen nur für ihr eigenes imperialistisches Land das Recht auf selbständige nationale Existenz gelten lassen, indem sie ihnen das >Europäertum<, die >Integration Europas<, den >Kosmopolitismus< usw. aufzwingen. «

Das griff die Neue Linke später in unterschiedlichen Varianten auf. Die Deutschen wurden auf der Opferseite der Weltgeschichte angesiedelt, der BRD meist nur eine Nebenrolle in der Metropolenherrschaft zugedacht. Die Rote Armee Fraktion ging beispielsweise in ihren Analysen davon aus, daß die BRD ein Vasall der USA sei. Und die deutsche Friedensbewegung kämpfte Anfang der achtziger Jahre gegen den möglichen Untergang des deutschen Volkes, der durch amerikanische Raketen heraufbeschworen zu werden schien.

Erst die Wiedervereinigung und der Zweite Golfkrieg 1991 ließen den Antiamerikanismus zum Streitfall werden. Teile der Linken weigerten sich, Saddam Husseins Irak mit antiimperialistischer Solidarität zu begegnen. Im Februar 1991 hatte das Plenum der Hamburger Hafenstraße ein Flugblatt mit den Parolen »Boykottiert Israel -Solidarität mit der Intifada; Arabien den arabischen Völkern; für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen und palästinensischen Volkes« beendet. So standen nun die Linken, die in Saddam einen Antiimperialisten sahen, jenen gegenüber, die den Militärschlag des Weltpolizisten USA als Aktion gegen den arabischen (und den deutschen) Antisemitismus begrüßten.

In diesem Streit ging die Auseinandersetzung mit der Rolle Deutschlands in der neuen Weltordnung unter. Während des Golfkrieges gingen Hunderttausende auf die Straße. Doch nicht der neue deutschen Imperialismus war ihr Thema, sondern die Selbstinszenierung als Opfer: »Gestern Dresden, heute Bagdad - Schluß mit den Bomben!«

Die volkstümelnde Politik, die sie von der KPD übernommen hatten, bestimmt das Verhältnis von Teilen der Solidaritätsbewegung zu »Volk« und »Klassenkampf« bis heute. Ende der 50er Jahre hatte sich zur Unterstützung der algerischen Befreiungsbewegung FLN zum ersten Mal in der BRD (unter maßgeblicher Beteiligung der illegalen KPD) eine kleine Solidaritätsbewegung gebildet. Wie später in Vietnam wurde in Algerien eine Kolonialmacht bekämpft, die -im Gegensatz zu heutigen Formen neokolonialer Abhängigkeit - zugleich Besatzungsmacht war, die von Siedlern, Söldnern und Teilen der einheimischen Bourgeoisie unterstützt wurde. Die Parole »Sieg im Volkskrieg« und damit das Volksfrontkonzept beschrieb den Plan, ein sozialistisch-antikolonialistisches Bündnis aus Proletariat, Bauern und Kleinbürgertum zusammenzubringen.

Wenn sich heute große Teile der internationalistischen Linken in der BRD auf einen aus dem Volksfrontkonzept abgeleiteten Volksbegriff beziehen, ignorieren sie die völlig veränderte Struktur der gegenwärtigen neokolonialen Ausbeutungsverhältnisse. Während eine fordistische Befreiungsbewegung noch darauf hoffen konnte, unter sozialdemokratischen oder planwirtschaftlichen Vorzeichen eine autarke Nationalökonomie aufzubauen, ist diese Perspektive im Postfordismus hinfällig geworden. In Algerien etwa, wo das Volksfrontkonzept zur Bildung einer

Staatsbourgeoisie geführt hat, ist mit dem Wegfall der wohlfahrtsstaatlichen Abfederung eine Situation entstanden, in der die sozialen Widersprüche hinter der Konfrontation von Islamisten und Anhängern westlicher Kultur verschwinden.

Auch die Formierung des imperialistischen Blockes Europäische Union und die hegemoniale Rolle der BRD spielen in den Diskussionen der deutschen Internationalismus-Szene kaum eine Rolle. Statt dessen nimmt der Großteil der Solibewegung bis heute sämtliche Konfliktlinien durch eine nationalistische Brille wahr. Im Artikel zum Baskenland (KONKRET 10/98) haben wir beschrieben, wie die linksnationalistisch-baskische Bewegung die sozialen Kämpfe der nationalen Frage unterordnet. In dem unter radikalen Linken viel diskutierten Papier »Ich sag, wie's ist« wird die ETA dafür gelobt und bedauert, »daß es außerhalb des Baskenlandes und Nordirlands, wo die bewaffneten Befreiungskämpfe sich auf eine breite Basis in der Bevölkerung stützen können ... in Westeuropa keine revolutionäre Gegenmacht gibt ... Sowohl im Baskenland als auch in Nordirland geht es um nationale und soziale Befreiung.«

In dieser Argumentation fällt nicht nur die Gleichsetzung von antikolonialem Kampf und sozialer Befreiung ins Auge. Auch die Gleichsetzung von militanten Untergrundorganisationen mit revolutionärer Gegenmacht erklärt sich nur dadurch, daß Revolution und Nation nicht als Widerspruchsverhältnis, sondern als Einheit gesehen werden. Auch Ende der 90er Jahre fehlt eine kritische Position der solidarischen Linken, wenn Sozialabbau und Deregulierung im Baskenland vom linksnationalistischen Spektrum als nationalistische Komplotte der spanischen Zentralregierung gedeutet werden.

Die Solibewegung zu Kurdistan verzichtet weitgehend auf Kritik der nationalistischen PKK-Politik und beschränkt sich auf Übernahme von Durchhalte- und Erfolgspropaganda. In einem Hamburger Flugblatt (»§ 129a Prozeß gegen zwei kurdische Genossinnen und einen kurdischen Genossen in Hamburg«) aus dem Frühjahr 1996 heißt es u. a.: »Die Kurdin oder die Migrantin stehen dagegen auf der Seite der Ausgebeuteten, ob sie dagegen kämpfen oder nicht.« Wer alle Kurdinnen zu Ausgebeuteten erklärt, reproduziert in alter Manier den Mythos vom ausgebeuteten Volk und erleichtert die patriarchale und kapitalistische Ausbeutung innerhalb des (neo)kolonialen Verhältnisses. Niemand steht allein durch seine soziale Position auf der Seite der Revolution.

»Überall auf den Rängen sah man auf und ab wiegende Reihen, die zumeist in die kurdischen Nationalfarben grün, gelb und rot getaucht waren«, beschreibt ein Artikel die Stimmung auf einem Festival (»Kurdistan Rundbrief« Nr. 20). Die Zuschauer werden in dieser Darstellung zu einer zum Leben erweckten Masse, in der sich das nationale Symbol ausdrückt. Das kämpfende Volk wird zum Schnittpunkt der aktuellen Politik und der eigenen deutschen Geschichte. Die Vorstellung einer völkischen Einheit, die sich für den deutschen Kontext verbietet, wird auf eine imaginäre kurdische Nation projiziert und findet ihren Dank darin, wenn PKK-Chef Öcalan sich dafür entschuldigt, daß Kurden mit ihren Aktionen »die Gefühle des deutschen Volkes verletzt« hätten.

Jede linke Szene sucht sich die Bewegungen aus, in denen sie sich selbst am besten spiegeln kann. Für Anti-Imps ersetzt heute die PKK die vergangene Leitbild-Funktion der RAF. Die zapatistische EZLN weckt dagegen Interesse vor allem bei Teilen der Autonomen und zahlreichen anderen Linken. Sozialrevolutionäre und Feministinnen beziehen sich insbesondere auf die Forderung der EZLN, soziale und antipatriarchale Kämpfe nicht mehr hinter die vermeintliche Vorrangigkeit einer auf einen Nationalstaat ausgerichteten »nationalen Befreiung« zurückzustellen.

Die Solibewegung zu Chiapas ist allerdings so widersprüchlich wie die Positionen der EZLN selbst. Anstatt die Eigenbezeichnung »Indigenas« auf sich beruhen zu lassen, erheben Teile der Soliszene »Indigena-Sein« zur politischen Kategorie. Dabei verschwinden nicht nur die Klassenwidersprüche innerhalb der indigenen Gruppen, auch die traditionellen patriarchalen Rollenzuschreibungen werden unter der »vorhistorischen Indigenakultur« verschüttet.

»Nichts gegen Enthusiasmus, aber teilweise schien das Skandieren von >EZLN< und >Viva Zapata< die fehlende Distanz zur zapatistischen Bewegung auszudrücken. Politisch wird eine solche Position vor allem dann gefährlich, wenn sie permanent auf ein vereinheitlichendes >wir< rekurriert, das es gar nicht gibt«, schreibt Ulrich Brand nach dem ersten »intergalaktischen« Treffen 1996 in Chiapas (in »blätter des iz3w«). Eine Debatte darum, wie das Konzept der Machtübernahme durch eines der schrittweisen Zersetzung der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Institutionen ersetzt werden kann, könnte zu einer Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse führen, die Patriarchat, Rassismus und politische Ökonomie thematisiert und über die gegenwärtige Kritik am Neoliberalismus hinausreicht. Bei aller Kritik sehen wir im Ansatz der EZLN, die den Kampf für den Sozialismus nicht nur als Ziel beschwört, um gegenwärtige Defizite zu überspielen, sondern die Fallstricke von Rassismus, Verstaatlichung, Patriarchat und der Unterordnung sozialer Kämpfe zu kappen versucht, als einen Bezugspunkt unserer politischen Arbeit.

Die Hochzeit der klassischen Solibewegungen in den 70er und 80er Jahren ist vorbei, die meisten Restbewegungen kämpfen um ihren Fortbestand. Die Diskussion in der Internationalismusszene hat sich in der Regel von kapitalismuskritischen Ansätzen verabschiedet. Die Gefahr, in der eine Befreiungsbewegung grundsätzlich steht: Staat im Wartestand zu werden, droht heute auch den Solibewegungen, und die sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind ihr längst erlegen.

Die heutigen NGOs sind zu wichtigen Vermittlern jener staatlichen Entwicklungspolitik geworden, die noch in den achtziger Jahren als neokoloniales Projekt kritisiert worden war. Jüngstes Beispiel ist die »Agenda 21«, die von über 170 Staaten unterzeichneten entwicklungs- und umweltpolitischen Richtlinien für das 21. Jahrhundert. Zum ersten Mal waren im größeren Maßstab NGOs in die Vorbereitung einbezogen worden. Zwar ist in dem Dokument sogar von Atomkraft und Gentechnik die Rede, nicht jedoch von Kapitalismus, obwohl in den NGOs heute die Leute sitzen, die noch vor zehn Jahren als Brigadisten durch die Welt reisten oder die antiimperialistische Revolution in den Metropolen predigten.

In welchem Maß die Lobby-Arbeit der NGOs auf Kosten einer politischen Auseinandersetzung geht, zeigte die Diskussion um die Kampagne »Erlaßjahr 2000« im August 98, die eine Entschuldung der ärmsten Länder zur Jahrtausendwende verlangt. Zur Begründung ihrer richtigen Forderung verweisen die Veranstalter auf ein Vorbild: Der BRD seien ja auch die Schulden des Dritten Reichs erlassen worden. In einer Presseerklärung rechtfertigte die Lobby-NGO »Germanwatch« ihre Geschichtsschreibung: »Von Abs lernen - diesen Slogan benutzen wir schon seit längerem.« Was Abs »für Deutschland herausgeholt« habe, sei ein »erfolgreiches Modell«.

Von Abs lernen? Hermann Josef Abs leitete bei der Deutschen Bank seit 1938 die Arisierung jüdischen Vermögens, war seit 1940 im Vorstand der IG Farben, seit 1941 Aufsichtsrat bei der IG Auschwitz. Bei den Entschuldungsverhandlungen 1952 boykottierte Abs die Entschädigungszahlungen der BRD an Israel. Als das »iz3W« die Kritik an Abs beim Hauptinitiator der Erlaßjahr-Kampagne vortrug, rechtfertigte dieser den Bezug auf Abs mit dessen Rolle als vorbildlicher Chefunterhändler.

Wie es zu dieser Institutionalisierung der Solipolitik gekommen ist, läßt sich am Beispiel von Nicaragua verdeutlichen. Als 1979 die Sandinisten den Somoza-Clan militärisch entmachteten, übte dies auf die hiesige Linke einer ungeheure Faszination aus. Die Nicaragua-Solidarität setzte sich aus einem breiten Bündnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte zusammen: klassische Antiimperialisten, Grüne, Gewerkschaftler, kirchliches Milieu, linke Sozialdemokraten, Dritte-Welt-Gruppen etc. Von 1979 bis 1990 reisten über 15.000 Menschen aus der BRD nach Nicaragua, um dort als Brigadisten die Errungenschaften der Revolution absichern zu helfen. Dieses Bündnis setzte in der bis dahin fast ausschließlich antistaatlichen Solibewegung neue Akzente. »Die Abwesenheit eines antiimperialistisch-formierenden Diskurses der Nicaraguabewegung war einer der Faktoren, die zu ihrem unpolitischen Charakter beitrug und ihre Arbeit auf die Frage der Assistenz konzentrierte, d. h. zur internationalen Caritas machte. Spiritus rector der Bewegung war die Kategorie >Hilfe< und politisches Bewußtsein drückte sich in Maximen aus, wie >Nicaragua muß überleben<, deren politischer Inhalt und propagandistische Stoßrichtung auf der Ebene von >Save the Whales<-Parolen liegt« (Heinz Dieterich).

Dieses politische Verständnis drückt sich auch in einer Umfrage über die Bewertung der Metropolensolidarität aus, die 1992 in Nicaragua durchgeführt wurde. Über 90 Prozent der Befragten gaben an, daß sie die Brigadenpolitik in erster Linie als karitative Hilfe ansehen. Erst als zweitwichtigsten Grund, mit nur 45 Prozent, sagten die Befragten, sie seien zur Unterstützung der Revolution nach Nicaragua gereist. Die Aussage eines 42jährigen Lehrers aus Nicaragua verdeutlicht, daß diese karitative Solidarität durchaus als paternalistische wahrgenommen wird: »Sie kommen, weil hier Armut herrscht. Ich glaube, daß sie in alle Länder gehen, in denen es Armut gibt. Sie sind wie die Pfarrer, die auch ihre Niederlassungen in allen Ländern haben. Der Unterschied ist nur, daß diese Jungs jetzt lange Haare haben und die Pfarrer nicht.«

Seit den 80er Jahren entstanden diverse halbstaatliche oder staatliche Organisationen, die um materielle Unterstützung für Nicaragua werben. Sie finanzieren sich durch direkte und indirekte staatliche Subventionen, öffentliche Spenden und Gelder gesellschaftlicher Institutionen. Zahlreiche größere Projekte (wie z. B. Schulen oder Bewässerungsanlagen) in Nicaragua wurden mit direkten staatlichen Subventionen umgesetzt. Die staatlichen Geldgeber haben natürlich kein Interesse an einer Politisierung ihrer Investitionen, im Gegenteil.

Der postfordistischen Deregulierung und Dezentralisierung kommt die Eigeninitiative der NGOs entgegen. Die staatlichen Institutionen der Metropolen können Teile ihrer neokolonialen Absicherung an die sich moralisch verantwortlich fühlenden nichtstaatlichen Organisationen abgeben. Gegen diese »One World«-Versionen von oben steht das sozialrevolutionäre Pendant, wie es in den letzten Jahren am pointiertesten Karl Heinz Roth in *Die Wiederkehr der Proletarität* (1994) vertreten hat. Roth leitet aus seiner Analyse globaler Verelendungsprozesse ab, daß es zu »einer weltweiten Nivellierung der Klassenlagen (kommt), die die bisherigen Unterschiede zwischen Erster, Zweiter und Dritter Welt genauso aufhebt wie alle bisherigen Strategien zur >nationalen(Fixierung von sozialen Emanzipationsbewegungen«.

Richtig ist, daß weltweit die sozioökonomische Marginalisierung zunimmt. Diese Entwicklung zieht eine verstärkte Fragmentierung der regionalen Klassenstrukturen nach sich. Das tendenziell globale Akkumulationsregime baut dabei jedoch auf einer Vernetzung der unterschiedlichen lokalen Klassenstrukturen auf. Sei es, daß Rassifizierungsprozesse oder feudale Strukturen genutzt werden, daß Lohnarbeiter in einem unterschiedlichen Grad marginalisiert oder korporatistisch eingebunden oder daß patriarchale Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen einbezogen werden. Der Protest deutscher Bauarbeiter gegen nichtdeutsche Arbeiter in den letzten drei Jahren verdeutlicht, daß Standortdenken weiterhin die bestimmende Ausrichtung (inter-)nationalistischer Politik ist. Der Weltstaat, den Protagonisten der »Agenda 21« anvisieren, ist genauso wenig in Sicht wie eine weltweite politische Assoziation des Proletariats. Revolutionäre Politik wird

auch weiterhin im lokalen und nationalen Rahmen stattfinden. Sie sollte allerdings tendenziell eine globale Ausrichtung haben, da sie nur so bezogen bleiben kann auf die unterschiedlichen Kämpfe weltweit.

Viele traditionalistische Solilinke verbinden ihren Internationalismus mit einem unmittelbaren Bekenntnis zur deutschen Nation. Manche Antinationale schlußfolgern hieraus verkürzt, Internationalismus bedeute immer die Liebe erst zum exotischen, dann zum deutschen Volk. Gefragt wäre dagegen ein kosmopolitischer Kommunismus, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker ebenso hinter sich läßt wie die Solidarität zwischen Nationen. Eine antinationale Linke, die nicht internationalistisch im kosmopolitischen Sinne ist, kann auf Dauer nicht existieren. Und umgekehrt: Ohne Bekämpfung der deutschen Nation kein revolutionärer Internationalismus.

Konkret 12/98, S. 42

Siegfried Heyl

In diesem Sinne - Alte Kameraden

Nach Jahrzehnten schien es einer kleinen radikalen Minderheit schließlich doch gelungen, den Landsleuten jenes Spiel zu verderben, in dem sie mit der zutreffenden Behauptung, man könne nicht Schuld tragen an einer Sache, an der man nicht mitgewirkt habe, sich um die Verantwortung drücken wollten, die ihrem Kollektiv für seine Taten zukam. Allein, es schien nur so. Denn am Ende dieser Jahrzehnte kann es noch immerzu Wortwechseln wie diesem kommen - zwischen einem, der damals Hitlerjunge, und seinem Kameraden, der Offizier der Wehrmacht an der Ostfront war:

Walser: Tätermäßig habe ich nie etwas damit zu tun gehabt. Aber dennoch bin ich, warum, weiß ich auch nicht, hineinverwirkt in diesen Dreck.

Augstein: Ich fühle mich beschämt, weil ich Zeitgenosse dieser Taten war, von denen ich nichts wissen konnte.

Angenommen, der Leutnant A. hätte auf seinem Marsch von der Leine an die Wolga tatsächlich nichts gesehen und gehört, dürfte er sich heute seiner Ignoranz schämen, nicht aber seiner Zeitgenossenschaft. Daß er sich partout durch etwas beschämt fühlen will, wofür er nichts kann bzw. zu können behauptet, soll ihn von allen praktischen Konsequenzen sei . ner (wenn auch unwissentlichen) Mitwirkung an jenen Taten befreien. Weil es doch schwerfällt, einen Greis, der seelisch so sehr unter Taten leidet, von denen er nichts wissen konnte, nach den Taten zu fragen, die er jenen folgen ließ: dem Eintritt in eine Landespartei, die niedersächsische FDP die nach 1945 eine kaum getarnte Nachfolgeorganisation der NSDAP war,- der Einsetzung hoher SS-Offiziere als Ressortleiter und der Veröffentlichung antisemitischer Serien im »Spiegel« der fünfziger Jahre; der Unterschrift des »Spiegel«-Herausgebers unter einen Ausweis, mit dem der Pressesprecher des Joseph Goebbels sein Unwesen in Südamerika treiben konnte, der Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen, nämlich der Visage seines ehemaligen Oberbefehlshabers, zu Werbezwecken für eine Ausgabe seines Magazins, auf dessen Titel Hitler gleichberechtigt neben Freud, Ghandi, Einstein, Lady Di, Marilyn Monroe, dern Attentat auf Kennedy und dem Tor zum Vernichtungslager Auschwitz steht und in dessen Innerem sich zwei alte Kameraden vor Selbstmitleid naß machen.

–

Konkret 12/98, S. 42

Joachim Rohloff

In diesem Sinne – Berliner Luft

Am unmittelbaren Körperkontakt mit dem Staat kann eigentlich niemand interessiert sein. Seitdem aber Rot-Grün regiert und die »Taz« in der Bundespressekonferenz eins aufrücken durfte, ist alles anders. »Fischer ist der erste Vizekanzler«, rühmt sich ein freier Mitarbeiter, »mit dem ich unmittelbaren Körperkontakt hatte und mittelbar Körpersäfte ausgetauscht habe. « Sibylle Tönnies möchte vor Freude gleich den Leviathan umarmen: » Unsere Leute, die Holz von unserem Holze sind, in der >Tagesschau<«! Das ist so schön, »daß es geradezu beißt, nicht dabeizusein«. Für Frau Tönnies allerdings ist inzwischen wohl alles zu spät: » Vielleicht hätte man sich doch etwas mehr engagieren sollen ... «

Mariam Lau hingegen könnte ihr Bewerbungsschreiben gerade noch rechtzeitig eingereicht haben. Es liegt was in der Luft: »Die andere Seite ist plötzlich die Vorderseite. Es liegt wieder Politik in der Luft. « Und »wo Naumann auftritt, liegt Champagnerduft in der Luft« (Harry Nutt). Das muß die Berliner Luft sein.

Wer keinen Champagner mag und die »Revolution des Staatsangehörigkeitsrechts« bloß für eine Reform hält, die nichts kostet, wird in der »Taz« halbamtlich abgestraft. Er will diesem Land doch bloß den »Zugang zu republikanischem Glück und Selbstbewußtsein« verwehren: »Walser hatte völlig recht: So agiert man in der Hoffnung, für immer auf der anderen Seite zu stehen, womöglich sogar der der Opfer« (Lau).

Aber frage ich, vor Kühnheit zitternd: Ist die ökologische Steuerreform nicht eine Gewissensfrage, die jeder nur für sich selbst beantworten kann? Wenn ich Fischer und Trittin am Kabinettstisch sehe, muß ich wegschauen, und ich habe inzwischen wohl schon hundertmal weggeschaut. Ich verschließe mich Übeln, an deren Behebung ich nicht mitwirken kann. Ich habe mehrere Zufluchtswinkel, in die sich mein Blick sofort flüchtet, wenn mir der Bildschirm die Welt als eine unerträgliche vorführt. Ich finde, meine Reaktion sei verhältnismäßig. Unerträgliches muß ich nicht ertragen können. Auch im Wegdenken bin ich geübt. Ich käme ohne Wegschauen und Wegdenken nicht durch den Tag und schon gar nicht durch die Nacht.

Der neuen Regierung und ihrer »Taz« aber ein dreifach republikanisches Glückauf!

Konkret 12/98, S. 42

Michael Schilling

In diesem Sinne - Pinochet zum Exempel

Alles Geniale sei im Grunde ganz einfach, heißt es, und daraus pflegen schlichte Gemüter gern den tröstlichen Schluß zu ziehen, daß ihrem »je einfacher Denken« (Adenauer) was Geniales anhafte. Wenn also die Redakteurin einer Hamburger Wochenzeitung bei der Erörterung des Falles Pinochet und der Frage, warum nicht auch Übeltäter verhaftet und vor Gericht gestellt werden, die noch im Amt sind, ein »Mörder ist Mörder« aufs Papier gesetzt hat, blickt sie so selbstzufrieden und beseligt in die Welt, als wäre ihr der Stein der Weisen direktemang auf den Kopf gefallen.

Mörder ist Mörder? Pinochet ist ein Mörder. Seine Morde hat er begangen mit Hilfe, unter Anleitung, ja im Auftrag der CIA, also der Regierung der USA, die dabei in Verabredung mit den Regierungen des Bündnisses, insbesondere Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland gehandelt hat. Mörder ist Mörder. Pinochet ist Nixon, und Nixon ist Brandt. Das Leben der im Stadion von Santiago Eingesperrten und Gefolterten sei bei schönem Wetter ganz angenehm, erzählte Bruno Heck, der Generalsekretär der CDU der seinem Kollegen, dem Mörder zur Tatzeit Schmiere stand. Wurde Heck verhaftet und vor Gericht gestellt? Fast: Er bekam das nämliche Große Bundesverdienstkreuz, freilich mit Stern und Schulterband, nach dessen schlichter Ausgabe die Redakteurin der Hamburger Wochenzeitung und ihr Chef anstehen.

Wollen sie nachholen, was an Brandt und Heck versäumt wurde? Die britische Justiz hat Pinochets Verhaftung als widerrechtlich bezeichnet und seine Freilassung verlangt. Sie hätten ihn aber meinetwegen, auch gern am Sack über die Tür von Downing Street 10 nageln können. Bei Redaktionsschluß war noch nicht bekannt, wie das Oberhaus als höchste Instanz entscheiden werde. Manches sprach dafür daß es Pinochet laufen ließe - aus Einsicht in die Notwendigkeit, zur Verteidigung des Standes der Nation auf dem Weltmarkt immer wieder mit Schurken Geschäfte zu machen oder selber Schurkereien zu begehen, zu denen im Zweifelsfall auch Mord gehört. Die Einsicht in die eigene Bösartigkeit unterscheidet britische Politiker von deutschen, die ihre Untaten nicht begehen können, ohne sich bei ihren Leitartiklern den moralischen Segen besorgt zu haben. Bomben auf Belgrad? Nicht ohne den Hinweis der Redaktion, daß Pinochet nur ein »Präzedenzfall«für einen anderen »Mörder und Staatsterroristen« wäre, mit dem man leider »ausgiebig verhandelt und Verträge unterzeichnet« habe. Mörder ist Mörder heißt: Bomben los.

Konkret 12/98, S. 44

Kunst & Gewerbe

Jever

Seit Jahren vertritt Claudius Seidl, stellvertretender Feuilleton-Chef der »Süddeutschen Zeitung« und, eigener Angeberei zufolge, »gelernter Filmkritiker«, die These, daß das Feuilleton die Werbung genauso ernst zu nehmen habe wie das Sprechtheater. Das hieße, jeden Montag oder Dienstag stünde, neben dem Dreispalter über die Premiere der 10.000sten Tschechow-Aufführung in Bonn oder Bochum bzw. Bremen, ein ebenso luzider, nachdenklicher Text etwa über den neuen Dr.-Best-Zahnbürsten-Clip. Dagegen hätte niemand, am wenigsten der ominöse Dr. Best, etwas einzuwenden. Konsequenter noch wäre es aber, die Redaktion würde die eventuell nebenstehenden Dr.-Best-Anzeigen einer Inspektion unterziehen und Stärken und Schwächen hervorheben. Die Kritik könnte dann wiederum in die Anzeigen einfließen, so daß die redaktionelle Kritik dieser Anzeige auf eine Kritik der eigenen Kritik zuliefe usf. Das Ergebnis wäre schließlich die komplette Konfusion der Identität, die Eingliederung der Redaktion in die Agentur, die Aufhebung der lästigen Unterscheidung zwischen Anzeigen und Berichterstattung.

Seidl führt in der Zeitschrift »König Kunde« - einem gemeinsamen Supplement zum Deutschen Marketingtag 1998 von »werben & verkaufen«, »SZ«, »media & marketing« - den eingeforderten Ernst im Umgang mit Werbung anhand der Jever-Reklame selber vor. Sein Text ist mit »Dieses Ich bin ich ganz allein« überschrieben und hält, nach dem furiosen Eingangssatz: *Manchmal gucke ich statt in den Spiegel auf meinen Fernseher - und immer wieder erstaune ich, wie gut ich da aussehe,* auch die Passage: *Mag schon sein, daß ich erst einmal ich bin, einfach ich, ein ganz anderer also: weder Aufsteiger noch besonders hedonistisch und im Grund am Konsum nicht interessiert* (ach, i wo denn! Schon gar nicht »im Grund«). *Ist sogar wahrscheinlich, daß dieses Ich nichts zu tun hat und nichts zu tun haben will mit jenem »Florian, knapp unter 40«, mit dem die Werbung mich verwechselt. Doch dieses Ich, das bin ich ganz allein - und allzu lange halten es wir beide, ich und ich, gar nicht miteinander aus* (zwei Ichs von der Sorte hält man auch nicht aus - by the way: hat Seid] sich selbst geklont?) ... *Florian ist allein und sich seiner eigenen Existenz höchst ungewiß* (eben waren's noch zwei, jetzt isses keiner mehr), *bis er das Rasierwasser nimmt, in dem er die Gesellschaft riecht und auf der Wange spürt,- bis er mit seiner Jeans auch die Gemeinschaft überstreift,- bis er. selbst wenn er heute den Abend ganz allein verbringt, eine Flasche Jever öffnet und mit all den anderen anstößt, die vielleicht auch allein sind und die trotzdem beim Fernsehen das Gefühl nicht loswerden konnten, daß es eigentlich sie waren, die sich in der Jever-Werbung in die Dünen fallen ließen. Die Werber haben also »Florian« nicht erfunden, um mich zu durchschauen und einzufangen; sie haben sich »Florian« ausgedacht, um mich aus meiner Einsamkeit zu befreien.* Stopp! Ausgerechnet dieser ein Glas (!) Jever durch die Dünen balancierende Fitti befreit also sein Möchtegern-alter-ego Seidl aus der Einsamkeit. In welche weniger korrupte Menschen augenblicklich fallen müssen, wenn sie den sehen und, ein Ich kommt selten allein, Seidls Galimathias lesen müssen.

Benetton

Das ausgelagerte Feuilleton der »Süddeutschen Zeitung« befindet sich in der Berliner Wochenzeitung »Jungle world« (42/98), wo Katja Leyrer sich in einem ganzseitigen Vierspalter allerlei einfühlsame Gedanken über die neueste Benetton-Werbung gemacht hat, als deren Stars geistig behinderte Kinder und Jugendliche fungieren. *Nun ist Hildegard* - ein mit dem Down-Syndrom geborenes (»mongoloides«) sechsjähriges Mädchen - W*erbestar. Ihr Konterfei ziert nicht nur den diesjährigen Herbstkatalog von Benetton; das Mädchen ist - in anderen Kleidungsstücken eher kritisch in die Welt guckend – auf Plakatwänden und ganzseitigen Anzeigen in Zeitschriften zu sehen. Leider haben ihr die Ausstatter für dieses Foto eine sehr bunt gestreifte Strickjacke und einen Rollkragenpullover angezogen, in den nicht nur eine stilisierte Blume, sondern auch noch das Wort »Love« eingestrickt wurde. Usw. United Colours of Benetton macht Ernst mit den Erkenntnissen, Werbung nicht nur als Abbildung des Produkts zu begreifen, sondern die saubere Trennung (bzw. Illusion dieser Trennung) zwischen Kommerz, Politik und Kunst nicht anzuerkennen. »Das Leben selbst wird zum Skandal«, ist das Motto der damit beauftragten Strategen.*

Genau das macht oft den Reiz aus, Benetton- Werbung zu betrachten, auch wenn sie nicht selten tabubrecherisch bis an den Rand der Geschmacklosigkeit daherkam, was aber wiederum nicht ein Defizit an Kunstverständnis oder Kerbewirksamkeit ausdrückt. Manchmal fehlte der politische Durchblick - und Kampagnen für gleichzeitig 120 Länder zu entwerfen, ist sicherlich nicht gerade einfach. Usf Die Fotos des Firmen-Katalogs findet Leyrer *hervorragend... Ich habe noch nie auf 100 Seiten Fotos gesehen, auf denen behinderte Menschen so modern -integriert in Werbelandschaften und Ästhetisierungen -abgebildet wurden.* Katalog, Plakate und Anzeigen seien *wichtig, weil nicht die »Normalen« die Stars sind, sondern die »Anderen«.*

Das ist schön für die Anderen in Anführungszeichen, daß sie auch mal für Benettons Umsatz posieren dürfen und auf diese Weise Beachtung finden. Genau das macht ja den Reiz aus. Noch reizvoller und tabubrecherischer wären freilich behinderte Kinder in Reizwäsche - falls Benetton welche im Angebot hat.

Blut

Wer Behinderten-Shooting mit geliehenen Strickwesten »hervorragend« findet, scheut natürlich auch vor Menschen mit »anderen« Praktiken nicht zurück. Der Fotograf Andreas Fux hat in einer »Weißen Serie«junge Männer abgelichtet, die sich vor der Kamera mit Skalpell oder Klinge bluttriefende Wunden zufügen. Außerdem ist ihnen gemeinsam, daß sie mit Blut oder Farbe Kreuze oder sogar »Inri« auf den Körper malen und daß ihnen der Schwanz wie ein Klöppel zwischen den Schenkeln schwingt. Die »Jungle world« (43/98) hat einige Bilder aus der »Weißen Serie« vorgestellt und Andreas Hergeth ein Resümee der Geschichte der Ästhetik ziehen lassen: Baumgarten, Goethe, Winckelmann - alles: *Lange her.* Fux hingegen ist aktuell: *Weiß der Hintergrund. Der junge Mann trägt ein Hemd, auch weiß, es ist offen. Sonst ist er nackt, der Kopf kahlgeschoren. Und da ist Blut. Nicos Blut. Er hat sich mit einem Skalpell in die Arme geschnitten. Bis es fließt. Einen Arm hat Nico nach oben gestreckt, das Blut sucht sich den Weg nach unten. Er leckt daran. Auf dem nächsten Foto sitzt er einfach nur da. Die verletzten Arme vor sich haltend. Die Augen geschlossen, den Mund schmerzverzerrt. Schmerz gehört dazu. So wie die Lust. Ein drittes Bild zeigt Nico mit fast demütigem Gesicht. So, als ob er sagen wollte, seht, ich hab ~ vollbracht.*

Kennt jemand den Film »Ein Zombie hängt am Glockenseil«? Bei Fux in der »Jungle world« hängt das Glockenseil am Zombie.

Phil Collins

Aufgeschreckt durch das Porträt »In the Air« (vgl. KONKRET 10/98, S. 56), hat Phil »Popphänomen« Collins den offenbar auch von ihm favorisierten Plan, den Radiostationen in aller Welt zu verbieten, fast stündlich einen seiner Songs zu spielen, als *sinnlos* bezeichnet. Vom »Spiegel« gefragt, ob es seiner Beliebtheit nicht zuträglich wäre, wenn er, da in den USA bereits Radiostationen mit »Phil-Collins-freien Wochenenden« werben, selbst ein solches Verbot erteilte, antwortete Collins: *Ein solches Verbot würde nichts nützen. Millionen kaufen meine Musik, weil sie sie mögen und sie sie berührt. Und sie wollen diese Musik auch im Radio hören - ob*wohl der CD-Player nicht kaputt ist. Das ist zu Phil!

Müll, Stadt, Tod

Das Berliner Maxim-Gorki-Theater verzichtet nun doch nach öffentlichem Druck (vgl. KONKRET 10/98, S. 50) auf eine Aufführung des Stückes »Der Müll, die Stadt und der Tod« von Rainer Werner Fassbinder. *Wir lesen das Stück,* teilt Intendant Bernd Willms mit, *inzwischen nicht anders und sind überzeugt, daß es weder antisemitisch ist noch dem Antisemitismus Vorschub leistet. Aber wir nehmen die Ängste ernst, und an einer Machtprobe ist uns nicht gelegen.* Nicht aus Überzeugung wohlgemerkt. Man nimmt Rücksicht.

Danke, Heinz!

In der »Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung« widmet sich Martin Krauß einer neuen Art »Schatzsuche« bei Sat. 1: *Stan Becker ist der Held eines Sat. 1 -Films, dessen zweite Folge gerade gedreht wurde. Der Inhalt wird »die jüdische Thematik« sein, wie Sat. 1-Geschäftsführer Fred Kogel sagte. »Mauerfall und Wiedervereinigung haben in Deutschland eine geistige Öffnung bewirkt«, glaubt Kogel, »die auch den jüdischen Glauben stärker ins öffentliche Interesse rückt. « Der für einen Fernsehfilm eines privaten Senders ungewöhnliche Inhalt wird in der Sat. 1 -Pressemitteilung so dargestellt: »Es geht um eine >Schatzsuche<: Eine alte und sehr wertvolle Menorah ist von den Nazis aus einer Synagoge gestohlen worden und bis heute verschollen. Stan Becker (Heinz Hoenig) gelingt es, auf abenteuerliche Weise das Versteck ausfindig zu machen. Er gibt dem jüdischen Volk diese Menorah mit den Worten >Ich finde, das sind wir Euch schuldig< zurück. «*

Das hält man bei Sat. 1 für ein jüdisches Thema: die Taten der Nazis, symbolisiert im Diebstahl einer Menorah, gesucht von Russenmafia und dem bei so einem Thema nicht fehlen dürfenden Mossad, aber aufgespürt von einem Deutschen, der die Menorah dem jüdischen Volk, wie auch immer man sich den Akt einer solchen Übergabe vorstellen soll, zurückgeben wird, weil die Deutschen »euch«, nämlich den im Kollektiv geduzten Juden, das schuldig sind.

Nimmt man die gewählte Symbolik ernst - wertvolles religiöses Symbol (Menorah) wird von gutem Deutschen (Heinz Hoenig) dem jüdischen Volk (Repräsentant nicht benennbar,- der Mossad ist es nicht) zurückgegeben - so wurde vollständige Wiedergutmachung geleistet. Das verschollene Objekt, von Hehlerei oder ähnlichen unschönen Dingen ist nicht die Rede, ist unbeschädigt, mit seiner Rückgabe ist jeglicher Schaden wettgemacht, kein Leid ist mehr zu beklagen, keine Versicherung zu bemühen und die Worte des Schauspielers hätten auch: »Ich finde, jetzt sind wir quitt« lauten können. Zu dieser Symbolik gehört auch, daß die Taten der Nazis als Diebstahlsdelikt erscheinen und die Nazis selbst als historische Räuberbande.

Sat. 1 hat eine Spendenkampagne für das Jüdische Krankenhaus in Berlin unterstützt. Fred Kogel übergab gar einen Scheck in Höhe von 3.600 Mark, und zum Abschluß der Dreharbeiten wurde zu einem Empfang in das Berliner Centrum Judaicum eingeladen.

Sat. 1 hat sich, so stellt man sich das in diesen Kreisen wahrscheinlich vor also abgesichert. Wie der Film werden wird, was der Regisseur aus den Stellen, die vom Sender unter Umständen als heikel eingeschätzt werden, machen wird, und ob das Lob, das die Berliner Presse vorab spendete -»actiongeladener Krimi, der das schrecklichste Kapitel jüdisch-deutscher Geschichte zugleich sensibel und spannend anpackt« (»Berliner Kurier«) - berechtigt ist, weiß man selbstredend erst, wenn der Film geschnitten ist. Und gegen den Umstand, daß auch Themen, die mit dem Holocaust zusammenhängen, in populären Filmen behandelt werden, möchte man auch nicht polemisieren.

Aber daß Sat. 1, wenn es um ein solches Thema geht, zunächst mal zu einer grundfalschen Symbolik greift - die Nazis sind bloße Räuber, ihr Diebesgut ist verschollen, aber zurückgebbar, und alles wird gut -, das steht jetzt schon fest.

Bleibt nur noch zu rufen: »Danke, Heinz!«

Hamburger Anthologie

Hans-Ulrich Klose

Herbstliche Metamorphosen

Oktober, wenn die Bäume singen,
die Blätter fliegen hoch hinaus.
Ein neuer Kanzler will es zwingen.
Wir ziehen in ein neues Haus.

Das alte werden wir vermissen.
Die Vögel reisen leicht und weit.
Die Drachenschnur ist abgerissen.
Der neue Kanzler steht bereit.

Was wird der neue Kanzler machen?
Das alte Haus: bald ist es still.
Weit entfernt ein kleiner Drachen,
wer weiß, wohin er fliegen will.

Klose, der dichtende Exbürgermeister, erneut. Mit »heiß im Geschlecht« pochendem Ekel war er bereits in der »Hamburger Anthologie« 6/97 angetroffen und zurechtgewiesen worden, hat offenbar aber vom Verse-Fabrizieren nicht lassen mögen und sein neuestes Dingens gleich an die »FAZ« gegeben, die's auch brav in die Spalten rückte. Schon der Titel geht fehl. Metamorphose bedeutet einiges, aber nicht, daß Bäume singen, Kanzler bzw. Wohnungen wechseln oder Drachen steigen - auch als Metamorphosen-Motopher nichts von alledem. Falls Klose meinte, der neue Kanzler habe quo einer Art Holo- oder Hemimetabolie sich aus dem alten entpuppt bzw. gehäutet, käme er der Sache naher, doch Klose meint gar nichts in dieser Richtung. Ansonsten sei hier festgestellt: Ein Herbstgedicht, in dem Drachen, nachdem sie sich von der

Drachenschnur losgerissen, davonfliegen, ohne zu wissen wohin; in dem Blätter ebenfalls fliegen, ebenfalls hoch hinaus und nicht vom singenden Baum aufs neue Haus; in dem der neue Kanzler gleich dreimal Strophengast sein darf und es erst zwingen, dann bereit stehen und schließlich etwas, aber was?, machen will - ein solches Herbstgedicht metamorphiert beim Lesen zum Schwerstkehricht. Noch ein Wort zu den gewagten Reimen? Nö.

*** laubgesägter Gedichte**

Konkret 12/98, S. 46

Jürgen Roth

Oben ohne

Fräuleinwunder gab es viele in der großen Geschichte deutscher Kultur. Doch keines scheint vergleichbar mit dem Aufstieg einer Hamburger Modedesignerin vom unscheinbaren Middleclass-Kind zur Ikone des kurrenten Pop-Paradigmas.

Verona Feldbusch, geb. Feldbusch, ist der weibliche Harald Juhnke ex negativo - und mehr als das, mehr als nur ein, wie erhebliche Teile der mißgünstigen »Pestjournaille« (Karl Kraus) immer öfter und immer unnachgiebiger, ja verbitterter zu tadeln pflegen, winziges und demnächst vergehendes Sternchen am Himmel der bundesdeutschen Showstars, ein kleiner flackernder und flutender, bläßlich scheinender und bald erneut in den Tiefen des medialen Nichts zerstäubender Planetoid.

Feldbusch ist zunächst einmal Feldbusch. Feldbusch ist auch, ohne daß wir da allzu eilfertig verführen, ein Signum und Fanal gegenwärtiger gesellschaftlicher Tendenzen. Und sie ist, Bundestagswahlen und Hochwasser kommen und gehen, ein Element, nahezu möchten wir behaupten: Testament des Dauerhaften im *stream of social consciousness (J.* Joyce) und im Fluß des *élan vita* (H Bergson), zumal vor dem zeitgeschichtlich immer klarer sich abzeichnenden Hintergrund der Jahrtausendwende und der mit jener unweigerlich einhergehenden Besinnung auf die Fragen des Menschentums und des Vorbildcharakters der einflußreichsten, d.h. wertevermittelnden Protagonisten des Medienzeitalters.

Dekadenz und Angst, Frust und Unlust lauten die Stichworte einer Epoche scheinbar nie mehr abreißender Rezessionen und mentaler Konfusion (sog. Orientierungsverlust). »Ganz spätes Rom« (G. Seibt) sagen die einen, »Neue Unübersichtlichkeit« sagen noch immer die anderen (J. Habermas, A. Honneth et div. al.); und so zahlreich die kulturwissenschaftlich informierten und fundierten Diagnosen zum Zustand unserer einerseits global angelegten Welt, andererseits zum Status quo und zur »Zukunftsfähigkeit« (G. Schröder) unseres eigenen Gemeinwesens und seiner Bildungsstandards (Rechtschreibreform, Lehrkräftemangel, universitäre Mißwirtschaft), so singulär ragt doch plötzlich, genauer: etwa seit 1996 eine einzige und zudem kleine Person über die i.S. Adornos das Weltganze umgreifende und verbindende Malaise weit hinaus, uns, erkennten wir ihren Rang und Stellenwert, als Leitstern durch finstere Zeiten dienend.

Welche Bürde Verona Feldbusch da trägt, es mag ihr gar nicht bewußt, vielleicht noch nicht einmal zu Bewußtsein gekommen sein. Während die avancierte Sozialsemiotik (H. Holler, U. Eco) und die elaborierte Soziopsychopathogenese die sich verschärfende Tendenz zur Hysterie, zum Realitätsverlust, zur fehlgeleiteten Emotion herausarbeiten und z.T. (hier bes. die US-Amerikanerin E. Showalter) nachdrücklich anprangern, während alle Welt scheint's gnadenlos in die Trauer um eine so unbedeutende wie schäbig-verlogene Royalverächterin und -niedermacherin wie Lady D. Spencer allersel. sich schickt und darob den Restverstand verliert; während die Erosion am Arbeitsmarkt dramatische Ausmaße annimmt, Regenfälle und Niederschlagsmengen übers gewohnte, eigentlich übliche Maß zunehmen und ganze Berge niedergehen lassen; während ein ehedem bärenstarkes Riesenreich wie Rußland/SU führerlos zu versinken droht und der Taliban unter seiner »Kopfwindel« (K. Sokolowsky, KONKRET 8/98) ungehindert ein nie dagewesenes frauen- und fernsehfeindliches Regiment errichtet, regelrecht »durchpeitscht« (ARD-Kulturreport, 6. September 1998) -während all dies und jenes in der Struktur der heutigen Zeit webt, das katastrophische Panikpotential wächst und der »objektive Geist« (G.W.F. Hegel) uns Erdenkreaturen kaum wohlgesonnen scheint, sondern vielmehr wider seine edelste Spezies ziemlich unverhohlen mühlsteinartig arbeitet, um sie zuletzt in die Knie zu zwingen, da - kommt ein Mädel anmutig und naiv, fein und etwas, s.o., klein, nicht gerade hohen Wuchses, aber ideal proportioniert (90-60-90) daher.

Sie hat was. Irgendwas hat sie. Die Presseaktivitäten rund um ihr merkwürdig blasses Erotikleben und ihre noch blasseren, ja zuweilen doch einen Hauch verblasenen Talkshows reißen nicht ab; im Gegenteil: nehmen in einem selbst Bohlen Dieters Personalityzahlen ausstechenden Maße zu. Warum? Wie konnte Feldbusch zur allseits ästimierten Königin des TVs avancieren, zur verheißungsvoll Arglosigkeit und Schönheit, Grazie und Edelmut, Keuschheit und wohnzimmerkompatible Halbnackt- bzw. Geilheit verkörpernden Neu-Helena des neudeutschen Volkes?

Die Schlaueren im Lande vermuten eine Art Mediencoup. Da die Herrliche, zuvor lediglich durch diverse schwerkriminelle Schlagerproduktionen und den Erwerb von globalen Schönheitspreisen in Erscheinung getreten, 1996 dreißig Tage mit Dieter Bohlen, dem nach Haydn und Gotthilf Fischer »begnadetsten Musiker« (»BamS«) der jüngeren Historie, abfeierte, die als Ehe getarnte Lottertour jedoch fehlschlug, schritt »Bild« ein. Zwar behauptet Chefredakteur Udo Röbel, seine Zeitung habe es zu keiner Zeit fertiggebracht, Stars zu kreieren; doch der Casus Feldbusch, macht die medienanalytische Deutung des Jahrhundertfalls glauben, sei als das erfolgreichste Experiment von Springer anzusehen, eine öffentliche Figur so paukenlaut zu installieren, daß sie nicht mehr »wegzudenken« (Toni Schuhmacher) ist.

Dienlich dürfte der zarten Frau allerdings sein, daß sie ihre ostentativ vorgetragene kommunikative und intellektuelle Beschränktheit wieder und wieder fast prahlend eingesteht. Weit mehr: Die »Talentloseste aller Talentlosen« (Heiko Arntz) partizipiert sogar, auf Geheiß der Produzenten, an ihrer eigenen Parodie. Esther Schweins führt sie im Rahmen der noch imbezileren »Samstagnacht«-Show (RTL) vor, Verona hockt sich daneben und faselt fröhlich mit. Im Gegenzug besucht Esther »Veronas Welt«, während die Kabarettkröte Ingo Appelt Veronas grammatikalische Insuffizienz bekakelt. Diabolischer ward bislang nicht demonstriert, was es heißt, wenn Andy Warhols horrende Utopie totaler Medienpräsenz für alle Wirklichkeit wird.

Als Endpunkt aller Avantgarden zäumt Feldbusch indes eine neue - und die einzig mögliche - auf Das antizyklisch Antitrendmäßige ihrer bombigen, den dt. Mann kaum verängstigenden Erscheinung negiert den Lauf der Mode. Veronas Moderationskolleginnen, neuerdings etwa Birte Karalus, forcieren das Gebrüll und Gekeife, Feldbusch verweigert einwandfrei, gewissermaßen cool den *combat talk* und »räkelt«, wieder mal flutsch ein langer Satz durch die Finger, »ihre Möpse« (N. Thomma). Anstelle der sog. »Streitkultur« kultiviert sie - Obdacht - eine bislang ungesehene Form von Lustpolitik. Ja, eine Art entspannt-krampfige Überwindung der gleichermaßen betörend dummen »Körperpolitik«. Daß am End' vielleicht herauskommt Verona Feldbuschs ganz spezielle »Lustkultur«.

So weit, dafür ist sie zu preisen, hat sie das Fernsehen gebracht. Die Frage bleibt, wodurch sie ihren wahnwitzigen Erfolg zu zementieren vermochte. Ob's zuletzt an der Kongruenz von Zeitgeist und Oberweite hängt? An einer Trendbewegung von anthropologischer Dimension? »Wir leben in einem Zeitalter, in dem Frauen ihre Brüste für sich selbst einfordern«, notiert für's »SZ-Magazin« (44/98) der launige wie lausige, aber erkenntnisstark auftretende Journalist Moritz von Uslar. Freilich, die Epoche ist überwiegend eine unsichere Angelegenheit. Stabilität und Stärke mit einem Schuß modeaffiner Mondänität einerseits wird stark gewünscht und politischerseits auch forsch umgesetzt (Stoiber, Schröder, Fischer), andererseits die ins nächste Millenium weisende Topvirilität konterkariert oder kompensiert, womöglich ergänzt durch das trostspendende, Ruhe verheißende Runde und Gewölbte. Ein neuer Regierungsstil (d.i. Kleiderordnung) Richtung mehr Eleganz und stärkeres Uno-Mandat - federführend hier erneut der Metzgersohn Fischer, partiell flankiert qua biederstählerne Truppenführung seitens des ausgemusterten Pfälzer Stils (Scharping) - zeichnet sich ab. Das fortschrittliche Programm »Kontinuität im Übergang« fordert zugleich eine nunmehr - nach der abgeschlossenen O. Kolleschen - sekundär geschlechtliche Emanzipation: »Erst im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert, unserer Gegenwart, fanden Frauen zu ihrer Brust« (von Uslar), der »echte Bombenbusen« (ders.) komme nun auf und verdränge den poor *style* einer Kate Moss et al.

Der Busen habe »das Zeug«, so von Uslar, »mit der Codierung des Alltags aufzuräumen« und der Freiheit zum »Comeback« zu verhelfen. Feldbusch führt den deutschen Teil der Bewegung an und ins nächste Jahrtausend. Hätte Delacroix sie malen sollen, er wäre Karikaturist geworden.

Konkret 12/98, S. 50

Joachim Rohloff

Budes Zauber

Was Joschka Fischer mit den Grünen gemacht hat, das macht Heinz Bude mit der Soziologie. Ein Portrait des Mannes, der den »unternehmerischen Unternehmer« zum Messias der » Generation Berlin« auslobt

In der »soziologischen Kunst«, lehrt der Soziologe Heinz Bude, unterscheide man zwischen Landschafts- und Porträtmalern. Während jene das große Gesellschaftspanorama auf die Leinwand werfen, pinseln diese Brustbilder von Intellektuellen, katholischen Hausfrauen oder FPD-Wählern. Die Systemtheorie, so könnte man hinzufügen, hat endlich auch den Übergang von der gegenständlichen zur abstrakten Soziologie geschafft. Bude selbst gilt als Meister des seriellen Expressionismus. Zunächst versuchte er sich als Porträtist. Mehrfach und stundenlang saß ihm Peter Ludwig, der berühmte Kunstmäzen, Modell: »Was bringt einen Menschen dazu, den größten Teil seines persönlichen Reichtums für Kunst auszugeben, die er dann in alle Welt verleiht und verschenkt?« Eine Soziologie älterer Schule hätte wohl der Frage nachgeforscht, wie ein Mensch es zu so immensem »persönlichen« Reichtum bringt, und wäre dabei auf die Arbeitsbedingungen in Ludwigs Schokoladenfabrik gestoßen. Bude aber fand nach etlichen Sitzungen eine andere menschliche Wahrheit hinter der großbürgerlichen Physiognomie: »Die Schenkungen eines Mäzens dienen weder einem Geschäft noch der Zurschaustellung von Reichtum oder der Behauptung einer dominanten gesellschaftlichen Position. Sie sind viel mehr und viel besser als eine merkwürdige Form übersteigerter Liebe zu verstehen.«

Heute leitet Heinz Bude im »Hamburger Institut für Sozialforschung« den Arbeitsbereich »Politik und Gesellschaft der alten und neuen Bundesrepublik«, kümmert sich also ums große Ganze. Eine Ansicht des gegenwärtigen Deutschland, von Bude gemalt, bestünde aus vier dramatischen Bildelementen: im Vordergrund gerät ein Pfad in eine Sackgasse; sensible Netze verklumpen, ein gestandenes Bewußtsein fragt sich, woher es rührt; fern am Horizont reckt eine Gebetsmühle ihre Flügel in den Wind. Denn »wenn das Gefühl der Erstarrung sich breitmacht, wenn tonangebende Schichten glauben, daß der einst gepriesene und bewunderte >nationale Entwicklungspfad(in eine Sackgasse geraten ist, wenn der Eindruck entsteht, daß die feinen und sensiblen Netzwerke der Koordination und Kooperation zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sich in einen Zustand zäher und klebriger Verklumpung verformt haben und wenn dazu noch Bedrohungsszenarien unentrinnbarer Tendenzen und grundlegender Dilemmata gezeichnet werden«, wenn ferner »Reaktionäre wie Progressive im Grunde ... aus ihren Gebetsmühlen nicht herauskommen«, dann lesen wir ein soziologisches Feuilleton, wie es von allen Redaktionen gern genommen wird. Dabei kann der »sozialwissenschaftlich informierte Laie ... nicht den Eindruck gewinnen, daß die Wissenschaft über ein besseres Verständnis der gegenwärtigen Lage verfügen würde als der wache Alltagsverstand«, und er kommt ins Grübeln: »Woher rührt das derart stillgestandene Bewußtsein der heutigen Gesellschaftstheorie?«

Daß die Soziologie vor den gegebenen Verhältnissen strammsteht und sich weigert, die Geschäftsgrundlage des Kapitalismus zu reflektieren, verdanken wir Gesellschaftskünstlern vom Schlage Budes. Kritik ist untersagt. Und wenn Kritik denn ausnahmsweise sein muß, hat sie nicht zersetzend zu sein, sondern gefälligst konstruktiv: »Eine Haltung der Kritik, die von einem imaginären äußeren Standpunkt sich das Ganze vorzustellen versucht, um daraus Schlüsse für die persönliche Lebensführung und das politische Handeln abzuleiten, ist nur noch für abendliche Stimmungen zu gebrauchen. Was der Jetztzeit entspricht, ist eine Haltung des Definierens. Die beruht auf der Einsicht, daß es keine Position außerhalb des Spiels gibt... Der Traditionalismus der Kritik öffnet nicht, sondern verstellt Möglichkeiten des Andersmachens und Weiterbringens.« Ähnliches dekretierte vor sechzig Jahren, wenn auch mit größerer Sanktionskompetenz, der Propagandaminister.

Wenn die Soziologie sich jede Kritik verbietet, wird schließlich das Schicksal zu einer Kategorie der Aufklärung: »Schicksal ist Ende der 90er Jahre zu einer noch wichtigeren Kategorie geworden, weil sie darüber aufklärt, daß durch beschleunigte Wachstumsprozesse die Deklassierungseffekte immer diffuser werden. Es trifft schlicht mehr und andere Leute als vorher.« Im goldenen Zeitalter der Industrie, hat Bude begriffen, waren die Armen arm, weil die Reichen reich waren. Das nannte man Ausbeutung. Heute sind die Armen gerade deshalb arm, weil sie nicht mehr ausgebeutet werden, und liegen uns allen auf der Tasche. There is only one thing worse than being exploited, könnte man mit Oscar Wilde sagen, and that is: not being exploited. Obwohl immer mehr Menschen zu nichts mehr nütze sind und deshalb über kein nennenswertes Einkommen verfügen, muß irgendwie der Warenberg, der partout nicht schrumpfen will, abgetragen werden. Man könnte also entweder den Arbeitslosen zu einem Job verhelfen oder den Sozialhilfesatz auf dreitausend Mark erhöhen. Bude aber will das ökonomische Problem mit Hilfe der »Zivilgesellschaft« lösen und bietet den Armen statt Geld »politische Teilhabe« an.

Die Idee ist nicht neu, sie gehört Lord Dahrendorf, dem ehrwürdigen Theoretiker ökonomischer Lebenschancen und politischer Anrechte. Was die Okonomie nimmt, soll die Politik geben. Deshalb drückt Sir Ralf den Arbeitslosen ein »Portefeuille von Tätigkeiten« in die Hand, wenn sie's aber aufmachen, ist nichts Substantielles drin. Vermutlich will auch

Bude nicht jeden Arbeitslosen mit einem Ehrenamt bekleiden oder jedem öffentlichen Schwimmbad ein eigenes Parlament beiordnen. Vermutlich soll man sich den Zusammenhang von ökonomischer und politischer Teilhabe so vorstellen: »Wenn man heute beispielsweise eine gute Küche haben will, ist man an einem globalen Diskurs beteiligt, was Komfort, Preis und Eleganzstandards angeht.« Wem es an der ökonomischen Diskurskompetenz fehlt, der wird auf den Eleganzstandard Aldi verwiesen, darf aber zum Trost den Elternbeirat aufmischen.

Vor der letzten Bundestagswahl formulierte Bude seine politischen Minimalforderungen: »Es sind Vorgaben zu definieren und Entscheidungen zu fällen, für die bisher keine Maßstäbe existieren. So wird der kommende Außenminister das nationale Interesse des vereinten Deutschland im europäischen Rahmen und seine Verantwortung für die weltweite Balance der Mächte herausstellen müssen. Dementsprechend wird der nächste Verteidigungsminister seine Mitbürger auf die moralischen und menschlichen Kosten einer deutschen Beteiligung an flexiblen Einsatztruppen der Nato oder der Vereinten Nationen vorbereiten müssen. Der Arbeits- und Sozialminister der nächsten Regierung wird ein neues Leitbild für den Arbeits- und Sozialbürger der Zukunft erfinden müssen. Und der nächste Finanz- und Wirtschaftsminister wird dafür werben müssen, daß der Kapitalismus nicht nur Schicksal sein muß, sondern auch Projekt sein kann. Mit den Mitteln der Bonner Republik wird das nicht mehr zu bewerkstelligen sein.« Zum Glück haben wir die Berliner Republik und die rotgrüne Regierung. Niemand könnte weltweite Verantwortung mit größerer Unschuld inkarnieren als der Minister Fischer. Daß der Minister Scharping im Ernstfall auch zum Witwentröster taugt, ist nicht zu bezweifeln. Am Montag gesteht der Minister Riester, das Bündnis für Arbeit sei ein großer Kappes, weil die Unternehmerverbände kein Arbeitsplatzversprechen geben können, das ihre Mitglieder zu irgendwas verpflichtete, am Dienstag aber ist wie eh und je das Bündnis für Arbeit unsere einzige Hoffnung. Was denn sollte hinter einer solchen Politik stecken, wenn nicht das Leitbild des Arbeitsbürgers ohne Arbeit?

Doch Heinz Bude mißtraut den Protagonisten der »neuen Mitte«. Sozialdemokraten sind sie, ehemalige Achtundsechziger womöglich, »Gewinner der Bildungsreform«. Ihnen »fehlt die skeptische Anthropologie der Flakhelfer. Man hat zwar dem politischen Utopismus längst entsagt, aber der Aufbruch in Pragmatismus ist mehr geliehen als gelebt. Noch aus der Abkehr von Allgemeinbegriffen der Kritik spricht ein Glaube an das >wahre Leben< kritischer Theorie.« So sehr sich Joschka Fischer auch bemühen mag, bevor die nächste Generation skeptischer Flakhelfer ministrabel wird, vergehen Jahrzehnte! Bis dahin stehen wir knietief und unbehaust im freien Feld: »Vor der Zukunft stehen wir im freien Feld. In dieser Situation bieten sich die >Zaungäste< von 1978 an, die in Brokdorf ihre Erregungsfähigkeit und im Zeichen des Poststrukturalismus ihre Ungläubigkeit unter Beweis gestellt haben.«

Bude meint sich selbst und die »Generation Berlin«. Was es mit dieser auf sich hat, bleibt vorläufig sein Geheimnis. Außerhalb seiner Soziologie wurde sie kaum gesichtet. Man weiß nur soviel: Sie ist skeptisch und leicht erregbar, sie besitzt den »Mut zum unternehmerischen Sein«, ist ganz wild auf Frische und Freiheit, sie möchte den Mächtigen »Stichwörter« liefern und hofft deshalb auf »eine sensible Stichwortdurchlässigkeit des führenden Personals«.

Wie üblich steckt im Namen mehr Phantasie als im Produkt. »Der fürsorgende Wohlfahrtsstaat ist mit einem emphatischen Verständnis politischer Freiheit nicht zu vereinbaren«, sagt Heinz Bude, und »Chancengleichheit bedeutet auf keinen Fall Ergebnisgleichheit«. Das sagen alle Liberalen, die zum Schwafeln neigen. Bude jedoch will mit altbekanntem Gedankengut eine »linke Politik« inspirieren, die sich von der Arbeitsgesellschaft verabschiedet und dem »unternehmerischen Einzelnen« gibt, was ihm gebührt: die Freiheit vom Tarifvertrag und die Freiheit zur privaten Rentenversicherung. Zwar wollen die Leute mangels nahrhafter Alternativen von der Arbeit nicht lassen, denn noch immer »herrscht ein untergründiger Spätmarxismus vor«. Deshalb »begegnen besonders die Gutmenschen aus dem psychosozialen Mittelstand dem unternehmerischen Typ mit Skepsis und Abscheu.« Sie verübeln ihm sein produktives Zerstörungswerk. Wenn aber »die Gesellschaft sich heute von ihrer Elite noch etwas verspricht, dann schaut sie nicht mehr auf exemplarische Künstler und schon gar nicht auf charismatische Politiker, sondern auf den Unternehmer als Quelle von Hoffnung und Wandel. Der Unternehmer wird zum Prophet einer Zukunft, die nicht aus der Fortschreibung der Vergangenheit begriffen werden kann. «

Neulich las man unter Schmerzen, der Geldautomat biete eine ganz neue Methode der Wertschöpfung. Und auch Bude erwartet von seinem Unternehmer nichts Geringeres: »Wichtig ist in jedem Fall die Erschließung einer neuen Wertquelle, die produktive Ungleichgewichte und stimulierende Disproportionalitäten im ökonomischen Kreislauf mit sich bringt.« Da so etwas aber in der Ökonomie gar nicht möglich ist, wird es wohl in der Soziologie oder in der Kunst stattfinden. Dann wird endlich auch »der Unternehmer als Künstler entdeckt, der sich der Zukunft stellt und aufs Ganze geht. Der avantgardistische Künstler und der >unternehmerische Unternehmer< gleichen sich im fordernden Motiv und in der freischwebenden gesellschaftlichen Stellung«, und beide gleichen sie dem Soziologen, hat er doch die private Stiftung, das geneigte Feuilleton und die wandernde Podiumsdiskussion als neue Wertquellen erschlossen.

Wer keine Arbeit hat, soll Unternehmer werden. Solange die nötigen Produktionsmittel nicht zu beschaffen sind, muß eine neue Definition genügen: »Entscheidend für die Definition des Unternehmers ist sein Verhältnis zur Zukunft ... Mit dem Begriff des Unternehmers verbindet sich ein Gefühl von Befreiung und Erfrischung angesichts der schweren Melancholie

des Gewordenen.« Ginge es nach Bude, wäre jeder ein Kapitalist ohne Kapital und bildete mit zig Millionen anderen Topmanagern den großen Aufsichtsrat Deutschland. »Ob man eine solche Gesellschaft dann, ausgehend vom Aspekt der Produktivität, >experimentellen Kapitalismus<, oder, vom Aspekt der Diskursivität, >unternehmerische Bürgergesellschaft< oder, vom Aspekt der Loyalität, >politische Teilhabegemeinschaft< nennt«, ist einigermaßen schnuppe.

Wenn die »Taz« zur Diskussion über die »Politik der Kultur« bittet, sitzt Bude schon auf dem Podium und tapeziert den »Optionsraum« der Generation Berlin. Nun müssen auch noch die Begriffe »links« und »rechts« ganz neu definiert werden. Beim nächsten Mal geht's um die Kultur der Politik. Heinz Bude wird wieder dabei sein.

Konkret 12/98, S. 52

Gerhard Scheit

Häuschen mit Garten

Habermas triumphans: Das aktuelle »Arbeitsprogramm« des Frankfurter Instituts für Sozialforschung fügt sich in den akademischen Mainstream aufs geschmeidigste ein

Die seit 1995 bei zu Klampen erscheinende »Zeitschrift für kritische Theorie« hat das neue »Arbeitsprogramm« des Frankfurter Instituts für Sozialforschung publiziert. Verfaßt wurde es von einem vom Stiftungsrat des Instituts bestimmten Kollegium, dem Helmut Dubiel, Adalbert Evers, Ludwig von Friedeburg, Ute Gerhard, Axel Honneth und Wilhelm Schumm angehören. Mit der kritischen Theorie des einstigen Instituts, mit den Arbeiten von Horkheimer und Adorno, Marcuse und Benjamin usw. hat dieses Programm etwa soviel zu tun wie die Zivilgesellschaft mit dem Kommunismus. Die Abgrenzung von den Gründervätern der kritischen Theorie folgt der von Habermas vorgegebenen Linie: »Die normative Verpflichtung der Theorie auf Emanzipation« sei in Adornos und Horkheimers *Dialektik der Aufklärung* »oft nur noch ein romantisch-utopischer Appendix, mit Anklängen an eine letztlich messianische Erlösungshoffnung«.

Von solchen Anklängen an die Seufzer der bedrängten Kreatur weiß das nunmehr vollständig verbürgerlichte Institut sich fern, das von einer »komplexen historischen Physiognomie« ausgeht, »in der sich Kräfte der Barbarei und monströser zivilisatorischer Gefährdungen auf oft ambivalente und paradoxe Weise überlagern mit Chancen und Potentialen demokratischer Emanzipation«. Um das jedoch, was Demokratie und Barbarei, emanzipatorisches Potential und monströse Gefährdung im Innersten zusammenhält, kümmert sich das Institutskollegium nicht: Mit dem Messianismus wird auch die Kritik der politischen Ökonomie verabschiedet. Es ist eben das Arbeitsprogramm des Citoyens, der nichts wissen will von seiner dunklen, ihm unbewußten Seite, von seinem Doppelgänger.

Bekannt ist die alte Invektive von Georg Lukács, Adorno logiere im »Grand Hotel Abgrund«. Mag es sich damals auch um eine im Nachkriegsdeutschland behaglich ausgestattete Unterkunft gehandelt haben, deren Gäste konnten doch niemals vom Abgrund absehen und davon, daß sie eben nur Gäste waren in diesem Haus. Das neue Institut hat diesen prekären Status kritischer Theorie aber endgültig satt: Es will eine feste Bleibe, ein eigenes Haus mit Gärtchen (»Konflikte« werden »eingehegt«) und gute Chancen für die Kinder; es will vom Abgrund nichts wissen, aber es bedenkt die Umweltrisiken und die sozialen Spannungen rundherum. Die Zivilgesellschaft, der sich das Arbeitsprogramm verschreibt, gleicht eher einer Reihenhaussiedlung am teuren Stadtrand. Von da aus »bietet« das »westliche Modell der liberal-demokratischen Gesellschaften ... dem Betrachter ein widersprüchliches Bild« - kein abgründiges mehr.

So sorgt man sich um die Erziehung der Kinder, betreibt Kinder-Psychoanalyse, weil man weiß, wie wichtig die ersten Jahre für die spätere Ausübung der staatsbürgerlichen Pflichten sind. Deckten einst die Mitglieder des Instituts den Zusammenhang zwischen Familie und autoritärem Charakter auf, so wird nun über den Nutzen der Primärbeziehungen von Vater, Mutter, Kind für das Wohlergehen von Vater Staat nachgedacht: »Wieweit bedarf es eines gewissen Maßes an persönlichem Selbstvertrauen, wie es nur in Primärbeziehungen zu erwerben ist, um sich als aktives Mitglied einer demokratischen Gesellschaft begreifen zu können? Und wieweit bedarf es des Gefühls, in bestimmten Leistungen die verdiente Anerkennung zu erhalten, um auch die Pflichten der Staatsbürgerrolle wahrnehmen zu können?« - solche Fragen stellen sich Elterngruppen, um ihre Kinder vor den negativen Einflüssen der heutigen Zeit fernzuhalten. Und der Begriff Kulturindustrie meint in diesen Kreisen einfach nur mehr die Angst, daß die Kinder zuviel fernsehen.

Das Programm geht dabei von einer Diagnose der gegenwärtigen Situation aus, die ihre Maßstäbe augenscheinlich aus dem Buch zweier »Spiegel«-Redakteure über die Globalisierungsfalle bezieht. Der Bestseller wird freilich ins Akademische übersetzt: Von einer »einsinnigen Unterordnung der Erfordernisse sozialer Kohäsion und demokratischer Legitimation unter den Absolutismus einer kapitalistischen Weltökonomie« ist die Rede; aber man will eben keinen Absolutismus, vielmehr Demokratie auch hinsichtlich der kapitalistischen Weltökonomie, also »eine nicht nur Marktimperativen unterworfene, sondern >reflexive< Modernisierung«; man hat schließlich noch Visionen, so die »eines transnationalen Bürgerstatus und einer Demokratie jenseits des Nationalstaats«. Dabei gibt sich der Citoyen aber nicht mehr, wie einst in seiner heroischen Zeit, der romantischen Sehnsucht hin, die Vision ließe sich auch verwirklichen. Sie ist vielmehr ebenfalls vom vielsinnigen Realitätssinn einzuhegen. Den Messianismus der Gründerväter der Frankfurter Schule kritisierend, scheuen die verbürgerlichten Enkel sich nicht, die Zivilgesellschaft dort anzusiedeln, wo sie wirklich hingehört - im Himmel: der Begriff stehe »für die nie vollständig abschließbare politische Transzendenz einer Gesellschaft«; »eine real existierende Zivilgesellschaft« könne es »niemals geben«; das Konzept der zivilen Gesellschaft »ist eben nicht - wie manche seiner marxistischen Gegner und viele seiner liberalen Freunde meinen - schlicht identisch mit dem institutionellen Arsenal der liberalen Demokratie. Deckungsgleich ist es lediglich mit jenen normativen Verfassungsprinzipien, mit denen sichergestellt werden soll, daß die Macht, die eine Gesellschaft im Namen des Staates auf sich ausübt, immer nur repräsentiert, aber nie monopolhaft angeeignet werden kann.« Wodurch die Gesellschaft aber Macht auf sich selber ausübt und worin sie sich selbst verblendet, bleibt vollständig im Dunkeln. Das Kapital erscheint nur als Metapher für erfolgreiche

Bewältigung sozialer Konflikte: als »das fragile Kapital, das sich in der Folge gelöster oder besser: erfolgreich gehegter Konflikte gebildet hat«.

Dabei widmet sich das Programm auch dem unmetaphorischen Kapital - nur eben getrennt von der Transzendenz der Zivilgesellschaft. Und hier, im letzten Drittel, findet das Programm zu sich selber: Es präsentiert unter den Überschriften »Kapitalistische Modernisierung«, »Neue Unternehmensformen« und »Industrielle Beziehungen« nichts anderes als eine Unternehmensphilosophie, wie sie auf einem beliebigen Management-Seminar zum besten gegeben werden kann, z. B.: »Die an die Wissensarbeiter gestellten Anforderungen hinsichtlich Flexibilität, Eigeninitiative, Selbstverpflichtung und intrinsische Motivation korrespondieren mit Konzepten partizipativer Projekt- und Teamstrukturen in extrem >flachen< Hierarchien >lernender< Unternehmen.« Diesen 13 Seiten, worin über veränderte Arbeitsbedingungen in den produktivsten Unternehmen philosophiert und ganz im Sinne der Logik des Kapitals davon abstrahiert wird, um welches Wissen es sich bei den »Wissensarbeitern« handelt, welche Motive der »Motivation« zugrunde liegen und an welchen Entscheidungen die »Partizipation« statthat, stehen zwei Seiten über »Geschlechterkonflikt«, eine Seite über »ethnozentristische, rassistische und sexistische Gefährdungen der zivilen Gesellschaft« und ganze sieben Zeilen über »Prozesse sozialer Ausgrenzung« gegenüber. Hier allein müßte indes heute der Schwerpunkt eines Arbeitsprogramms liegen, das in der Tradition des alten Instituts stünde. Doch der Begriff der Zivilgesellschaft schließt eben die Erkenntnis aus, daß es so etwas wie einen demokratischen Rassismus geben kann, daß Rassismus - über den autoritären Charakter und die nationalsozialistische Volksgemeinschaft hinaus - ein integrales Moment der Demokratie zu werden vermag. Die rückhaltlose Formalisierung aller Konflikte und Verhältnisse, wie sie das Arbeitsprogramm postuliert, erlaubt es lediglich, von der »Dynamik von Inklusions- und Exklusionsmustern« in »empirisch« greifbaren »kontextspezifischen >Wir/dir<-Konstruktionen« zu schwafeln.

Nun ist die Zeitschrift, die das Arbeitsprogramm veröffentlicht, keineswegs das Verlautbarungsorgan des Instituts. Im Gegenteil: Herausgeber Gerhard Schweppenhäuser und Redaktion (Sven Kramer, Claudia Rademacher, Christoph Türcke) verstehen sich selbst ausdrücklich im Widerspruch zu dem von Habermas eingeleiteten »Paradigmenwechsel« von der Dialektik der Aufklärung zur Pragmatik kommunikativer Vernunft. Und das Arbeitsprogramm wurde hier publiziert, um eine Debatte zu eröffnen. Was die Zeitschrift bisher bot, war allerdings eine eher gemäßigte Kritik, mit einigen grundsätzlichen Differenzen zwar, aber doch eine Kritik unter Kollegen. Andreas Gruschka weist immerhin nach, daß sich die Diagnose der Krise dem Trauern um die Vergänglichkeit des Wirtschaftswunders verdankt: Er spricht von einer »Verklärung der 25 Balancejahre, deren erste 20 einmal als Restaurationsperiode attackiert wurden«. Der zentrale Einwand gegen das Konstrukt der Zivilgesellschaft lautet, daß »die materielle Basis der Zivilgesellschaft nicht grundlegend diskutiert wird«. Nun ist das von Marx als bloße Hilfskonstruktion eingeführte, topische Modell von Basis und Überbau im Unterschied zu dem im Kapital entwickelten Begriff der Warenform kaum geeignet, eine Gesellschaft zu kritisieren, die sich selbst als zivile verklärt. Vielleicht mündet auch darum die Kritik Gruschkas in eigenartig formalisierten Fragestellungen, statt sich zu fragen, warum Menschen Rassisten sind, fragt er sich, warum sie »die Konflikte nicht krisenlösend« angehen, sondern sich in die ihnen »prima facie immer feindlicher gegenüberstehenden Verhältnisse integrieren, obwohl sie ... für Gruppeninteressen mißbraucht werden«.

Die jüngst in Heft 7 der »Zeitschrift für kritische Theorie« erschienene Kritik von Claus-Steffen Mahnkopf moniert zwar mit Anleihen bei Foucault den Mangel an »subversiver Tätigkeit des Geistes«, doch worin diese Subversion bestehen soll, wird nicht ganz klar, zumal sie »im Anschluß an die auch befreienden Wirkungen einer gewissen >Habermasianisierung< der kritischen Theorie« gesucht wird. Den Soziologen wird geraten, an der Frage, ob der neue »Titanic«-Film »nun regressiv oder via Darstellung des Mythos aufklärerisch sei«, sich »die Zähne auszubeißen« - als ob an solchen Fragen sie nicht schon längst sich alle ausgebissen hätten.

Die unzureichende Kritik am neuen Arbeitsprogramm des Instituts für Sozialforschung ist in gewisser Weise symptomatisch für die »Zeitschrift für kritische Theorie«. Bisher ist es in den blaßblauen Heften nicht wirklich gelungen, in der Auseinandersetzung mit der kommunikationspragmatisch gewendeten kritischen Theorie Konturen zu gewinnen. Die mangelnde dialektische Schärfe dürfte mit dem akademischen Charakter des ganzen Projekts zusammenhängen.

Aber kritische Theorie hat es heute ja wirklich nicht einfach, oder besser: nicht bequem. Das Grand Hotel Abgrund ist nur mehr eine Ruine, und die Reihenhäuser am Stadtrand sind eindeutig zu teuer: Sie kosten einen das kritische Denken. Es bleibt nur die Vagabondage.

Die »Zeitschrift für kritische Theorie« erscheint zweimal jährlich im zu Klampen Verlag, Lüneburg. Heft 7 wurde im Oktober 1998 veröffentlicht.

Konkret 12/98, S. 54

Rudolf Walther

Der Begriffsnebelwerfer

Der Münchner Professor Ulrich Beck betreibt Sozialwissenschaft auf unterstem Niveau und hält sich selbst für einen legitimen Erben Immanuel Kants

Quantitativ betrachtet gehört der Münchner Soziologe Ulrich Beck zu den Produktivsten seines Fachs. Die Umschlagszeiten seiner Produktion beschleunigen sich, deren Verfallsdaten allerdings auch, und das Niveau ist bekanntlich nach unten offen. Allgemein gesprochen, bemißt sich das Niveau eines wissenschaftlichen Textes erstens an der sachlich-empirischen Durchdringung eines Problems und zweitens an der Dichte des kategorialen Begreifens. Weniger geschwollen gesagt: Man muß sich erstens mit den Sachverhalten vertraut machen und zweitens diese begrifflich-systematisch darstellen.

Es wäre falsch, aus dem folgenden voreilig auf den Gesamtzustand der bundesdeutschen Soziologie als Wissenschaft zu schließen. Über Ulrich Beck und seine »Familie« sagt es jedoch schon etwas aus. - Der Markt ist überall eng. »Es entstehen prekäre Märkte, deren Konsumenten bei den ersten, immer möglichen Risikomeldungen die Flucht ergreifen.« Was tun? Beck weiß Rat: »Dazu haben Sozialwissenschaftler einiges beizusteuern«, indem sie »riskante Produkte und Dienstleistungen (z. B. gentechnisch veränderte Lebensmittel) konsensfähig«, also verkäuflich machen. Der »neue deutsche Markenartikel« besteht aus sozialwissenschaftlich komponierten, »zustimmungsfähigen Produkt-Paketen«, denen, »zusätzlich zum Gebrauchswert, ein Zustimmungswert« angeklebt wurde. Der »Standort« ist im Handstreich mit »Zustimmungswerten« gerettet. Und zusätzlich kommt Freude auf bei den Legionen arbeitsloser oder taxifahrender Soziologen und Politologen, den künftigen »Zustimmungswert«-Produzenten.

In Becks Theorieproduktion hat man mit schnellen Wechseln zu rechnen. Was einst »Modernisierung«, vorgestern »reflexive Risikomoderne« und gestern wieder »reflexive Modernisierung« hieß, kam vor einem halben Jahr bereits als »reflexive Globalisierung« daher. Damit hatte die »kulturell eingestimmte Globalisierungssoziologie« ihren damals gerade marktschlüpfrigen Gegenstand gefunden. Unterwegs hat sich nicht nur der Name geändert, die Sache selbst hat sich verdünnt - geblieben sind nur ein paar begriffliche Legosteinchen und jede Menge anrührender Geschichten. Im jüngsten soziologischen Bescheid aus dem Max-Planck-Institut am Starnberger See, dem Beckschen Arbeitsplatz, ist nicht mehr viel von »Globalisierung« oder gar von »Globalisierungssoziologie« die Rede, dafür um so mehr von der »Worthülse Globalisierung« und der »Globalisierungsdebatte«. Das Thema ist halt durch: »Globalisierung ist auch ein anderes Wort für Kapitalmarxismus ohne Marx«, heißt es jetzt.

»Kapitalmarxismus« - was man sich wohl darunter vorstellen soll? Einigen Aufschluß gibt Becks Vorstellung von der Entstehung des Kapitalismus: »Renten: Das ist ein Stück Antikapitalismus im sozialdemokratischen Herz des deutschen Kapitalismus, und zwar das Stück Nicht-Marktlogik, staatlich verordnet von Bismarck, das den Kapitalismus erst möglich gemacht - und die Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg auf ein stabiles Fundament gestellt hat.« Der kernige Satz macht den Reichsgründer Bismarck zum Erfinder des Kapitalismus. Becks Bielefelder Kollege Niklas Luhmann spricht in solchen Fällen von »intellektuellem Schrotthandel«.

Wird Beck theoretisch, hört sich das so an: »Globale Kultur kann nicht statisch, sondern nur als kontingenter und dialektischer (und gerade nicht ökonomistisch auf seine scheinbar eigensinnige Kapitallogik reduzierbarer) Prozeß verstanden werden ... Wichtig ist eine methodisch-pragmatische Wende dieses Axioms. Globalisierung - scheinbar das Ganz-Große, das Äußere, das, was am Ende noch dazukommt und alles andere erdrückt - wird faßbar im Kleinen, Konkreten, im Ort, im eigenen Leben, in kulturellen Symbolen.« - »Methodischpragmatisch« gewendet, bedeutet dies, daß der Soziologe seine Mutter, seine Tanten und vor allem seine Nachbarinnen fest im Auge behalten muß, wenn er über die Frage nachdenkt, »was Globalisierung, ausbuchstabiert für das eigene Leben, meint«. »Stability«, sagte Karl Schiller »begins at home« und alle Politikwissenschaft in Nachbars Garten. Deshalb verschreibt Doktor Beck Erzählungen als »Pillen gegen Abstraktion«.

Eine der Geschichten läuft so: »Eine 84jährige, man darf also sagen: alte Dame, lebt ... ? Da fängt die Geschichte an. Glaubt man der Einwohnermeldestatistik, lebt sie seit mehr als 30 Jahren ohne Unterbrechung in Tutzing am Starnberger See. Ein typischer Fall (geographischer) Immobilität. Tatsächlich fliegt unsere alte Dame mindestens dreimal im Jahr für mehrere Wochen oder Monate nach Kenia ... « Das geht noch eine Weile so weiter, wie man sich denken kann, und endet dann so: »Wo ist sie zu Hause? In Tutzing? In Kenia? Ja und nein. In Kenia hat sie mehr Freunde als in Tutzing ... Sie amüsiert sich mehr in Kenia als in Tutzing ... In Afrika wird sie von den Einheimischen nicht nur ver-, sondern auch umsorgt, nach Hause eingeladen. Ihr Wohlbefinden im Alter beruht darauf, daß sie in Kenia jemand ist, eine Familie hat. In Tutzing, wo sie gemeldet ist, ist sie niemand.« Die Geschichte bekommt schließlich ihre finale soziologische Ölung: »Transnationale Ortspolygamie, das Verheiratetsein mit mehreren Orten, die verschiedenen Welten zugehören: das ist das Einfallstor der Globalität im eigenen Leben, führt zur Globalisierung der Biographie.« Na bitte - und wem die Tränen noch

nicht gekommen sind, dem sei verraten, daß Beck - ausweislich eines Vorwortes - seine Sachen nicht etwa in Starnberg schreibt, sondern im oder auf dem Starnberger See. Wasser ist offensichtlich auch ein worttreibendes Element.

»Bevor ein neuer Marx den Westen wachrüttelt«, greift Beck lieber selbst zum ganz großen Horn und läßt die Leser wissen, was die Stunde geschlagen hat. »Der Bürger entdeckt den Kaufakt als direkten Stimmzettel, den er immer und überall politisch anwenden kann. Im Boykott verbindet und verbündet sich derart die aktive Konsumgesellschaft mit der direkten Demokratie - und dies weltweit.« Daß weltweit die überwältigende Mehrheit wenig oder nichts zu kaufen und somit wenig oder nichts zu boykottieren hat, gehört zu den Feinheiten, um die sich die empiriefreie Soziologie gar nicht kümmert. Dafür vergleicht Beck seine Schnapsidee vom weltweiten Konsumentenboykott mit den unerhörten Überlegungen Kants in seiner Schrift Zum *ewigen Frieden* oder mit den grundsoliden Thesen David Helds zu Politik und Staatsbürgertum jenseits der Nationalstaaten.

Beck betrachtet Risiken als »Peitsche, mit der die Gegenwart auf Trab gebracht werden kann«. Nach Marx und Kant kriegt auch Max Weber seine soziologische Heimleuchtung: »In dieser subversiven, ungewollten, ungesehenen, grundlagenpolitischen Selbstinfragestellung« reflexiver Modernisierung, »die durch wahrgenommene Risiken überall in Gang gesetzt wird, geschieht am Ende etwas, was Soziologen, die auf Max Weber schwören, kaum für möglich halten: Die Institutionen geraten in Bewegung ... Der Käfig der Moderne öffnet sich« und wird nicht zu jenem »ehemen Gehäuse«, das Weber prognostiziert hatte. In dieser Phase greift dann das nächste Paradigma - »das Paradigma des Transnationalen«, das freilich so viel- und nichtssagend bleibt wie die vorhergehenden.

Beck beabsichtigt mit der Reihe »Edition Zweite Moderne« bei Suhrkamp nicht mehr und nicht weniger, als »eine Art von neuer Soziologie« vorzulegen, die auch sprachlich »stilbildend« sein soll. Gemessen an seinen eigenen Beiträgen im Sammelband *Kinder der Freiheit* ist dem Vorhaben gegenüber Vorsicht angebracht. Methodisch orientiert sich die »neue Soziologie« Becks an vier in die Jahre gekommenen Vätern von höchst unterschiedlichem Zuschnitt: Alexis de Tocqueville, Immanuel Kant, Friedrich Nietzsche und Gottfried Benn. Der letzte Autor wurde aufgeboten, weil Beck ihn für einen »Sprachkünstler« (»vielleicht den größten in diesem Jahrhundert«) hält. An ihm will Beck seine »neue Soziologie« ebenso ausrichten wie von der »Plastik-Sprache« der offiziellen Politik abgrenzen. Denn: »Politik ist Sprache, Sprache ist Politik. Wer begeistern will, muß begeisternd sprechen. Hier zeigt sich eine enge Verwandtschaft zwischen Kunst und Politik. Die Sprache ist das, was uns geblieben ist.« Bei Heidegger war die Sprache immerhin noch »das Haus des Seins«. Beck und die seinen besetzen sie jetzt wie eine leere Wohnung: »Wir wohnen in der Sprache.« Da könnte es leicht langweilig und unbequem werden, falls nicht Wasser und Brot oder wenigstens ein Fernsehgerät hinzukommen. Die Aufsätze der Beck-Jünger in diesem Band lassen jedenfalls das Schlimmste befürchten. Einer verfolgt »Tiefenspuren des ehelichen Gewebes« am kollektiven Umgang mit Wäsche, Waschmaschine und Bügeleisen und kommt zu tiefschürfenden Einsichten: »Das Individuum existiert nicht unabhängig von seiner sozialen Umgebung als autonomes Wesen« (Jean-Claude Kaufmann).

Den »Vater« Nietzsche benötigt Ur-Urenkel Beck, weil dieser nicht nur Kunst mit Politik verhandeln wollte, sondern obendrein beide mit »Wissenschaft«. »Eine Reform der Wissenschaft bedarf der Fähigkeit, Ziele neu zu denken und zu setzen. Diese Selbstgesetzgebung - die Frage der Struktur - ist nach Nietzsche wesentlich eine Frage des Stils, der Sprache, damit auch gebunden an Öffentlichkeit, Zustimmung. Sein Wille zur Macht ist wesentlich ein Wille zur Sprachmacht.« Deshalb heißt Becks Programm »schöpferischer Konstruktivismus«, unter dessen Banner sich »Sprachmacht« zwecks Überwindung von industrieller Selbstgefährdung, Nationalstaat und Klassengesellschaft sammelt. Analytiker und Gesellschaftskritiker werden abgehalftert, an ihre Stelle treten jetzt soziologische »Schöpfer«, »Erfinder«, »Experimentatoren«, die im Namen der utopischen »Nach-Utopie« garantierter »Aussichtslosigkeit« publizistisch mitmischen. »Wer nichts zu verlieren und nichts zu gewinnen hat, wer weiß, daß alles Versuchen wahrscheinlich vergeblich ist, kann anfangen.« Womit? Egal. Geschmacksache. Wie bei Nietzsche bleibt auch dem Zarathustra der »neuen Soziologie« bei seinem Ritt durch die »Zweite Moderne« nur noch »das Ja und Nein des Gaumens« als Organ und Kriterium der Erkenntnis. Seiner beiden anderen Väter -Tocqueville und Kant - bedient sich Beck einzig als Dekoration. Kant hätte allerdings Becks Vorschlag, »Grundrechte« (!) von unten zu »gewährleisten« (P), eher dem Faustrecht zugerechnet und nicht der »republikanischen Freiheit«.

Der jüngste Band der »Edition Zweite Moderne« mit dem Titel *Politik der Globalisierung* enthält außer sechzig Seiten von Beck elf Aufsätze, von denen die besten den hingeworfenen Thesen Becks frontal widersprechen. Dazu gehören sowohl die Ausführungen von Jürgen Habermas, Fritz W Scharf und Anthony McGrew über die Probleme, die sich der Politik jenseits des Nationalstaats stellen und die Beck mit seiner Phraseologie vom »Transnationalen« einfach überpinselt. War es noch vor Monaten die »Globalität«, die Einzug »ins eigene Leben« hielt, so ist es jetzt »das Transnationale« -die neue Etikettierung läßt freilich die bezeichneten Sachverhalte so im Ungefähren wie die alte. Das Ganze ist so trostlos wie Becks Metaphorik erheiternd schief Er möchte »durch den Begriffsnebel hindurch« das Transnationale »identifizieren ... und zum Blitzableiter zukünftiger Argumentationen« machen.

Paul Hirst und Grahame Thompson zeigen in ihrem Beitrag, wie das maßgeblich von Beck betriebene Gerede von »Globalisierung« und »Globalisierungssoziologie« an den wirtschaftlichen und sozialen Prozessen auf dem Weltmarkt vorbeigeht. Beck bequemt sich zwar nach mehreren hundert Seiten Improvisationen über »Globalisierung« endlich zur grundlegenden Unterscheidung zwischen der höchst partiellen »Internationalisierung« der wirtschaftlichen Beziehungen und ihrer propagandistischen Beschwörung als »Globalisierung«. Aber diese Einsicht bleibt folgenlos, denn nach wie vor schwadroniert Beck munter drauflos: »Wir alle sind Global players.« Wir - die Spekulanten, die Arbeitslosen, die 624-Mark-Jobber, die Krankenschwestern und die kleinen Angestellten und Arbeiter? Alle? Nach all dem bleibt nur noch eine Frage: Wie kommen ernsthafte Wissenschaftler dazu, sich einem Herausgeber anzuvertrauen, der auf solchem Niveau sich eingerichtet hat? Die Seriösen unter den Beiträgern müßten erblassen.

Dieser Beitrag ist leicht gekürzt zuerst in der Züricher Wochenzeitung »WoZ« (Nr. 42/98) erschienen.

Literatur:

Ulrich Beck: Was *ist Globalisierung?* Suhrkamp, Edition Zweite Moderne, Frankfurt a. M. 1997, 270 S., 26 Mark

Ulrich Beck: *Weltrisikogesellschaft, Weltöffentlichkeit und globale Subpolitik. Picus* Verlag, Wien 1997, 78 S., 14,80 Mark

Ulrich Beck (Hg.): *Kinder der Freiheit.* Suhrkamp, Edition Zweite Moderne, Frankfurt a. M. 1997,403 S., 30 Mark

Ulrich Beck (Hg.): *Politik der Globalisierung.* Suhrkamp, Edition Zweite Moderne, Frankfurt a. M. 1998, 423 S., 34 Mark

---

Rudolf Walther ist freier Journalist und lebt in Frankfurt a. M.

Konkret 12/98, S. 56

Kay Sokolowsky

Allegro con spiracio

Über einen schweren Fall neoliberaler Beschäftigung mit Verschwörungstheorien

Lag der Fall auf der Straße? Oder ist er von Lektoren dorthin gelegt worden? Nach langer Zeit der Ignoranz sind 1998 im deutschen Sprachraum mehr Titel zum Thema Konspirationstheorien erschienen als im ganzen Jahrzehnt zusammen - allein drei Bücher in diesem Herbst. Eines davon habe ich gemeinsam mit Jürgen Roth verfaßt *(Wer steckt dahinter?* Kiepenheuer & Witsch). Gewiß, an Einzelstudien bzw. solipsistischen Amokläufen über Angelegenheiten wie »JFK« oder das »Ufo-Komplott« hat es nie gemangelt. Doch an einer synoptischen, wenn nicht gar enzyklopädischen Darstellung der Wahnsysteme mochten sich bis vor kurzem weder Autoren noch Verlage versuchen, die Verschwörung und ihre Theoretiker wurden hierzulande allenfalls als Miszelle wahrgenommen.

Der sagenhafte Erfolg der »Akte X«-Serie und aber auch der mittlerweile indizierten Hetzbücher des Weltverschwörungsideologen Jan van Helsing haben den Betrieb offenbar eines anderen belehrt. Der Glaube ans Komplott, das die Geschichte (oder wenigstens Geschichten) macht, ist noch nie so populär gewesen wie heute. Keine Prinzessin kann gegen einen Tunnelpfeiler schmettern, kein Parteichef Finanzminister werden, ohne daß eine bestürzend demente Öffentlichkeit ihre Meinungsträger darüber spekulieren hören möchte, es sei »hinter den Kulissen was Krummes gelaufen«. Das »Ende der Ideologien«, 1989 ausgebrüllt, als sei von Kohl und Gorbatschow das Neue Jerusalem errichtet worden, hat der verheerendsten aller Ideologien, der Gegenaufklärung, in den realdemokratischen Staaten zu einer Macht verholfen wie nicht einmal zu Zeiten des Kältesten Krieges. Wo früher als Erzbösewicht allein der Russe genügte, tummeln sich heute die Russenmafia und albanische Schlepperbanden, Börsenspekulanten und die Vertreter von Kirch, Turner und Murdoch, außerdem wahlweise PKK und PDS. Um nur wenige zu nennen.

Die Verabschiedung der Gesellschaftsmodelle, die in der Spätaufklärung entworfen worden waren, implizierte, viel mehr als weniger gewollt, die Verbannung aller Gesellschaftskritik, die jenen Utopien vorausging. Übrig blieben die namenlos trivialen Beschwichtigungsanalysen der bürgerlichen Soziologie: So ist aus Rassismus die »Ohnmacht der Einheitsverlierer« geworden, und Neonazis malt man als »Protestwähler« an. Daß die destruktiven Extreme eines Gemeinwesens nicht seine Ausnahmen, sondern sein gemeines Wesen sind, daß die Glatze, die Asylbewerberheime anzündet, kein Paria, sondern ein Avantgardist der waltenden Gemeinschaft ist, könnte man noch wissen, hätte man sich nicht mit aller Kraft abgewendet von jener Sozialkritik, die mal wußte, was Begriffe wie »Klasse« oder »Kapitalismus« bedeuten.

Die Welt ist nicht so, wie sie die »Zeit« erklärt, aber seit 89 darf sie leider gar nicht anders mehr sein. Auf dem Mist der liberalen Schwätzer konnten Verschwörungstheorien fett gedeihen - treffen jene doch grundsätzlich ins Blaue, während diese so verwinkelt gebaut sind, daß ihnen irgendein Querschläger immer gelingt. Komplottmythen bedienen sich derselben Phraseologie wie die Leitartikel, aber bei jenen wird nicht, wie beim Hartung, am Ende alles gut, sondern sehr, sehr schlecht, und das wirkt, wie absurd die Prämissen des Komplottmythologen auch sein mögen, gemessen an der akuten Welterfahrung, tatsächlich wie die Enthüllung, die zu sein die allermeisten Verschwörungstheorien fälschlich vorgeben. Der rasende Irrationalismus der 90er hat nicht nur Astrologen zu seriösen »Experten« gemacht. Auch die Scharlatane, die von der Weltregierung qua Black Helicopters faseln, dürfen auf Respekt hoffen. Und man sollte sich gar nicht wundern, daß der neue Kanzler am 1. November bei »Talk im Turm« anläßlich einer Frage nach den Entschädigungsforderungen von Überlebenden auf die »bekannten« Methoden »amerikanischer Anwaltskanzleien« verwies.

Daniel Pipes ist einer jener Gesellschaftswissenschaftler, die das »Ende der Ideologien«, ungeachtet aller Ereignisse seither, für einen Segen halten und die, trotz der Ohnmacht des Kommunismus, nicht müde werden, ihn zu dämonisieren. *Versch□ □rung*, sein neues Buch, dieser Tage in einer ziemlich hastigen Übersetzung erschienen, verficht mit einer Vehemenz, die man sonst nur von Ex-K-Gruppen-Muftis kennt, die Behauptung, Nationalsozialismus und Stalinismus seien analoge Herrschaftssysteme gewesen. Pipes hat freilich was Neues zu bieten: Jene waren nicht allein gleich skrupellos in ihren Methoden, sondern überdies im Innersten *ideologisch* verwandt, und zwar durch den obsessiven Glauben an eine allwaltende Verschwörung. Nur eines unterscheide den großen bösen Russen von seinem großdeutschen Amtskollegen: »(Stalin) tötete aus Gründen, die mit politischer Paranoia zusammenhingen, die bei weitem größte Anzahl von Menschen und begründete viele andere, beinah ebenso blutrünstige Regime.« Ein Apodiktum, das Pipes noch schlechter belegt, als es Courtois vermöchte. Die Anmerkungen in Pipes' Buch sind, an der Bedeutung des Autors gemessen, der zu den gefragtesten US-Fachleuten für die jüngere Geschichte des Nahen Ostens zählt, ein erstaunlicher Fall von historiographischer Schlampigkeit: »R. J. Rummel ... schätzt, daß Stalin etwa 43 Millionen seiner eigenen Untertanen umbrachte, im Vergleich zu den 21 Millionen (Untertanen?!; K. S.), die Hitler umbrachte. Rummel schreibt Mao, einem der vielen Jünger Stalins, 38 Millionen Morde zu.« Warum nicht gleich 380 Millionen?

Daß Daniel Pipes die Relativierung des Völkermordes an den europäischen Juden betreiben möchte, kann ihm allerdings nicht unterstellt werden: Seine Feindschaft gegen den Antisemitismus ist, wie die Ausführungen über die *Protokolle der Weisen □ on Zion* oder den islamischen Fundamentalismus demonstrieren, durchaus authentisch. Aber die Überzeugung, verschwörungstheoretischer Wahn sei virulent allein in offen despotischen Staaten, der Aberglaube, daß Demokratien westlicher Prägung und zumal die USA gefeit sind gegen den »Konspirativismus«, macht ihn blind für die grassierende Paranoia gerade in den Siegerstaaten des Kalten Krieges, für den wuchernden Verdacht der Regenten gegen ihr Stimmvieh und das explodierende Mißtrauen der Regierten gegen »das, was *die* erzählen«.

So viel Richtiges und Kluges Daniel Pipes zu bemerken weiß über die Psychologie des Komplottgläubigen, so unfähig ist er im Zweifelsfall, die pathische Paranoia von der taktischen zu unterscheiden. Stalin nutzte - Pipes räumt es selbst ein, ohne daß ihm irgendwas schwant - die Verschwörungsmär als Mittel zur Machterhaltung. Die Nazis aber witterten überall Verschwörer, weil sie sich die Welt anders als von geheimen Mächten regiert gar nicht vorstellen konnten. Wenn der Autor, ohne Quelle, ohne Zitat, den Antiimperialismus Lenins als eine voll entwickelte Verschwörungstheorie brandmarkt, wird vollends klar, warum er sein Buch geschrieben hat: um jede Rede von »Interessengruppen« oder »Rackets« nachhaltig zu denunzieren. Er ist, zuletzt, ein formidabler Vertreter jener Klasse, die Gremliza einmal das »liberale Ostküstengesindel« genannt hat, und erliegt ohne Widerstand selbst einem Komplottmärchen: Die Sowjetunion habe 75 Jahre lang versucht, die USA mittels williger Marionetten zu unterjochen. Von der CIA und McCarthy ist bei Pipes übrigens nur dreieinhalb Absätze lang die Rede. Insgesamt.

Zum Gerling Akademie Verlag, dem bisher hauptsächlich Abhandlungen über »Risikomanagement« resp. »Riskmanagement« zu verdanken waren, paßt das Buch von Daniel Pipes übrigens wie gemalt. George Grosz' Meisterwerk »Die Stützen der Gesellschaft«, mit dem diese bigotte, großteils grotesk schlecht recherchierte Schwarte eines neoliberalen Commiefressers aufgemacht ist, allerdings nicht. Je nun - die Lektoren sammeln halt auf, was die Straße hergibt. Und die truth? Is weiterhin out there.

Daniel Pipes: *Versch□ □ rung. Fas□ination und Macht des Geheimen*. Gerling Akademie Verlag, München 1998, 360 Seiten, 64 Mark

Konkret 12/98, S. 60

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Was ist denn schon ein sogenannter runder Jahrestag im Dauerlauf der Zeit?

Ein Augenblick. Lang gradma wie ein Fingerschnippen

Wie ein Croissant ins Schalerl Cappuccino stippen

Wie ein beim Liebeseilbrief fickrig sich ferdippen

Wie ein den Doppelkorn in einem Zuge kippen

Ja: Kurz als wie der Knall, wenn sich zwei Lippen lösen von zwei Lippen

Das ist des ganzen Fadenscheines Herrlichkeit

Und doch: Ein Hundsfott, der sich der positiven Thränen schämt, die anlaßbezogne Vivats aus der werthen Kollegenschaft seinen Augen entrangen. Ja, ich bekenne.

Ich habe über folgende Äußerungen zu meinem Sechzigsten geweint; und -ich bin rosenholzstolz darauf, für den eingangs erwähnten »Augenblick« Mittelpunkt gewesen zu sein in einem* Kreise derart Lieber.

Liebster, hochverehrter Tomayer!

Meister Du des gereimten Gedichts –

wirst noch lang über hoch- und nichts-

würdige Gestalten

lyrischen Gerichtstag halten,

wie Du's seit Anfang an gemacht,

und groß ist Deiner Erfindungen Pracht.

Das Kapital - o himmlisches Entzücken

zerplatzt - KRAWUMM - in handerttausend Stücken!

Denn Dein ist der Reim und die Kraft

und die Fröhlichkeit

in Ewigkeit –

Servus!

Es gratuliert zum Sechzigsten

Dir einem der Wortmächtigsten,

Dein Adorant und Gratulant

F W Bernstein, Reimwerker.

*

Wer keucht so spät durchs Telefon,

es ist Eimsbüttels größter Sohn.

Er packt das Wort in kühne Reime

und zwingt die Syntax in die seine.

Und die Moral von dem Gedicht:

Hotte, laß die Lyrik nicht!

Jungle World

*

Meister des Worts,
Genosse in Shorts:
Bleib, wie Du worst,
Sportsfreund Horst!
Gerhard Henschel

*

Kopf sowohl als Herz benutzend,
Schafft der Freund sein fünftes Dutzend
Jahre, und wir jubeln: To-
mayer, Horsti, weiter so!
Peter Hacks

*

Bleib wie du bist:
Kommunist!
Christian Schmidt & Benjamin Schiffner

*

Bayern ahoi!
Eckhard Henscheid

*

Horst Tomayer hat sich um das deutsche Gedicht verdient gemacht.
Robert Gernhardt

*

Ein Gleiches
Lob sei Dir, Du Sohn der Bayern!
Dank sei Dir, Du Dichtersmann!
Glück und Wunsch und Grund zum Feiern!
Bier, das man auch trinken kann!
Ein mehrfaches Prost aus Frankfurt von Oliver Schmitt und der lustigen
TITANIC-Redaktion

*

Lieber Tomayer, um den Schock, mit 60 zu wissen, daß man bereits die Hälfte seines Lebens hinter sich hat, beneidet Dich Dein
Michael Scharang

*

Ihr werdet's kaum glauben, doch es ist wahr:
Der Hotte wird heut' 60 Jahr'!

Die Köpfe und Drostes kommen und gehn –

der Hotte aber bleibt bestehn!

Alles Liebe, Boris Gröndahl

*

Lieber Horst, seit 1966 weiß ich, daß Du einer Kuh kein Kind machen kannst. Ich hoffe, Dir darin gefolgt zu sein.

Georg Fülberth

*

Für Deine Sendungen

Oft läuft der Heimatsender
Leise vor sich hin
Manchmal bin ich drin.

Dann bleibt der Volljumregler
Weiter auf leis'
Weil ich's schon weiß.

Still dreht der Heimatsender
Weiter die Leier
Bis zum Tomayer.

Dann zieh' ich das Volljum
Auf Anschlag Ten
Weil: Ich bin Fan.
Und zwar auf Lebenszeit!
Lieben Gruß und alles Gute,
Fritz Eckenga

*

Lieber Horst –

Und wenn Du nur dieses eine Gedicht, Dein » So nicht, Katze! «, geschrieben - und nicht ca. 211 weitere anbetungswürdige, der Abfuhr der regierenden Arschgesichter und der nie verzagenden Aufklärung einerseits mit großem Ernst dienende und andererseits jenem edlen Paar das schönste, oft vollendete Kleid anlegende und umwerfende Werke: selbst dann -und was heißt: selbst! - selbst dann, so Du keine Zeile außer diesen gesungen hättest (oder gar keine, dann aber kennten wir uns nicht), würde ich mich andienen wollen, bei Nöten und auch immer en passant per Fax, per Faxe, via very soon T 1 -TV und vis-á-vis Dein Leibgardist zu sein.

In Verehrung alles Gute und beste Gesundheit wünscht resp. befiehlt

Dir

Dein Jürgen Roth

*

Nicht erst seit dem Reimpaar »Als Sparwasser damals nahm Maß / Mit einer Kugel von adidas« (in der intelligentesten Publikation des Jahres 1998, Wo *waren Sie, als das Sparwasser-Tor-fiel?,* Konkret Literatur Verlag), sondern seit Dezennien leuchtet mir der deutsche Dichter Tomayer durch alle Finsternisse. -Leuchte, mein Stern, leuchte weiter!

Hermann Kant

*

Fritz Tietz gratuliert: dem sechzigjährigsten Horst aller Zeiten, dem Freund und Trostspender, dem Eins A Jesus-Darsteller und sowieso besten Produktionsleiter zwischen Priwall und Ammersee. Weiter so, Tomayer. Alter Kumpel! Bzw.: »Hotte, zum Set!«

*

Sixty years young Horst!

Never let the things get worst!

Der »GreizSchleizzer« Michael Rudolf

*

Sie, verehrter Herr Tomayer, kennen also den Schröder. Das ist gar nichts. Ich nämlich kenne sogar Sie. Doch. Vor zirka fünfzehn Jahren war's, auf der Fahrt von »Wolf's Inn« zur Innsbrucker Straße. Sie saßen im Fond, ich saß vorne links. Es fielen keine Schimpfwörter. »Schnösel« oder »Rotzlöffel« wären zwar angemessen, jedoch nicht gentlemanlike gewesen. Deshalb forderten Sie, ganz Pädagoge, nur das Trinkgeld zurück. Dem Schröder konnten Sie nicht helfen, aber mir: Wenig später ließ ich vom Serviceberuf ab. Haben Sie Dank für alles und die schönen Reime!

Joachim Rohloff

*

Alles Gute zur Sechzich

Durch Frankfurt/Main eilt ziemlich flotte
zum Bahnsteig Neun der Dichter Hotte,
die Haare weben, der Koffer bebt,
die Züge stehen, Tomayer schwebt,
als reite er Roß Pegasus:
»Na, alter Lumpi!« ruft er mich,
hat keine Zeit für Gegengruß,
heut grüß zurück ich zur Sechzich:
Alles Gute, und immer langsam mit den jungen Pferden.
Ihr Michael »Lumpi« Ringel

*

Gratulation á la manière d'une
»MoPo«-Kleinanzeige

Es raunt die ganze Meute:
»Horst hat Geburtstag heute.«

Dann röhrt die ganze Rotte:
»Mach nur so weiter, Hotte!«

Drauf er: »Habts ihr an Knall?
Kommts mit in des Walhall?«

Harry Rowohlt

*** leider nur auszugsweisen, weil sonst diese Seite sprengenden**

Konkret 12/98, S. 61

Detlef Kannapin

Buch & Deckel

Ilko Sascha Kowalczuk: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Ch. Links Verlag, Berlin 1997, 408 Seiten, 48 Mark

Christoph Links heißt der Verleger, der sich bereits vor Jahren auf die Verbreitung von »Forschungen zur DDR-Gesellschaft« spezialisiert hat. Konnte man 1990/91 noch gespannt sein auf den weiteren Entwicklungsweg seines kleinen Betriebes, in dem zu dieser Zeit hochinteressante Beiträge aus dem Innenleben der gerade untergegangenen DDR erschienen, so ist nach der, wie es scheint dankbaren, Konjunkturwende zu StasiStasiStasi die leise Erwartung wohl verflogen, hier werde auch zukünftig Erhellendes zum anderen deutschen Staat erscheinen können. Zu offensichtlich ist in den Linksschen Produkten die Staatssicherheit zum Fetisch geworden, als daß noch Hoffnung besteht, der Verlag könnte zu vorurteilsfreier Information und abgewogener Wissenschaft zurückfinden. Zwar hat Links sein verlegerisches Credo bei einem Auftritt in dem reichlich verworrenen Dokumentarfilm von Ernst Michael Brandt über den »Mythos Horst Wessel«, der den Mord an dem SA-Lokalführer Berlins gern den Kommunisten angelastet hätte, dahingehend formuliert, daß man im »Abstand der Jahre« sich wieder »unvoreingenommen« allen historischen Themen zuwenden dürfe. »Unvoreingenommen« bedeutet hierzulande in der Regel aber lediglich, die Verbrechen der NS-Zeit großmütig zu relativieren, und sei's unter Verweis auf die DDR.

Es exponieren sich für dieses Unterfangen vor allem Kleingeister aus der ehemaligen Bürgerbewegung, die sich der Maxime des Münchener Politikprofessors und Platzanweisers Kurt Sontheimer bereitwillig fügen, daß den neuen Geistesarbeitern aus der DDR das kritische Sichten der DDR-Vergangenheit zukomme und nichts sonst. Ilko-Sascha Kowalczuk zum Beispiel profilierte sich bereits als Student an der Berliner Humboldt-Universität im Dunstkreis des Freiburger Kommunistenfressers Heinrich August Winkler als unnachgiebiger Stasi-Jäger derart, daß es mehrerer Stasi-Jäger-Jäger bedurft hätte, ihn zu stoppen. Egal war ihm dabei, ob jemand wirklich der Firma angehörte oder nicht, die Gesinnung der ehemaligen DDR-Historiker reichte ihm zum Schuldspruch. Nicht lange auf sich warten ließ ob solchen Einsatzes der karrierefördemde Auftritt als Gutachter vor der Bundestags-Enquetekommission zur »Aufarbeitung der SED-Diktatur in Deutschland«. Und nun also sein erstes Buch im Ch. Links Verlag, eine »Gesamtdarstellung« zur DDR-Geschichtswissenschaft von 1945 bis 1961 mit dem Titel *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front.*

Um es vorwegzunehmen: Der Leser erfährt von Kowalczuk so gut wie nichts über die Geschichtswissenschaft der DDR, nichts über die Motive des sich vom Historismus mühsam lösenden Neuanfangs deutscher Geschichtsschreibung im Angesicht der Niederschlagung des Nationalsozialismus, nichts von der revolutionär zu nennenden Wendung der historischen Wissenschaft zu den darin normalerweise nur als Konkursmasse der Herrschaften verwendeten Volksmassen (heute »Sozialgeschichte« genannt) und auch kaum etwas über die in schweren Auseinandersetzungen gewonnenen neuen Interpretationen der deutschen Geschichte. Erinnert sei hier nur daran, daß bereits vor der Auslösung der sog. »Fischer-Kontroverse« im Jahre 1961 (der Historiker Fritz Fischer hatte in seinem Werk *Griff nach der Weltmacht* der deutschen Reichsregierung die Hauptverantwortung für die Eskalation der diplomatischen Verwicklungen vor dem 1. August 1914 nachgewiesen) in der DDR bereits mehrere Arbeiten zu diesem Thema mit ähnlichen Resultaten entstanden waren, die im Westen natürlich nicht zur Kenntnis genommen wurden. Statt dessen konzentriert sich Kowalczuk auf den seiner Meinung nach einzig wirklich wichtigen Aspekt der DDR-Geschichtswissenschaft: ihre legitimatorische Funktion für die Ausgestaltung des politischen Systems der DDR. Seine Kenntnisse über die Rolle der Legitimation als »Grundproblem der kommunistischen Diktatur« sind jedoch äußerst dünn, da ihnen eine Trivialauffassung von »Kommunismus« zugrunde liegt, derzufolge es sich bei jeglichem Ausbruch aus den Zwängen der Kapitalverwertung nur um die illegitime Machteroberung von Fanatikern ohne demokratisches Mandat handeln könne. Daß sich die Legitimationspolitiken in Ost und West, auch und gerade mit Hilfe des jeweils gewünschten Geschichtsbildes, nur in Nuancen unterschieden, will Kowalczuk nicht sehen.

Weil seine Prämissen verquer sind, liefert seine Abhandlung bloß eine formalsoziologische Beschreibung der diffizilen Beziehungen zwischen den geschichtspolitischen Wünschen des SED-Apparates und der entsprechenden Akklamation der DDR-Historiker, was diese in einem denkbar schlechten Licht dastehen läßt, da der Eindruck entsteht, sie hätten nie ein Archiv betreten, sondern nur Kommuniqués verfaßt. Kowalczuk fälscht die Quellen nicht, aber seine positivistische Vorgehensweise verdunkelt die Gesamtlage der DDR-Historiographie in der Zeit von Stalin-Kult und Tauwetterphase. Überdies verkauft er als »objektiv«, was eine schlichte Umkehrung der verworfenen DDR-Wissenschaft darstellt, etwa wenn er die Delegationen der DDR-Historiker bei gesamtdeutschen Historikertagen der fünfziger Jahre als ideologische »Gruppen« zusammenfaßt. Wo in der DDR früher verächtlich von der »Rothfels-Gruppe« die Rede war, spricht Kowalczuk nicht weniger hinterhältig z. B. von der »Meusel-Gruppe«. (Hans Rothfels wurde in der BRD mit einem Buch zum 20. Juli 1944 bekannt; Alfred Meusel war DDR-Neuzeithistoriker und beschäftigte sich bevorzugt mit der deutschen Revolution

von 1848.) Bezeichnend sind die letzten Sätze in Kowalczuks Buch: »Es gibt nur wenig zu bewahren. Die DDR-Geschichtswissenschaft ist eine historische Fußnote, über die es auch in Zukunft lohnen wird, zu forschen und Bücher zu schreiben.« Da möchte einer die alleinige Definitionsmacht über dieses Gebiet der Forschung zugesprochen bekommen.

Konkret 12/98, S. 61

Oliver Maria Schmitt

Buch & Deckel

Rainer Stephan: Der Kanzler. Roman. Eichborn Verlag, Frankfurt a. M. 1998, 233 Seiten, 36 Mark

Am 27. September wählten die Deutschen den Ausgang. Nicht den des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit, sondern den des von Rainer Stephan selbstverschuldeten »Einwicklungsromans« *Der Kanzler*.

Wie uninteressant man das Leben und Streben eines Durchschnittskarrieristen wie G. Schröder letztlich darstellen kann, zeigt Stephan in diesem Buch, dessen letztes Kapitel »der Autor in der Wahlnacht verfaßt« hat, um dem Seim den Anschein dramatischer Aktualität zu verleihen. Dafür kann man jetzt Hochrechnungsresultate prozentgenau nachlesen.

Um den Autor vor seinem brisanten Stoff zu schützen, ließ er sich allerlei einfallen: Der Held ist geil und depressiv und hört auf den Namen »Friedrich Redder« (im Verlagsprospekt heißt er noch »Erhart Röder«), eine Sozidame auf »Marieluise Dojanivic-Feul«, und ein Ex-Landesvater heißt »Anselmus Grau«. Brandt hingegen heißt »Brandt«, Schmidt »Schmidt« und Strauß »Strauß«. Und sie alle quälen sich durch ein Buch, an dessen Anfang es heißt: »Sonderlich bunt und aufregend verspricht die Geschichte des Friedrich Redder weiß Gott nicht weiterzugehen.«

Weiß Gott, so ist es.

Konkret 12/98, S. 62

Hermann L. Gremliza

Bei uns in Amerika

Zu Michael Scharangs Roman von der Geburt des kleinbürgerlichen Zeitalters in New York

»Da ich infolge einer angeborenen Unzulänglichkeit Romane nicht zu Ende lesen kann, indem ich ... schon beim geringsten Versuch, mir zu erzählen, daß Walter beim Betreten des Vorzimmers auf die Uhr sah, was mich so wenig angeht wie alles, was weiter geschah, in tiefen, traumlosen Schlaf verfalle«, schreibt Kraus, bin ich, sagt sein Leser, bei Grass nie über ein Kapitel, bei King nicht über eine Seite hinausgekommen und lese seit Wochen *Das jüngste Gericht des Michelangelo Spatz.*

»Meinungen, Richtungen, Weltanschauungen - es kommt doch zuletzt und zuerst auf nichts anderes an als auf den Satz. Die ihn nicht können, fangen beim Lebensinhalt an, welchen sie infolgedessen nicht haben und welcher da ist, wenn der Satz gelingt ... Es scheint mir überhaupt keine andere Wortkunst zu geben als die des Satzes, während der Roman nicht beim Satz, sondern beim Stoff beginnt«, schreibt Kraus. Scharangs Ich-Erzähler notiert, »der Satz sei die größtmögliche literarische Form. Formen wie Erzählung, Roman, Essay würden Sprache und Gedanken strangulieren«, jedenfalls spreche vieles dafür und vieles dagegen.

Dagegen spricht *Das jüngste Gericht des Michelangelo Spatz,* das ein Roman ist (über einen Wiener, der nach New York kommt, um dort ein Werk über die Hauptstadt des 20. Jahrhunderts zu schreiben), ein gutes Dutzend Erzählungen (von einem Schwarzen, der seine Nichte verspeist, von Frau Heidenreich, die nicht sterben kann, von einem Geigenvirtuosen, dem es nie gelang, einen Blick unter den Kittel der Lehrerin zu werfen, von dem Mann, der weinend in einem Einkaufswagen sitzt, vom Bruder des Nachbarn, der Leichen in Duschvorhängen transportiert) und hundert kleine Essays über Sprache, Kultur, Wissenschaft, Musik, Architektur, Malerei.

Dafür, daß der Satz die größtmögliche literarische Form ist, sprechen die Sätze, in denen das geschieht, die Sprache, die Scharang (sich) lehrt, von der er sich belehren und führen läßt, »darauf vertrauend, daß ihm (dem Satz) schon das Wahre über die Menschheit, über ihre Kriege und Revolutionen, über ihre Christen und Juden, einfallen wird«, wie der Mann schrieb, dessen Vornamen, Scharangs Roman zufolge, die Wiener Kirche, in der er sich taufen ließ, berechtigt, Karlskirche zu heißen, und dessen Gedanken Rosa Pallavicini, Michelangelo Spatzens Mutter, referiert: »Sprache zu schreiben und nicht mit der Sprache über etwas zu schreiben, Farbe zu malen und nicht mit Farbe etwas zu malen.« (Bei Kraus: »Nichts verstehen die Menschen weniger, über nichts staunen sie mehr, als daß der Schriftsteller es mit dem Wort, der Maler es mit der Farbe zu schaffen haben möchte; daß sie Erlebnisse haben möchten, die nicht das geringste mit dem eigentlichen Gegenstand zu schaffen haben, also mit einer Gerichtsverhandlung oder mit einer Madonna.«)

Das jüngste Gericht des Michelangelo Spatz ist also ein Schlüsselroman. Keiner von der Sorte freilich, die den Leser wie Rowohlts Spitzentitel in diesem Herbst durch ein Loch blicken läßt, hinter welchem der Chefredakteur des Magazins die Freundin des Verlegers vögelt, sondern einer, der ihm die Tür zu einer Welt öffnet, in der die Kunst wohnt und die Philosophie: Goethe, Schubert, Adorno, Benjamin, Schönberg, Gerstl, Musil, Kraus. Der Komponist Michelangelo Spatz verdankt den Vornamen seiner italienischen Mutter Rosa Pallavicini, der kritische Theoretiker, dessen Gedanken er weiterdenkt und dichtet, war ebenfalls Komponist und hat dem Spatz-Anteil seines Namens, dem Wiesengrund, den Mädchennamen seiner Mutter angehängt: Adorno. Dessen Wort von der »bürgerlichen Kunst, die sich als Reich der Freiheit im Gegensatz zur materiellen Praxis hypostasierte« und der Sache des Proletariats, »der richtigen Allgemeinheit«, gerade »durch die Freiheit von den Zwängen der falschen Allgemeinheit die Treue hält«, denkt Michelangelo Spatz nach und bringt ihn in Form: »Die Wissenschaft, die behauptet, nichts im Sinn zu haben, als sich um die Menschheit zu sorgen und ihr zu nützen, neidet der Kunst, daß diese, die zweckfreie, gerade in ihrer Sorg- und Nutzlosigkeit noch eine Idee davon vermittelt, was den Menschen guttut und nützt.«

Das jüngste Gericht des Michelangelo Spatz ist ein Bericht vom Zustand der Welt nach dem Sieg der Konter- über die Oktoberrevolution, den der Ich-Erzähler nur als Ablenkung versteht, welche die Geschichte inszeniert habe, um ungestört ihr eigentliches Werk tun zu können. Das Bürgertum war am Ende, die Revolution, die es erlösen, aufheben sollte, fiel aus. Statt dessen beginnt das kleinbürgerliche Zeitalter. Im Kleinbürgertum muß das Bürgertum »seinen höchsten Ausdruck« finden, »danach erst kann der Bürger die Welt von sich erlösen«. Die neue Epoche, die kleinbürgerliche, wurde in diesen Jahren, sagt Michelangelo Spatz, in New York geboren. Er habe, sagt Scharangs anderes Ich, das des Erzählers, »darüber anders gedacht, als die Welt anders war«. Jetzt denkt er, daß Amerika es schon wieder besser hat und macht als unser Kontinent, der (Goethe: das) alte, und hofft, daß das amerikanische Beispiel, »der Kapitalismus, mitsamt seiner rüden Zivilisation, Österreich überhaupt erfaßt. Das Problem in Österreich, aber auch in Deutschland, ist: Der Kapitalismus steht dort auf gestrigen Beinen und wackelt mörderisch durch die Gegend. Wo doch der Kapitalismus als Form des Wirtschaftens schon mörderisch genug ist. Wenn ihm auch noch der Giftmüll abendländischer Tradition als Fundament

dient, ist die nächste Explosion nicht fern. Vielleicht taugt die Europäische Union als Feuerwehr ... Barbarei entsteht dort, wo das jeweils neueste Unrecht mit der jeweils ältesten Lüge gerechtfertigt wird.«

Worin sich das kleinbürgerliche Zeitalter vom bürgerlichen unterscheidet? Spatz und der Ich-Erzähler unternehmen mehrere Anläufe, es zu erklären. Einer geht so: Unmenschlichkeit, sagt Spatz, sei das Verhalten von Menschen in unmenschlichen Bedingungen und darum nur durch bessere wirtschaftliche Bedingungen zu beseitigen -»wo man einander gestern geschlachtet hat, treibt man heute Handel, zumindest Schwarzhandel«. »Wäre es nur so«, wirft der Erzähler ein. Es ist, sagt Spatz, so: »Früher war der Bürger daran interessiert, daß *sein* Geschäft floriert, heute will er, daß die ganze Welt floriert, nein, daß die ganze Welt als sein Geschäft floriert, betriebswirtschaftlich gut organisiert und sozial gerade noch erträglich.« Es läge nahe, das kleinbürgerliche Zeitalter als das sozialdemokratische zu verstehen, hätte seine Geburt nicht in New York stattgefunden und wäre die Sozialdemokratie ihrem sozialen Beruf treu geblieben, anstatt als nationaler Kulturverein ihr Heil und Sieg zu suchen.

Im Kampf gegen die Barbarei, gegen die Lüge, kurzum: die Kultur, die einmal ein Kampf des Proletariats sein sollte, steht im kleinbürgerlichen Zeitalter die Kunst an der Seite der Zivilisation. Die Barbarei, die Lüge ist die Wiederholung, das Immergleiche. »Ich hasse sie in der Kunst ... In der Kunst bedeutet Wiederholung Tod«, sagt Spatz. In der Musik ist es der Rhythmus, der »heutzutage ein Fluch (ist), wenn er nicht immer schon ein Fluch war ... Nicht von ungefähr geht die Rede von Menschen, die den Rhythmus im Blut haben. So ist es auch. Das Trostloseste im Menschen, das Immergleiche, sucht Trost im immergleichen Rhythmus der Musik. Der Arbeitstakt, in dem die Leute tagsüber keuchen, wird um den Freizeittakt, in dem sie feierabends schnaufen, zu einem Lebensrhythmus erweitert, der die Menschen nicht zur Besinnung kommen läßt.«

»Von den Wissenschaften«, sagt Spatz, »erhofft die Gesellschaft sich Nutzen, von uns weiß sie sich von vornherein geschädigt. Die Gesellschaft, sagte Spatz, will sich, wie der einzelne auch, bestätigt sehen und nicht dargestellt.« Man sieht: Der Spatz in der Hand erspart den Sloeterdijk.

Und Scharang schädigt nach Kräften. Die Schönheiten des Fremdenverkehrsgebiets? Die Pallavicini haßt den Schönberg dafür, daß er den Maler Gerstl in eine Gegend eingeladen hat, »wo die Berge mit einem dunkelgrünen Ausschlag überzogen sind, der Fichtenwald heißt, und wo das Wasser zwischen den Bergen zu spiegelnden Blechplatten erstarrt ist, die man Seen nennt. Ich war dort, freiwillig werde ich nicht wieder dorthin fahren.« Die Schönheit der Natur geht auf, wenn die Sonne im Widerschein der Fassaden von Manhattan untergeht. Die Schönheit der Volkskunst? »Die berühmte irische Volksmusik, auf die er so stolz war, (ist) unter all den dämlichen Volksmusiken die dämlichste«. Die Kultur der Alten Welt? »Wo doch der Cheesecake der Neuen Welt alles in den Schatten stellt, was das Abendland an Topfentorte je hervorgebracht hat.«

Scharang ist keiner der linken Kulturpessimisten, denen die Kapitulation der Sowjetunion die Weltanschauung verhagelt hat. Er ist Kunstoptimist und verteidigt mit ihr, der Kunst, die Zivilisation, an allen Ecken, auch an der eines Parks, an der er einen spanischen Berufsschachspieler Goethe rühmen läßt: Der sei »unbefangen klug« gewesen, denn »er konnte den Menschen ohne einen anderen Hintergedanken als den, sie könnten es brauchen, zu etwas raten«, und einer seiner Ratschläge habe gelautet: »Als Zeitvertreib ist Schach zu anstrengend, als Wissenschaft zu langweilig.« (Daß Goethe, ohne Zugang zum Internet, schon wußte, warum Schach einmal ein Lieblingsthema von »Spiegel«-Redakteuren sein würde!) Der Kulturpessimist aber wird als die Betriebsnudel vorgeführt, die er ist - zum Beispiel in Person des Chefredakteurs der Zeitschrift »Texts«: »Seine Artikel bestehen nur mehr aus der jämmerlichen Propaganda, daß alles, einschließlich New Yorks, untergehe. Das macht ihn, der früher ein unbekannter Kant-Forscher gewesen ist, bekannt und beliebt.« Kurz gesagt.

Auf nach Amerika, erschienen 1992, Scharangs vorletzter Roman, war das Programm, auf dem stand, wofür schon Kraus sich bei der Menschheit jenseits des Atlantiks entschuldigt hat, als sie Besuch vom Wiener Männergesangsverein erhielt. Sechs Jahre danach ist Scharang angekommen, bei sich in New York. »Man muß in der Tat weg von zu Hause, dachte ich, damit man zu sich kommt. Im eigenen Land befaßt man sich, wenn man nicht stumpfen Sinnes ist, mit den Verhältnissen dieses Landes, die, weil man sie aus leidvoller Erfahrung kennt, übermächtig auf einem lasten. Sie sind erträglich nur dadurch, daß man bei dem trostlosen Gedanken Zuflucht sucht, diese Verhältnisse, weil sie verändert werden sollten, zwar verändern zu wollen, aber nicht verändern zu können. Oder man stumpft ab, verkümmert zu einem toten Bestandteil der Verhältnisse und wird allen unerträglich, die sich noch nicht aufgegeben haben.«

Michael Scharang: *Das jüngste Gericht des Michelangelo Spatz.* Rowohlt, Reinbek 1998, 414 Seiten, 42 Mark

Konkret 12/98, S. 64

Erwin Riess

Zum Antisemitismus kein Talent?

Der Judenhaß des deutschen Bildungsbürgertums hat auch vor seinen prominentesten Vertretern nicht halt gemacht. Eine neue Studie beschreibt den Antisemitismus im Frühwerk der Brüder Heinrich und Thomas Mann

Zum Antisemitismus fehle ihm das Talent, schrieb 1894 der junge Heinrich Mann; seiner Meinung nach seien Antisemiten ordinäre Fanatiker; ein Mann des Wortes dürfe sich mit solchen Leuten nicht gemein machen. Ein Jahr später übernahm Heinrich Mann die Herausgeberschaft der antisemitischen Zeitschrift »Das 20. Jahrhundert«, für die er bis März 1896 arbeitete. Die Zeitschrift, die im Verlag der »Neuen Deutschen Zeitung«, der Tageszeitung der »Deutschen Sozialen Antisemitischen Partei«, erschien, vertrat die Vorstellungen des protestantischen Mittelstandes, der sich sowohl von der »goldenen« als auch der »roten Internationale« bedrängt fühlte und die Juden, die an beiden Anteil hatten, als Sündenböcke ausstellte. Heinrich Mann machte sich mit großem Elan an die Arbeit, er publizierte in seiner Zeitschrift eine Reihe von Aufsätzen und Essays, unter anderem einen offen antisemitischen Text mit dem Titel »Jüdischen Glaubens«, der alle Register des Judenhasses zog. Schon im Essay »Reaktion«, seiner ersten Arbeit für die Zeitschrift, hatte er den Parlamentarismus im Verein mit der Börse und der städtischen Presse für den Niedergang des Deutschen Reiches verantwortlich gemacht; in der Dreieinigkeit der Judenherrschaft vermeinte er das Übel zu erkennen, an dem Deutschland krankte.

Hat Heinrich Mann untertrieben, als er behauptete, zum Antisemitismus kein Talent zu besitzen?

Nein, behauptet Rolf Thiede in seiner Studie *Stereotypen vom Juden* über die Frühschriften der Mann-Brüder; der Antisemitismus in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sei gleichsam eine zweite Haut gewesen, in die das deutsche Bildungsbürgertum hineinwuchs, und die Bruchlinie verlief nicht zwischen Antisemiten und Liberalen, sondern zwischen einem rabaukenhaften Antisemitismus, für den Berlin und ganz besonders Wien bekannt waren, und seiner durchgeistigten, intellektuellen Spielart. Letztere galt als fortschrittlich, der rabiate Judenhaß aber war den Feingeistern eine kulturelle Verfehlung. Ende des neunzehnten Jahrhunderts war das Rassedenken als Selbstbehauptung des bürgerlichen Individuums, das sich im Konkurrenzkampf unterlegen wähnte und sich daher im barbarischen Kollektiv zu organisieren begann, allgemein, und die assimilationswilligen Juden drängten in eine liberale Gesellschaft, die nur mehr in ihrer Vorstellung, nicht aber in der Wirklichkeit existierte. Die harmonische Gesellschaft, der sie sich zuwandten, hatte sich bereits zur Volksgemeinschaft aufgemacht.

Geblendet vom rassistischen französischen Philosophen Paul Bourget und von dessen antisemitischem programmatischen Roman *Kosmopolis,* streifte sich Heinrich Mann den Habit des intellektuellen Antisemiten über: Die Juden seien Agenten der Zirkulation, saugten die ehrlich arbeitenden Deutschen aus, seien unstet und verschlagen, zerstörten die reine Kunst des deutschen Wesens durch giftiges Kritikastertum und was derlei Unsinn mehr ist. Im Gedichtentwurf »Auf der Puppenbrücke« zeigt Heinrich Mann, welch gelehriger Schüler des Zeitgeistes er war: *Vor der Börse seh ich wandeln /Juden beider Confession; / Schachern, als ob es sich handeln / Thät' um Salomonis Thron. / Schachern, lärmen - preisen, loben / Ihrer Ware große Güt, / Mauscheln, fluchen, keifen, toben / Um verlorenen Credit. ... Das Land ist platt, und platt ist diese Stadt, / Und auch die Menschen sind gemein und platt. /Die Tempel sanken, und es sank das Hehre, /Der Gott der Juden herrscht, der Ordinäre.*

Rolf Thiedes Studie befaßt sich überwiegend mit Heinrich Mann, dessen Antisemitismus fünfzehn Jahre lang eine ideologische Konstante seiner Arbeit war. Den 1900 erschienenen antisemitischen Roman *Im Schlaraffenland* charakterisiert Thiede als das erste bedeutsame Werk der deutschen Moderne.

Auch Thomas Mann nahm sich der »Judenfrage«, die in Wirklichkeit immer eine der Deutschen war, an. Auch er veröffentlichte in der Zeitschrift »Das 20. Jahrhundert«, aber im Gegensatz zu seinem älteren Bruder sind seine Beiträge weniger aggressiv. Noch in den 1901 erschienenen *Buddenbrooks* finden sich antisemitische Dispositionen; die Familiensaga kann auch als Roman über Aufstieg und Assimilation eines jüdischen Bourgeois gelesen werden. Der Geschichte des alteingesessenen Lübecker Handelshauses und Patriziergeschlechts steht der Erfolg der Exportfirma Hagenström gegenüber, und am Ende ziehen die siegreichen Hagenströms in die Villa der Buddenbrooks ein. Der Manchesterliberalismus hatte sich gegenüber seinem ständischen Vorgänger durchgesetzt.

Wie in seiner Novelle »Wälsungenblut« definiert Thomas Mann die Juden über ihre Namen. Der Name »Hagenström« scheint zwar auf den ersten Blick nordisch; Thiede weist allerdings darauf hin, daß »ström« auf das Fließende, Unstete, Unverwurzelte, Invasive verweist, daß sich in der Nachsilbe »ström« somit eine Vielzahl von Vorstellungen bündelt, die von der antisemitischen Rhetorik den Juden zugeschrieben wurden. Der Namensteil »Hagen« funktioniert nach dem gleichen Muster: Hagen erscheint, aus dem Nibelungenlied bekannt, als arischer Held und treuer Vasall seiner Herrin Brunhilde, der den Ehrverlust seiner Herrin dadurch rächt, daß er den Ehrverletzer beseitigt. Mit dem Aufkommen des völkischen Denkens im frühen neunzehnten Jahrhundert verschob sich aber die Einschätzung der Hagen-Figur: In der

Setzung von Eigen- und Fremdgruppe wurde Hagen zur Verkörperung all jener finsteren Eigenschaften, die dem hellen Deutschtum entgegenstanden. Parallel dazu avancierte Siegfried von einem Fürsten, der die allgemeine Rechtsordnung verletzt hatte, zum Inbegriff des germanischen Menschen schlechthin. Richard Wagners Ringzyklus verbreitete dieses Bild; der Lichtgestalt Siegfried wird der Finsterling Hagen gegenübergestellt, Abkömmling eines Zwergs, der Gold rafft und vor Verschlagenheit trieft. Adorno sah in Wagners Alberich die Karikatur eines Juden verwirklicht, Alberichs Sohn ist nun Träger von dessen Erbgut, die Aneignung des Schatzes und das Hinmeucheln des Germanenfürsten stehen stellvertretend für den Versuch der Juden, die Weltherrschaft anzutreten.

In der Rassentheorie des späten neunzehnten Jahrhunderts sind Namen Markierungspunkte für die Zugehörigkeit der Bezeichneten. Thomas Mann, der einmal bekannte, daß die wagnerischen und nordischen Wirkungsmittel in ihm Instinkt geworden seien, versteht es, ohne die Hagenströms explizit als Juden anzusprechen, diese doch hinlänglich über ihre Namen -eine Tochter der Hagenströms heißt Sara - zu exponieren.

»Sicher ist jedenfalls, daß ein Volk, dessen geistige Fähigkeiten sich jahrhundertelang einzig mit rabbinischen Spitzfindigkeiten abgegeben haben, nichts, aber auch nichts von dem gewissen inneren Sinn aufzuweisen haben kann, der allein das Verständnis einer germanischen Schöpfung ermöglicht«, dekretiert Heinrich Mann 1895. Zehn Jahre später, nach einem ausgedehnten Italien-Aufenthalt, gerät dieses Weltbild ins Wanken. Die Deutschtümler widern ihn an, das Fremde erscheint ihm zunehmend als geistige Produktivkraft. Die »seelischen Induktionsströme« (Adorno), die dazu führen, daß ein Jude von jener Gesellschaft, die sich zur Volksgemeinschaft aufgemacht hat, so zugerichtet wird, bis er ihrem Zerrbild vom Juden gleicht, beginnen bei ihm zu versiegen. Doch in jenen, die sich »jahrhundertelang mit rabbinischen Spitzfindigkeiten« abgaben, wirkt ein vorzeitlicher Impetus weiter: Die Juden waren die ersten Bürger, als erste hatten sie vom Baum der Erkenntnis gegessen und in ihrer Religion die Erinnerung daran aufbewahrt, indem sie das Naturhafte nicht ausrotteten, sondern in die Sphäre des reinen Rituals verwiesen und daher, aller Symbole ledig, den Rückfall in die Mythologie verhinderten. Diese ersten Bürger galt es in der Folge zu verdrängen. Die Mann-Brüder haben ihren Teil dazu geleistet.

Rolf Thiede: *Stereotypen vom Juden. Die frühen Schriften von Heinrich und Thomas Mann. Zum antisemitischen Diskurs der Moderne und dem Versuch seiner Überwindung.* Metropol Verlag, Berlin 1998, 224 Seiten, 38 Mark

Konkret 12/98, S. 66

Rayk Wieland

Denken müssen nicht wollen

Ernst Jandls gesammelte Werke liegen vor Eine Synopse

1.

Poesie kommt, wie wir wissen, historisch aus Beschwörungsformeln, die, eingebunden in rituelle und religiöse Handlungen, zentraler Teil des einstigen Gemeinschaftslebens waren. Der Poet und Sänger war zugleich Prophet und Richter, Heilkundiger, Geschichtsschreiber; er übermittelte Arbeitslieder, Sprüche, Genealogien, Legenden, Gesetze, Lob- und Spottgesänge, religiöse und stammesgeschichtliche Mythen. Resultat einer frühen Arbeitsteilung, war er Mittler, Angestellter im Mediengewerbe. Er wurde gebraucht. Sprach die Nachrichten, das Wort zum Sonntag, arbeitete als Showmaster und Ratgeber, tanzte, sang, talkte, schauspielerte und vorhersagte das Wetter. Dichtung als eigene Gattung entstand erst, wie Raoul Schrott in seiner aufsehenerregenden Anthologie *Die Erfindung der Poesie. Gedichte aus den ersten viertausend Jahren* (Eichborn, 1997) gezeigt hat, als sie sich von der Religion und den sie begleitenden Ausdrucksformen, Tanz und Musik, emanzipierte.

Emanzipierte wozu und wofür? Und zu welchem Ende? Vermessene Fragen, vielleicht, aber in einer Zeit, in der die Gattung das Ansehen eines alten Ziermöbels hat, auch angemessene.

2.

Vorliegen zehn Bände gesammelte Gedichte von Ernst Jandl, der als bedeutendster deutscher Lyriker der zweiten Jahrhunderthälfte gilt. Er erhielt die meisten und wichtigsten Literaturpreise, seine Auftritte und Lesungen sind überfüllt. Nach Rilke ist er der am häufigsten imitierte und nach Goethe der am meisten zitierte Dichter der Gegenwart. Sein Werk gilt, einzigartig in der deutschen Nachkriegsliteratur, als avantgardistisch und politisch zugleich und folgt im Kein einer antimilitaristischen und antiautoritären Poetik.

Zunächst, vor Erscheinen des berühmten Bandes *Laut und Luise* (1966), von Germanisten und Pädagogen geschmäht und verachtet, die »sich gerade auf die gewagten Metaphern der Ingeborg Bachmann oder die kühnen Montagen Hans Magnus Enzensberger eingestellt hatte(n)« (Karl Riha), ist er seit Anfang der 70er kaum angefochtener Star unter den Lese- und Schulbuchautoren. »Ottos Mops« und »lechts und rinks« kennen inzwischen sogar Deutschlehrer, die ästhetischen Provokationen von einst sind inzwischen quasi Gemeingut, gängig, gefällig. Eins seiner vielleicht bekanntesten, das seinerzeit schockierende Gedicht »wien : heldenplatz« *(Laut und Luise),* das den Sündenfall Österreichs, die begeisterte Bewillkommnung Hitlers ebenda, in animalischer Sprache abbildet, wirkt heute, da die utopischen Theorien über den revolutionären Effekt von Sprachveränderungen abgelegt sind, fast putzig. »wien : heldenplatz // der glanze heldenplatz zirka / versaggerte in maschenhaftem männchenmeere / drunter auch frauen die ans maskelknie / zu heften heftig sich versuchten, hoffensdick. / und brüllzten wesentlich. // verwogener stirnscheitelunterschwang / nach nöten nördlich, kechelte / mit zu-nummernder aufs bluten feilzer stimme / hinsensend sämmertliche eigenwäscher. // pirsch! / döppelte der gottelbock von Sa-Atz zu Sa-Atz / mit hünig sprenkem stimmstummel. / balzerig würmelte es im männechensee / und den weibern ward so pfingstig ums heil / zumahn: wenn ein knie-ender sie hirschelte.«

Jandl begann mit traditionellen, realistischen Gedichten. *Andere Augen* (1956, erster Band der Edition) wies indes schon den Weg, von dem Jandl auch später nicht abwich: »Zeichen // Zerbrochen sind die harmonischen Krüge, / die Teller mit dem Griechengesicht, die vergoldeten Köpfe der Klassiker - aber der Ton und das Wasser drehen sich weiter / in den Hütten der Töpferm Anschlossen sich experimentelle, visuelle Laut-, Lippengedichte, *Laut und Luise, Sprechblasen* (1968), *Der künstliche Baum* (1970), in *dingfest* (1973) vollzog sich eine Art Rückbesinnung auf frühere Arbeiten und schließlich die erneute Hinwendung zu Aktionsgedichten. Ähnliche Volten folgten in einem disparaten, bis heute erst halbwegs erkundetem Oeuvre, u. a. in dem Band *die bearbeitung der mütze* (1978) Experimente mit antigrammatischer, »heruntergekommener sprache« (Jandl). Motto dieses Bandes: »kann der kopf nicht weiter bearbeitet werden, dann immer noch die mütze.« Ein Resultat des Mützenschaffens, das Gedicht »franz hochedlinger-gasse«, erweist ex negativo und mit Leichtigkeit, welche Beschränkungen fallen, wenn die literarisierte Hochsprache fällt, herunterkommt: »wo gehen ich / liegen spucken / wursten von hunden / saufenkotz // ich denken müssen / in mund nehmen / aufschlecken schlucken / denken müssen nicht wollen«. Wer mag, kann die Zeilen in Normalsprache übersetzen und ermessen, wie dürftig und schal Vorgang und Pointierung nun wirken. Auch der Schluß »denken müssen nicht wollen« wäre ein anderer: Verbürgt er bei Jandl die listige Auflösung des Dilemmas, konstatierte die bereinigte Version lediglich etwas wie Koprophilie.

Die letzten drei Bände gehen über die *Gesammelten Werke* (damals in drei Bänden) von 1985 hinaus und enthalten Bücher von Beginn der achtziger Jahre bis 1996, außerdem die beiden Theaterstücke »die humanisten« (1976) und »Aus der Fremde« (1978). Heraus ragen die »stanzen«, vierzeilige, auf die Bauernweise des »Gschdanzels« oder, bayerisch,

»Schnadahüpfels« zurückgehende Verse, aufgeschrieben im niederösterreichischen Seinmerling-Dialekt. Sie entfalten alltägliche Themen, Klagen über Alter und Altersbeschwerden, Physiologisches, Zwischenmenschliches: »de zwischnmenschlichn probläme / hed maroll längst gläsd / wonnad ima zwischn uns do / a so füü hindanis wean gwest«. Ein Glossar ist beigefügt.

Insgesamt, wiewohl in dieser Pauschalität zweifelhaft, ist festzuhalten, daß sich im Spätwerk, wie Jandl selbst anmerkt, »eine thematische Verdüsterung und eine Steigerung verbaler Aggressivität zu erkennen gibt, die vom Leben seines Autors vermutlich nicht zu trennen ist. Er wird eben älter.« Macht Wahlwerbung für die SPÖ: »du schönes wien, auf zilk gebaut! / wien ist, wo das zilk weidet. / jedem wiener sein zilk! / das zilk blickt tief ins wiener herz. / tief blickt das zilk ins wiener herz« *(Idyllen,* 1989). Und Honda macht, zwei Autos lechts und rinks, Reklame mit dem mittlerweile immens populären und in Umgangs- und Werbesprache ragenden Dichter.

Während Jandl in den 50er Jahren, vor dem Durchbruch mit Lautgedichten, aufbrachte, daß statt der seinen die Lyrik von Kollegen, die als »Untermieter des Publikums ... mit diesem in Eintracht« lebten, »mit Preisen belohnt (werde), weil sie auf Bedrohung des Gewohnten verzichtet«, zieht er nun seinerseits, mit Preisen und Ehrungen überhäuft, von Publikum und Fans verwöhnt, Kritik auf sich, und, nicht zu Unrecht, aus denselben Gründen. In »Gegenwart« (1.4.97), der »Kulturzeitschrift für Österreich und Umgebung«, moniert etwa Martin Betz, »daß die epigrammatische Einfachbauweise ... vollkommen dominant blieb - nicht im gesamten Schaffen Jandls, aber als sein Markenzeichen ... Weiterhin bastelt Jandl an seinen vierzigjährig bewährten, luftgekühlten Swatch-Gedichten: Die immer kräftig und simpel ticken und jedesmal anders ausschauen.«

In der Tat befinden sich in zehn Bänden Lebenswerk etliche Texte, deren Buchstabengewürfel, Lautgedrechsel, visuelle Pfiffigkeit und serielle Wortstellwerkelei manieriert wirken und ärgerlich sind. »Indes ist«, Rainer Kirsch zufolge, »daß er auch Minderes gemacht hat, kein Einwand gegen einen Dichter, sofern von ihm Bedeutendes vorliegt; anders müßte man auch Goethe, der öfter, nicht nur in den Geburtstagsgedichten, stehen ließ, was ihm eben einkam, oberflächlich nennen. Wem schon gelingen mehr als dreißig Gedichte? Schon zehn sind viel.«

3.

Sich anheischig machen, zehn Bände Gedichte, 1.857 (!) Einzeltexte, zu rezensieren, ist grober Unfug. Zumal von Jandl Gedichte existieren, die ihrerseits eine mehrbändige Interpretation verdienten. Eines der schönsten und weniger populären, schaurigen und schwer hintersinnigen Gedichte Jandls entstammt dem Band *der gelbe hund* (1979) und verdient breitere Bekanntmachung, es heißt »der fisch«: »der holde fisch, den ich / in mein triefendes maul stopfe, sein flinkes / wasserspiel hatte den angler so aufgereizt / daß er die angel ihm in sein argloses maul rannte / und ihn hoch in die luft riß, den in todesnot zappelnden / ihn zu boden schmiß und mit einem steinhieb ihm / die stirn zerschlug. die besudelte köchin / schlitzte den silberbauch des getöteten, riß / seine eingeweide heraus und schmiß ihn ins siedende fett in der pfanne; spuckte während er briet, auf den schmierigen teller / wischte ihn an der blutigen schürze und schmiß den endlich freßreifen fischkadaver darauf, gab der kellnerin als signal einen tritt in den arsch / die den teller nun packte und dem lechzenden vielfraß / mir, dem geheiligten gast, vors triefende maul / auf die tischplatte donnerte. komm! / rief mit ausgebreiteten armen ich, herr jesus! / sei unser gast und segne was du / uns bescheret hast, wie die vermoderte / mutter es mich todgeweihten gelehrt hatte.«

Was sagt uns der Satz »Der Mensch ist ein Vieh«?: wenig; was »Das Leben ist grausam«?: wenig mehr - wer weiß schon, in welcher Katastrophe er sich gerade befindet? Rilke hat, in dem bekannten »Schlusz-Stück« im *Buch der Bilder* (1906) das Problem in einen Sechszeiler gesteckt, der geht: »Der Tod ist groß. / Wir sind die Seinen / lachenden Munds. / Wenn wir uns mitten im Leben meinen, / wagt er zu weinen / mitten in uns.« Das klingt schön und erhaben, nur verbleibt die Durchführung ganz im sentimental Ahnungsvollen. Jandl, der selber nicht selten zum Sentimentalen neigt und dem gleichwohl wie kaum einem Dichter nichts so sehr verhaßt ist wie dies, scheut, den Leser zu betreffen, nicht vor einem groben Realismus zurück, der, auch als Metapher gelesen, für Mensch oder Tier kein Mitleiden mehr für möglich hält.

Überhaupt führt Jandl, wie es scheint, öfter offene und versteckte Zwiesprache mit ausgerechnet Rilke, verspottet ihn in *die bearbeitung der mütze* in einem eigenen Zyklus, »der gewöhnliche rilke« benamt, orientiert sich aber ansonsten durchaus an den Arbeiten des ominösen Kollegen. Im *Stundenbuch (1903)* schreibt dieser: »Lösch mir die Augen aus: ich kann dich sehn, / wirf mir die Ohren zu: ich kann dich hören, / und ohne Füße kann ich zu dir gehn / und ohne Mund noch kann ich dich beschwören. / Brich mir die Arme ab, ich fasse dich / mit meinem Herzen wie mit einer Hand, / halt mir das Herz zu und mein Hirn wird schlagen, / und wirfst du in mein Hirn den Brand, / so werd ich dich auf meinem Blute tragen.«

Jandl nimmt, in *dingfest (1973),* die Vorlage an und, in dem Gedicht »was sie dir tun können«, so auf- »was können sie dir tun? / dir die zunge ausreißen. / ein besonderer redner warst du nie. / dir die augen ausstechen. / hast du nicht genug gesehen? / dich deiner mannbarkeit berauben. / viel hast du als mann nicht gegolten. / deine finger abtragen. / du solltest

ohnehin nicht in der nase bohren. / dir die füße abhacken. / in deinem alter wird man seßhaft. / dich bis zum irrsinn foltern. / für verrückt wurdest du schon längst gehalten.«

Vorstellt das eine ein religiös gestimmtes Liebesgedicht, in dem ein imaginärer Masochismus exekutiert wird, predigt das spätere scheinbar Gleichmut gegenüber Folter, indem es eine Immunität andeutet, die freilich nicht näher benannt wird. Gemeinsam ist beiden Gedichten offenbar der Glaube an eine Art unzerstörbare Seele. Doch die Beschwichtigungen bei Jandl sind keine. Die weitere Lektüre seines Stücks erweist, daß nach der grausamen Prozedur selbst von dem wenigen, was einen auszeichnet, nichts bliebe. Was sie einem (an)tun können, ist, unabhängig davon, was einer für ein Selbstbewußtsein hat, alles. Rilkes allesüberwindender Liebe stellt Jandl die Fatalität eines erbärmlichen Lebens gegenüber, dessen Bedeutungslosigkeit es nicht davor bewahrt, ausgelöscht zu werden.

Für wen aber, wenn Rilke für das späte Bürgertum dichtete, dichtet Jandl?

4.

Was, lautete die Eingangsfrage, tut Dichtung, nachdem sie von der gesellschaftlich nötigen Verständigung sich emanzipiert hat? Wer heute Auskünfte braucht, worüber auch immer, Unterhaltung wünscht oder Gesang, wer Hilfe oder Rat sucht, fragt keine Dichter, sondern Leute, die sich auskennen. Noch vor ca. 40 Jahren versuchten Poeten, Sprecher ihrer Generation oder ihres Zeitalters zu sein, Lebenserfahrung exemplarisch zu machen, Sätze aufzusagen, die gelten. Das ist heute völlig abgetan. Den Bruch markiert vielleicht Jandl, der Dichtung als jedem freistehende und für alles frei seiende Privatmarotte etablierte. Politisch war er nie im Sinne einer Parteinahme für irgendwas und irgendwen, sondern immer bloß insofern, als er das Recht für jeden einforderte, sich seinen Vers auf die Welt zu machen.

Wenn Rilke spätes Bürgertum, ist Jandl womöglich noch späteres, keine Idealisierungen mehr ertragendes Kleinbürgertum: der nur auf sich und wenige Habseligkeiten gestellte Menschenschlag. Mit der Akzentuierung des Sprechaktes und Lauthaften sowie der Aufhebung aller möglichen Sprechweisen in seinen Gedichten scheint Jandl die eingangs skizzierte Emanzipationsleistung der Kunst noch einmal überbieten zu wollen. Moderner Priester und Hordenclown zugleich, sind seine Texte im Grunde wiederum Beschwörungen von Kommunikationsritualen und zugleich deren monologische Abbreviatur. Erst mit ihm, ließe sich sagen, ist die Regelpoetik im deutschen Sprachraum zu ihrem Abschluß gekommen. Die Inventur des Ich- bzw. Weltzustands unter Berücksichtigung des persönlichen bzw. gesellschaftlichen Solls geht aber weiter.

Ernst Jandl: *Poetische Werke in zehn Bänden.* Luchterhand, München 1997, 2.300 Seiten, 198 Mark

Konkret 12/98, S. 68

Armin Schreiber

Ikonen ohne Gesicht

»Chagall, Kandinsky, Malewitsch und die russische Avantgarde« in der Hamburger Kunsthalle

»Wir müssen die Gegenwart vergessen. Wir müssen alles aufs neue gestalten.« - »Wir suchen andere Werte, eine andere Inspiration, eine andere Kunst ... « - »Wir schlagen vor, die Malerei von ihrer Unterwerfung unter die vorgefertigten Formen der Wirklichkeit zu befreien und sie in erster Linie zu einer schöpferischen, nicht reproduktiven Kunst zu machen.« - »Wir bahnen einer nie dagewesenen Erneuerung der russischen Malerei den Weg ... «: Plural ist angesagt, Künstlergruppen sind en vogue. Sie nennen sich »Bund der Jugend«, »Dasein«, »Ost« und »Hitze-Farbe«. »Zielscheibe«, »Kranz« und »Eselsschwanz« betiteln sie ihre Furore machenden Ausstellungen. Mit bemalten Gesichtern laufen Natalija Gontscharowa und die »Karo-Buben« durch die Straßen Moskaus, um dem echauffierten Publikum die Verschmelzung von Kunst und Leben anzuzeigen. Voller Vertrauen noch in die Wirksamkeit derartiger Großgesten treten Malewitsch und seine Zunftgenossen auf. in gelber Weste, Kochlöffel im Knopfloch und Sofakissen am Halsband. Die Banalität des kleinbürgerlichen Alltags wollen sie karikieren, dem öffentlichen Geschmack - so ein Augenzeuge - eine »Ohrfeige« verabreichen.

Bei dieser einen bleibt es nicht. 1913, anläßlich der Aufführung der ersten futuristischen Oper »Sieg über die Sonne« von Matjuschin in St. Petersburg - besungen und besprochen wird das »Ende der tradierten künstlerischen Ästhetik« - artikuliert man die Provokation direkter. Das Publikum reagiert prompt. Nicht wegen Malewitschs Bühnenbild aus großflächigen geometrischen Formen und Maschinenteilen, nicht wegen der von ihm aus Draht und Karton kubistisch konstruierten »laufenden Maschinen«. Erst als einer der Schauspieler, wie ein Roboter sprechend, den Illusionismus der naturalistischen Malerei einen angenagten Eselsschädel mit vier Beinen nennt und dabei auf die Besucher weist, entsteht wüster Tumult. Der Kommentar des Librettisten ist überliefert: »Welch ein Erfolg. Welch großartiger Erfolg!«

Von diesem Triumph abgesehen - mitverantwortlich immerhin ist er für die Etablierung des Krawalls als Indikator für progressive Kunst - kündigt die Inszenierung via Bühnenbild das Auftauchen eines der legendären Bilder der klassischen Moderne an: das »Schwarze Quadrat«, ein Gemälde, das Malewitsch zwei Jahre später, auf der »Letzten futuristischen Ausstellung 0,10« erstmals präsentiert und demonstrativ oben rechts in die Ecke des Ausstellungsraumes postiert, dorthin, wo in russischen Häusern gewöhnlich die Ikone hängt!

Eine weitere Ohrfeige oder tatsächlich Reverenz gegenüber der Hebamme des Suprematismus? Das Umfeld auf jeden Fall - Sympathisanten wie Gegner - begreift sofort. Während Gorki in solchen Bekundungen einen »abscheulichen Verrat an der Sache des Fortschritts« sieht, die er als »mystischen Anarchismus« abfackelt, sind sie für Malewitsch und seine Mitstreiter präziser Ausdruck ihres künstlerischen Fundaments: Definitiv Neues kann nur im Rückgriff auf Traditionelles, genauer, auf traditionell Russisches entstehen!

Neu indessen ist die Idee - und das erklärt Gorkis Blitzreaktion - zu diesem Zeitpunkt nicht. Im Grunde markiert Malewitschs Manifestation bereits den Höhepunkt einer Entwicklung bzw. Kontroverse, die zeitgleich etwa mit der berüchtigten »bataille réaliste« zwischen Re- und Idealisten im 19. Jahrhundert einsetzt und in Rußland zur Wiederbelebung traditioneller Vorstellungen führt. Evoziert wird der Prozeß durch die Aktivitäten der »Wanderer«, einer Malergruppe, die in der Manier französischer Realisten arbeitet und die Ausstellungen in der Provinz organisiert, um Aufklärung, Fortschritt und westlich-moderne Weltsicht aufs Land zu tragen. Einer noch immer den alten Konventionen verhafteten Bevölkerung allerdings, der die westlich orientierte Salon-Kultur der herrschenden Klassen allenfalls vom Hören-Sagen bekannt ist, der die Ikone als Bild schlechthin gilt - und die bietet eben keine Ab-, sondern Gegenbilder der Realität, will nicht erziehen wie die Arbeiten der »Wanderer«, sondern ist Objekt der Verehrung -, können Lehrstücke von betrunkenen Bauern und schuftenden Wolgaschiffern nichts bedeuten.

Einspruch gegen die »Wanderer« erhebt vor allem Dostojewski. Er nimmt dabei insbesondere einen gewissen Tschernyschewski aufs Korn, der die Kreationen russischer Kunst, ihrer Kultur generell, als dumm und illegitim bezeichnet, und dessen Apologie einer offensichtlich mißverstandenen West-Kultur in der These gipfelt, Kunst sei allein noch zu Erziehungszwecken brauchbar und ansonsten gänzlich überflüssig. Für Dostojewski offenbart sich in derartigen Thesen eine »unverzeihliche Dummheit«, und er kontert: »Der Mensch dürstet nach Schönheit! «

Wenn auch solche »fortschrittsfeindlichen« Äußerungen zunächst aus der öffentlichen, von den Akademien dominierten Diskussion noch verbannt sind, entfalten sie doch eine unterschwellige Wirkung. 1899 erscheint Dostojewskis Ausruf in modifizierter Form - »Wir sind eine Generation, die nach Schönheit dürstet« - in der neugegründeten »Welt der Kunst«, und in dem Zusammenhang auch ein Hinweis auf die russische Ikone. Zudem nimmt der Herausgeber Djagilew Bezug auf die von Solowjow verfaßte Kritik des durch Materialismus, Vernunft- und Fortschrittsgläubigkeit geprägten westlichen

Denkens, dem ein komplexerer Geistbegriff (aus heutiger Sicht: mit deutlichem Touch ins Esoterische) entgegengestellt wird, auf den sich später Kandinsky (»Über das Geistige in der Kunst«) und auch Malewitsch berufen.

Für die jungen, Anfang der 1880er Jahre geborenen Künstler, die kurz darauf die Moskauer Szene betreten, wandelt sich die Ikone vom sakralen Objekt zum primär ästhetischen Gegenstand. Sie registrieren einen gravierenden Unterschied zum Realismus westlicher Provenienz. Natalija Gontscharowa, wortgewandt, bringt es auf den Punkt: »Die Kunstwerke des Ostens kopieren die Natur nicht, sie verbessern sie nicht, sie schaffen sie neu.« (Gut, daß Courbet sowas nicht mehr hören mußte.) Auch der Kunsthistoriker Nikolai Punin prophezeit, die Ikone werde die zeitgenössische Kunst zu gänzlich neuen Errungenschaften führen.

Was der Historien- und Mythenmaler Michail Wrubel nach intensiver Beschäftigung mit alter Ikonen-Kunst entdeckt und bereits 1885 ummünzt in eine die Zentralperspektive negierende quasi kubistische Sicht der Dinge, wird nun auch von Larionow, Filonow, Malewitsch, Tatlin etc. gesehen und erkannt: eine von den grundlegenden Veränderungen der Renaissance unberührte, im Byzantinismus steckengebliebene Bildsprache, die unangetastet auch in der Volkskunst, in Bilderbögen, Laden- und Reklameschildern überlebt hat. Den Künstlern bietet sie - vergleichbar der »Negerplastik« und ihrer Bedeutung für Picasso - ein hochattraktives Konvolut gänzlich unverbrauchter, vom akademischen Betrieb noch nicht abgenutzter Ausdrucksmittel, deren Wirkungsrichtung den Intentionen dieser neuen Künstlergeneration entspricht: weg auf jeden Fall vom Realismus des 19. Jahrhunderts, hin zu einer Kunst ohne ablenkendes Sujet.

Natürlich kennen sie die neuen Stars der westlichen Moderne, vor allem Cézanne, Matisse und seit 1909, über Moskauer Privatsammlungen, auch Fauvisten und Kubisten. Bei ihren frühen Bildern mischen denn auch die Impressionisten kräftig mit. Cezanne ist das Idol der »Karo-Buben«, Maschkow wird der Moskauer Matisse genannt. Ebenso deutlich zeigt sich der Einfluß des Symbolismus. Erst durch den Rückgriff aber - stark geprägt von nationalem Pathos - auf überlieferte Darstellungsmöglichkeiten des eigenen Landes erhält die Auseinandersetzung mit der westlichen Moderne den speziellen Drive: Erst jetzt entstehen die Arbeiten, die später unter dem Begriff »Russische Avantgarde« subsumiert werden.

Eine Auswahl dieser Werke zeigt -und vermittelt damit zugleich einen Abglanz jener ab 1905 bis in die 20er Jahre herrschenden Um- und Aufbruchsstimmung Rußlands zwischen Zarenherrschaft und Sowjetunion - die momentan laufende Schau der Hamburger Kunsthalle über »Chagall, Kandinsky, Malewitsch und die russische Avantgarde«. Aber sie bietet mehr als nur die Inszenierung einer der gegenwärtig anstehenden Retrospektiven auf das zu Ende gehende Jahrhundert. Daß neben den gesicherten Größen eine Reihe Künstler/innen auftauchen - darunter z. B. Popowa, Rosanowa und Filonow -, deren Name und Werk im Westen bislang allenfalls Insidern und Museumsbesuchern mit extrem gutem Gedächtnis geläufig sind, erweitert den Rückblick auf bekanntes Terrain um Einblicke in mehr oder weniger Unerforschtes.

Dabei ergibt sich ein überraschender Befund. »Der Radfahrer« Gontscharowas, ein Beispiel futuristischer Malerei, Lentulows gläserne Klostertürme, als volkstümlicher Kubismus bezeichnet, »Der Spiegel«, ein Werk, mit dem Chagall den Surrealismus antizipiert, oder Larionow, der sich bereits 1910 via »Strahlen«-Malerei (Rayonismus) der Abstraktion nähert, aber bereits zwei Jahre später eine »Venus« im »Infantilen Stil« auf die Leinwand bringt: Keineswegs - das zeigen eindrucksvoll die rund 100 Exponate der Ausstellung - schreitet die Kunst in gerader Linie fort und auf den Suprematismus zu. Die russische Avantgarde ist heterogener gewesen als bisher angenommen.

Ein Künstler wird bei anstehenden Korrekturen mit Sicherheit deutlicher ins Blickfeld geraten: Pawel Filonow, der 1930 - ein tragisches Kuriosum - die 300 bereits hängenden Bilder einer Ausstellung im Russischen Museum Leningrad wegen ideologischer Differenzen, aber gegen das ausdrückliche Votum der befragten Arbeiter, wieder abnehmen muß, der für ein halbes Jahrhundert in der Versenkung verschwindet und dessen Werk erst seit 1988, nach Ausstellungen in St. Petersburg, Paris und Düsseldorf (1990), wieder zugänglich und in der Hamburger Ausstellung mit fünf Arbeiten präsent ist. 1883 geboren und in einfachsten Verhältnissen aufgewachsen - seine Mutter ist Wäscherin, sein Vater Kutscher - wird er zur solitären Erscheinung innerhalb der russischen Avantgarde: ein Künstler, der schon in jungen Jahren begeisterte Zustimmung und extremen Widerspruch auslöst. Während er beim Aktzeichnen rausfliegt, weil er »seine Kommilitonen mit seinen Gemälden verdirbt«, hört er von einem anderen Professor die bemerkenswerte Prognose: »Sehen Sie, sehen Sie, was er macht! Nur so wird man zu einem Cézanne, van Gogh oder Leonardo!«

Was er macht -Filonow selbst nennt es später »Analytische Malerei« -, was er in großformatigen, »mit kleinem Pinsel« gemalten Bildern über glühendfarbige kleinteilig-kristalline und -vegetative Formenkomplexe zur Darstellung bringt, wirkt zunächst wie Mikro-Kubismus, durchsetzt mit futuristischen Elementen. Bei längerer Betrachtung allerdings - und die sensuellen Attraktionen laden dazu ein - wird erkennbar, daß es nicht um Konstruktion, sondern um Wachstum geht, um eine Außen- *und* Innensicht von Entwicklungsprozessen. »Formel des Imperialismus«, »Formel des Petrograder Proletariats« nennt er seine Arbeiten. Was das Auge dabei wahrnehmen kann, erscheint »gegenständlich«, was sich der sichtbaren Wahrnehmung entzieht und an Wissen und Intuition in die Arbeit einfließt, kommt »abstrakt« zum Ausdruck: »Große Abstraktion« und »große Realistik«, die nach Kandinsky »ihre Existenzen getrennt zu führen beabsichtigen«, führt Filonow -das macht seine Bilder nicht nur für Fachpublikum hochinteressant - zusammen!

Und die getrennte Existenz der Abstrakten? Die sich anfangs aufbauende Hochstimmung angesichts der zahlreichen, z. T. völlig unbekannten Werke - ein Drittel der in Hamburg ausgestellten Leihgaben kommt von regionalen Museen, u. a. aus Nishni Nowgorod, Omsk und Krasnoyarsk -weicht dann doch einer gewissen Ernüchterung. Kandinsky ausgenommen, dessen farbkräftig-waghalsige, mit vegetativen Elementen spielenden Kompositionen nach wie vor elektrisieren, sieht man insbesondere die Arbeiten der Suprematisten und Konstruktivisten nur noch als kunsthistorisches Phänomen. Sie visualisieren ein Programm, ein gedankliches Experiment, das auch für sie selbst offenbar keine weiterreichende Perspektive bietet, mit dem sie steckenbleiben in ihrer Zeit wie die Ikone im Byzantinismus. Sollte Malewitsch & Co. bei ihrem Unterfangen, die spirituelle Essenz der Ikone zu säkularisieren und ins 20. Jahrhundert zu transportieren, ein fundamentales Faktum entgangen sein? Die Ikone hat ein Gesicht. Das Quadrat nicht.

Konkret 12/98, S. 70

Georg Seeßlen

Standort Kino I

Anmerkungen zur Krise des neuesten deutschen Films oder: Warum der deutsche Film nach wie vor gar nicht besser sein kann

1.

Zur eigenwilligen Dynamik des Kinos gehört es, daß es noch stets ein doppeltes Gesicht zeigt: Es ist immer ein Mittel ästhetischer und gesellschaftlicher Vergewisserung und eine Ware. Es will immer etwas sagen und zugleich etwas verschweigen. Noch das eigensinnigste cineastische Kunstwerk existiert nur, weil es industriell produziert werden kann und weil es sich einen Markt sucht. Anders als ein literarischer Text oder eine Arbeit der bildenden Kunst lebt ein Film nicht ohne den Markt, auf den es gebracht wird. Ein Film kann fast nie »warten«, so wie ein Kunstwerk warten kann, um Teil der Kulturgeschichte zu werden. Im Kino wird auch Kunst noch zu einem Verkaufsargument. Allerdings kann im Kino auch ein Verkaufsargument zur Kunst werden. Film als Kunst und Film als Ware sind, auch mit den größten Anstrengungen, nicht voneinander zu trennen. So ist das Kino die kapitalistische Kunst par excellence geworden. Es macht alle Entwicklungen der Märkte mit, manchmal nimmt es sie sogar vorweg. Vom Kino zu reden, ohne von seinem Markt zu sprechen, mag im besten Fall eine Art ästhetischer Schutzbehauptung sein. In der Regel ist es nichts als Heuchelei.

Auch der Markt der Bewegungsbilder ist erhitzt, beschleunigt und globalisiert. Daher gibt es neben der Konkurrenz der Produktionseinheiten auch eine Konkurrenz der »Standorte«. Das Interesse daran, gegenüber der großen Bildermaschine Hollywood andere, etwa nationale Bilderfabrikationen zu errichten oder zu bewahren, kann nicht nur ein kulturelles Interesse sein, sondern muß sich politisch definieren. Die Frage zum Beispiel, wozu man überhaupt ein deutsches Kino braucht, ist innerhalb der Philosophien des freien Marktes so einfach nicht zu beantworten, wenn es nicht darum geht, wenigstens ein Märktlein zu strukturieren, auf dem keineswegs allein kulturelle Selbst-Identifikation oder soziale Verhandlung anstehender Widersprüche zum Verkauf stehen, sondern auf dem - so selbstverständlich wie man Hollywood unterstellen mag, für den American way of life zu werben - immer auch ästhetische, technische und ökonomische Ressourcen ausgestellt werden. Das deutsche Kino lebt in der Klammer zwischen der Hollywood-Bildermaschine einerseits und der nationalen Bildermaschine Fernsehen andrerseits. Und es existiert nur in dieser Klammer, weil das eine erst seinen Ort ermöglicht, nämlich das Kino, und das andere seine Produktion, nämlich das Geld. Wie es auf dem globalisierten Markt der Fall zu sein pflegt, hat also auch hier die Konkurrenz ihr Gesicht geändert. Konkurrenz belebt nicht mehr das Geschäft, sie gehört zu seiner Inszenierung.

Welche Möglichkeiten also hat ein nationales Kino (oder dann ein meta-nationales, etwa europäisches Kino, das sich immerhin auf gemeinsame kulturelle Traditionen beziehen mag)? Es kann zum einen der übermächtigen Konkurrenz mit den eigenen Mitteln begegnen: Was die können, können wir auch! Eine Strategie, die mit der Entwicklung der Produktionsmittel, zum Beispiel dem Einsatz der Computer-Technologie, immer wieder einmal wahrscheinlich erscheint, um dann um so unbarmherziger undurchführbar zu werden. Zum zweiten kann es eben jene Bedürfnisse des Marktes befriedigen, die von der zwar übermächtigen, aber gelegentlich zu wenig ausdifferenzierten Konkurrenz aus Hollywood nicht bedient werden. Dazu gibt es eine bürgerliche und eine volkstümliche Form: In der bürgerlichen Form werden kulturelle Traditionen benutzt, die in Hollywood nicht verwertbar sind, zum Beispiel der Fundus der Literatur, der klassischen, mittlerweile allerdings zum Gemeingut gewordenen Künste, in der volkstümlichen Form setzt sich die nationale Filmkomödie durch, weil es Formen und Ursachen des Lachens gibt, die nicht beliebig globalisierbar sind. In den deutschen, französischen, italienischen oder holländischen Komödien ist für einen Zuschauer der jeweils anderen Gesellschaft oft schwierig herauszufinden, was eigentlich so verdammt komisch daran sein soll. (Die Hollywood-Komödie dagegen reüssiert auf dem Weltmarkt nicht nur, weil im Schmelztiegel der amerikanischen Gesellschaft sehr unterschiedliche Lachtraditionen vereint sind, sondern auch, weil sie sich die Produkte der Bildermaschine gleich selber zum Material macht: In den erfolgreichsten Hollywood-Komödien lacht man nicht über das Verborgene in einer sozialen Lebensform, sondern über das Verborgene im Kino selbst.) Zum dritten kann die nationale Kinematographie den Widerspruch zur Weltbildermaschine selbst zum Thema machen: Ein deutscher Film ist demnach gut, weil man ihm ansieht, daß er kein Hollywoodfilm ist. Er bezieht sich auf Traditionen von Repräsentation und Wahrnehmung, die jenseits der globalisierten Ästhetik der Popular culture liegen. Eine vierte Strategie der nationalen Kinematographie ist die Rekonstruktion einer traditionellen Vorstellung vom Filmemacher als Künstler, der unverwechselbare und autonome Werke hervorbringt, so wie es etwa der Autorenfilm vorgibt. Zumindest die Festivals leben von der Existenz europäischer Meisterregisseure und Meisterregisseurinnen, die immer wieder die Respektabilität des Mediums unter Beweis stellen. Die fünfte Strategie schließlich entsteht durch die Imitation von Elementen der globalen Bildermaschine, die mit besonderen Bearbeitungen versehen wird (etwa die Wiedergeburt des Western in Italien aus dem Geist der Oper oder aus dem Geist der

Gaunerkomödie, oder die Wiedergeburt des Thrillers aus dem Geist des Expressionismus im deutschen Edgar-Wallace-Film).

Jede dieser Strategien ist an konkrete Bedingungen auf dem Weltmarkt gebunden. Ihr Funktionieren ist in der Regel entweder zeitlich begrenzt, wie in den »Wellen« europäischer Trash-movies, oder sie ist kulturell begrenzt wie der Autorenfilm, der nur im Zusammenhang mit soziokulturellen Bewegungen auch ökonomisch funktionieren kann. Nationale Kinematographien reagieren auf Krisen oder Veränderungen der Weltbildermaschine.

2.

Es gab eine Zeit, es muß so in den siebziger Jahren gewesen sein, da gab es ein kleines deutsches Filmwunder. Da kam einiges zusammen: die Korruption und Senilität der Filmbranche und der Eifer einer neuen Generation, das Medium für die eigene Kultur zu nutzen. Die Solidarität der sozialen Revolte mit der ästhetischen Produktion und umgekehrt. Das Vorbild aus anderen Kinematographien, allen voran der französischen. Eine Aufnahmebereitschaft in der schreibenden und sendenden Kritik auch für schwierigere oder provokantere Stoffe und Stile. Eine euphorische Unschuld neuer kultureller Förderungsinstitutionen, die Namen trugen wie »Kuratorium junger deutscher Film«. Die Offenheit nationaler und internationaler Festivals für ein Kino der Reflexion und der Revolte. Eine theoretische Begleitung, die zugleich mit dem neuen Film auch das Alte entdeckte und neu zu sehen lehrte. Und dieses und jenes mehr.

Dieses »Kino der Autoren« (wie es, vielleicht, im Gegensatz zum Kino der Produzenten, zum Kino der Genres, zum Kino des Publikums genannt wurde) brachte ein paar Meisterwerke, etliches Respektables, ein paar Scharlatanerien und ziemlich viel Murks hervor. So soll es sein in der ästhetischen Produktion. Zu dieser Zeit jedenfalls wußte man, mit wem, für wen und, vor allem, gegen wen man Filme machte. In der öffentlichen Diskussion spielten Zuschauerzahlen, Marktkonkurrenz und Medienstandorte noch kaum eine Rolle. Nicht, daß es etwa ökonomische Probleme nicht gegeben hätte, beinahe alle Welt wünschte dem »Neuen Deutschen Film« mehr Zuschauer, aber niemand wäre auf die Idee gekommen, daß zu diesem Zweck Forderungen an Form und Inhalt der Produktion selber gestellt werden müßten. Die Autoren und (wenngleich in geringerem Maße) die Autorinnen dieses Kinos durften noch einmal die Position des autonomen Künstlers einnehmen.

Wirklich gedeihen konnten dieses Kino und seine Kultur nur in der Zeit der sozialliberalen Koalition; es war Teil eines gesellschaftlichen Projektes zu einer gemäßigten Selbstverbesserung, in der Kultur einen wichtigen Platz einzunehmen gehabt hätte. Es war eine Kinokultur, die sich diese Gesellschaft zu leisten bereit war - auch gegen innere und äußere Widerstände. Und es gehörte zum Konsens, daß ästhetische und politische Freiheit zu den wichtigsten Ressourcen dieser Filmkultur gehört.

Danach freilich, als die Euphorie verflogen, das gesellschaftliche Projekt gescheitert und Rainer Werner Fassbinder gestorben war, mußte dieses Kino in die Dauerkrise geraten. Es war zwar auf irgendeine Weise nun einmal da, und sein System von Förderungen und Verwaltung tendierte, wie alle Systeme, dazu, beständig zu wuchern, unübersichtlich zu werden und seine eigenen Widersprüche hervorzubringen. Aber es hatte in der langen, langen Ära Kohl eigentlich gar keinen gesellschaftlichen Ort. So machte es sich auf einen langen Marsch in die Mitte, die, wie wir wissen, in Deutschland ziemlich weit rechts zu finden ist. Eine geraume Zeit lief diese Filmkultur noch in den Gleisen der sozialliberalen Ära weiter, in den frühen achtziger Jahren schien dieses Kino gelegentlich immer noch ein bißchen fortschrittlicher, ein bißchen wagemutiger, ein bißchen widerspenstiger als die Kultur des Mainstream zu sein. Aber der kulturelle Pakt, der es hervorbrachte und beschützte, die nicht nur technische und organisatorische, sondern auch kulturelle und, wenn man so will, »philosophische« Verknüpfung der einzelnen Institutionen, von den Filmschulen über die Produktionsformen, die Autoren, die Kritiker, die Fördergremien bis hin zu den Spielstellen, war schnell aufgebrochen.

Mit dem Wegbrechen der politischen Dialoge entwickelte sich das Konzept des Autorenfilms zwangsläufig zu purer Anmaßung, gegen die es einen populistischen oder zumindest pop-kulturellen (ach, hätte wenigstens dies geklappt!) Gegenschlag einfach geben mußte. Die einzigen Verbündeten, die der jüngere, populistische Film in jener Phase erhalten konnte, als er sich noch nicht als neues Mainstream-Kino ansah (und zu allem, wirklich zu allem bereit war), waren regionale Szenen bzw. Zuschauer und Zuschauerinnen, die an den Mythos regionaler Szenen glauben. Insofern konnten Filme, die nicht nur definitiv und authentisch aus einer bestimmten Region, sagen wir der Lüneburger Heide, stammten, noch einmal reüssieren und etwas von sozialer Realität vermitteln, und das um so mehr, als ihr primäres Material gar autobiographisch war. Aber wehe, wenn ich auf das Ende der regionalen Filmemacher sehe! Was, wenn dieses Material verbraucht ist (so wie sich Bilder, Landschaften, ganze Kulturen unter dem Blick des kannibalistischen Mittelstandes immer und immer wieder verbrauchen, der ja eben diese topographische Identität nicht hat, sich aber, aus mehr oder minder verrückten Gründen, so sehr nach ihr sehnt, daß er Niederbayern, die Toskana und Neuseeland besetzen muß)? Und was, wenn, rein förderungsmäßig, das eine Regionale mit dem anderen in Konflikt gerät? Wir kennen den Scherz: Wenn man regionale Fördermittel abgreifen will, muß auch etwas Regionales vorkommen. Daher diese Geschichten vom Zahnarzt im roten Porsche, der seinen paar Liebesaffären durch die Bundesrepublik nachfährt, damit einmal Köln, einmal München und einmal Hamburg ins Bild kommt. Berlin gibt's obendrauf Da findet in der Regel die Versöhnung statt.

Wenn also der europäische Film kommt, dann sehen wir den Zahnarzt erst in einem roten Porsche, dann in einem roten Peugeot, dann in einem Maserati, Eiffelturm, Kolosseum, Maneken-Pis. Gut, was? Aber natürlich wissen die Produzenten mittlerweile um die Gefahr. Nur keinen Eurobrei, schreien sie, und rühren einen Brei an, der das europäische Allerlei nicht mehr in Fo der Perlenkette aneinanderreiht, sondern in seinem, nun ja, Herzen bewahrt: Kulturerbe!

Dieses Auseinanderbrechen einer Kultur verdankte sich sowohl einem Druck von außen (nämlich der Forderung von Politik und Öffentlichkeit, den »elitären« Anspruch des Autorenfilms zu verlassen, um den einen oder anderen Schritt aufs Publikum zu zu unternehmen, was gewiß bedeuten mußte, ihm nicht nur die narzißtischen Ergüsse zu ersparen, die ästhetische Großkotz-Geste und den beliebigen Schwurbel, sondern gefälligst auch politische und ästhetische Zumutungen) als auch von innen (die ökonomischen Begrenzungen und das schließlich verbreitete kritische Desinteresse mußten die Filmemacher der nächsten Generation zu einer Rebellion gegen Siegelbewahrer des Autorenfilms und ihre in der Tat zur Versteinerung neigende Kultur treiben, und in dieser Auseinandersetzung mußten sie als einzig möglichen Verbündeten nun sehen: das »breite« Publikum). Der Vorgang widerspiegelt gewiß, wenn auch mit der gebührenden Verzögerung, den sozialen und kulturellen Wandel der Gesellschaft von der sozialliberalen zur neoliberalistischen Selbst-Identifikation.

Der überschaubare Raum der ursprünglichen deutschen Filmkultur, der gewiß auch Züge eines ästhetischen Ghettos aufwies, zerfiel zu einer Ruine (einschließlich einiger darin konservierter Denkmäler), und die Filmemacher der nächsten Generation hatten gar keine andere Chance, als es zu verlassen. Aber wohin? Das Fördersystem wurde nach und nach, dort heimlich, dort offener, von einer kulturellen Zielsetzung über den Zwischenschritt einer kulturpolitischen, dann nur noch politischen zu einer ökonomischen Zwecksetzung verändert, von der am Ende alle möglichen Instanzen, am meisten im übrigen die Fernsehanstalten, profitieren konnten - am wenigsten indes die Filmemacher, die sich im Dschungel der Förderinstanzen als Einzelkämpfer durchschlagen oder aber mehr oder minder mafiose Rhizome ausbilden mußten.

Paradoxerweise jedenfalls erwies sich der Pakt mit dem Publikum als eine Falle, aus der die Filmemacher so schnell nicht mehr hinauskamen. Denn dieser Pakt läßt sich nicht qualitativ bestimmen, sondern nur quantitativ. Ob ein Film irgend etwas »bedeutet«, ist nun relativ zweitrangig (natürlich »bedeutet« ein Film immer irgend etwas, die Frage ist nur, ob es eine Filmkultur gibt, die diese Bedeutung auch wahrnehmen und in kulturelle und soziale Energie umsetzen kann), vorrangig dagegen ist nun sein ökonomischer Erfolg. Vom Verbündeten mußte das Publikum also zum veritablen Feind werden, zur Bestie, die man füttern und besänftigen mußte.

Der Autorenfilm als ästhetisches und kulturpolitisches Konzept hatte seinen Sinn ja nicht so sehr in der Rekonstruktion des romantischen, manischen Genies, dem gefälligst niemand hineinzureden hat, wenn er seine kreativen Schübe kriegt (wenn's sein muß, auf Kosten der Crew), sondern in der Verbindung mit einem demokratischen Modell der Selbstverwaltung, von dem merkwürdigerweise heute nicht einmal historisch irgend jemand noch etwas wissen will. Dabei mag, nur zum Beispiel, allein die Geschichte des »Filmverlags der Autoren« durchaus als Modell dafür dienen, was der Übergang von der Selbstorganisation zur ökonomischen Institution auch mit den sogenannten »Inhalten« des deutschen Films zu tun hat.

Als man, mittlerweile auch »offiziell«, den Autorenfilm für tot erklärt hatte, begrub man keineswegs nur eine künstlerische Konzeption, sondern auch einen gesellschaftlichen Pakt ästhetischer Produktion, die nur gedeihen konnte, wenn man sie sowohl von politischen als auch von ökonomischen Zwängen freisetzte. Die Qualität der Rezeption kann nun keine Rolle mehr spielen; daß ein Film auch dann wichtig sein kann, wenn er nur von wenigen Zuschauern gesehen wird, kommt in unseren Überlegungen kaum mehr vor. So mußte an die Stelle eines kulturellen ein ökonomischer Protektionismus treten.

Wird fortgesetzt

Konkret 12/98, S. 73

Marit Hofmann

Film & Theater

Das Leben ist schön

Regie: Roberto Benigni. Mit Roberto Benigni, Nicoletta Braschi, Horst Buchholz. Italien 1997 (Scotia Film); 124 Minuten; seit 12. 11. im Kino

»Italiens Starkomiker bricht ein Tabu und verulkt den grausigen KZ-Alltag« - »Spaßvogel Benigni wagt das Unmögliche: die Bewältigung des Nazi-Horrors mit humoristischen Mitteln« -»Märchen über die Kraft des Humors inmitten des Holocaust« -»den Holocaust in eitel Komik verwandelt« - »Darf man beim Thema Judenvernichtung lachen? Manchmal ja - nämlich dann, wenn der Humor so menschlich und bewegend inszeniert ist.« -Das Erschreckendste an dem in Cannes und Jerusalem ausgezeichneten und gleichzeitig heftig umstrittenen Film »Das Leben ist schön« ist so manche gut gemeinte Kommentierung. Genauso unangebracht wie seine Erledigung unter der eigens hierzu in die Bewertungsskala der TV-Magazine eingeführten Kategorie »Holocaust-Komödie« sind die Unterstellung von Parallelen zu den Nazi-Persiflagen in Chaplins »Der große Diktator« und Lubitschs »Sein oder Nichtsein« und die von jedem zweiten Kritiker bemühter Phrase von der »großen Idee, daß man sich manchmal, um Schreckliches zu überstehen, darüber lustig machen muß«.

Benigni macht sich mit keiner einzigen Szene über »das Schreckliche« lustig. Die Zweiteilung des Films in eine komödiantische Exposition, deren Unbeschwertheit den Kontrast zu dem, was folgt, verstärken soll, und dem anschließenden KZ-Drama wird so unmißverständlich deutlich, daß sich der Regisseur und Hauptdarsteller gewundert haben muß, daß es da etwas klarzustellen gibt: »Obwohl ich Komiker bin, gibt es in meinem Film keinen Humor mehr, von dem Moment an, wenn ich in das Lager komme. An diesem Punkt wird der Film tragisch

Die absichtlich übertrieben burlesk inszenierte erste Hälfte beschreibt das phantasievolle Liebeswerben des lebenslustigen Juden Guido (Benigni) und die Familienidylle in einer toskanischen Kleinstadt, die kaum vom wachsenden Antisemitismus Ende der dreißiger Jahre getrübt zu werden scheint: Auf die Frage seines kleinen Sohns, warum an einem Geschäft »für Juden und Hunde verboten« steht, behauptet der Vater leichthin, das sei nun mal so, daß manche Leute bestimmte Tiere und bestimmte Menschen nicht mögen, nebenan dürften dafür keine Italiener und Pferde rein, woanders keine Chinesen und Känguruhs, und Vater und Sohn einigen sich darauf, in der eigenen Buchhandlung künftig Spinnen und Westgoten den Zutritt zu verwehren.

Mit Beginn des zweiten Teils, der Deportation der Familie ins KZ, werden die Täuschungen, die der Vater erfindet, um das Kind vor den traumatischen Erfahrungen zu bewahren, überlebenswichtig -und die Diskrepanz zwischen dem, was der Vater weiß, und dem, was er sagt, für den Zuschauer schier unerträglich: Alles sei nur ein sorgfältig organisiertes Spiel, bei dem es gilt, die meisten Punkte zu sammeln; Kinder müßten sich vor den uniformierten Mitspielern verstecken, sonst würden sie nach Hause geschickt und andere den Preis kassieren. Die Versicherungen des von Todesangst und mörderischer Knochenarbeit geschwächten Häftlings, er habe hier eine Menge Spaß, sein Versprechen, auf der Rückfahrt würden sie den Bus und nicht wieder den überfüllten Zug nehmen, erschüttern mehr als Kinobilder von den Morden und Leichenbergen.

Benigni selbst warnt davor, in seinem Film »Realistisches (zu) suchen«, und entgegnet auf den Vorwurf der Verharmlosung des KZs (ein Vorwurf, der übrigens nicht von jüdischen Überlebenden kam, die ihn mehrheitlich zu dem Film beglückwünschten): »Wie sollte ich realistisch das zeigen, von dem zu reden ich nicht einmal den Mut hatte?« Wenn er als Guido aber schließlich, noch in dem Bewußtsein, zu seiner Hinrichtung abgeführt zu werden, den soldatischen Stechschritt parodiert, dann wird nichts verharmlost oder verulkt, denn zum Lachen gebracht werden soll damit nur einer: der ahnungslose Junge, der die Szene aus seinem Schlupfwinkel beobachtet und glaubt, sie gehöre zum »Spiel«.

Erklärt Pereira

Regie: Roberto Faenza. Mit Marcello Mastroianni, Daniel Auteuil. Italien/Frankreich 1995 (Schwarz Weiss Filmverleih); 104 Minuten; seit 19. 11. im Kino

Bitte keine Politik im Kulturteil - mit dieser Einstellung hatte es sich der fettleibige Feuilletonredakteur der portugiesischen Tageszeitung »Lisboa«jahrelang gemütlich gemacht. Bis er 1938 durch die Bekanntschaft mit einem jungen Pärchen selbst mit der Geheimpolizei des Diktators Salazar und der regimetreuen Linie seines Blattes in Konflikt gerät.

In der allzu betulich erzählten Parabel nach der Romanvorlage Antonio Tabucchis ist es immerhin eine Freude mitanzusehen, wie Altstar Mastroianni sich in der Titelrolle - im Zuge einer Abspeckkur, die von dem Entschluß begleitet

wird, politisch Stellung zu beziehen -, zunehmend verjüngt: »So als ob er wieder ein Junge geworden wäre, wendig und aufgeweckt, mit einem starken Willen zum Leben.«

Die Lebendigkeit aus »Erklärt Pereira« machte das letzte Filmprojekt Mastroiannis, »Reise an den Anfang der Welt«, zunichte: eine sentimentale Erinnerungsreise aus der Werkstatt des senilen, aber im Hervorbringen zäher Schmachtfetzen unangenehm vitalen Manoel de Oliveira. Besser also man behält den großen Mimen mit dem »Gesicht ohne Persönlichkeit« (Fellini) als jugendlichen Pereira in Erinnerung als in der Greisenrolle, mit der ihn Oliveira endgültig ins Jenseits beförderte.

Hinter dem Horizont - Das Ende ist nur der Anfang

Regie: Vincent Ward. Mit Robin Williams, Annabella Sciorra. USA 1998 (PolyGram),- 106 Minuten; seit 26. 11. im Kino

Wenn in schlechten Filmen die Helden auf dramatische Weise das Zeitliche segnen, hatte man bisher immerhin eine tröstende Gewißheit: Nun würde auch gleich der Abspann kommen. Doch Hollywood kennt kein Erbarmen -und frohlockt im Untertitel des diesjährigen vorweihnachtlichen Kitschhöhepunkts unverfroren: »Das Ende ist nur der Anfang.« Der bedauernswerte Robin Williams muß als tapsiger Zombie für seine Frau, die nach einem tödlichen Unfall von Mann und Kindern Selbstmord begeht und - na klar - dafür büßen muß, buchstäblich durch die Hölle gehen.

Interessant wäre nun gewesen zu erfahren, wie es da oben bzw. unten eigentlich aussieht. Leider wurden die brandneuesten Visual Effects aus Camerons Trickfabrik Digital Domain aber bloß für überspannte Wiedersehensszenen auf rosa Wolken, protzige Blumenwiesen in Ölfarben oder schockierend fade Höllenfeuer aufgeboten. Das Jenseits sieht nämlich, will uns der phantasielose Ward weismachen, immer so aus, wie es die Phantasie des Dahingeschiedenen gerade gerne hätte.

Und wo bleibt Gott? »>Hinter dem Horizont< behandelt die Frage nach dem Jenseits auf einer allgemeinen spirituellen Ebene und vermeidet, in der Absicht, Angehörige bestimmter Konfessionen nicht von vorneherein auszuschließen, bewußt jegliche religiöse Stellungnahme.« Kein Wunder also, daß es am Ende selbst der glücklich wiedervereinten Kleinfamilie zu blöd wird in ihren makellosen Gemäldekulissen und sie ernsthaft an Wiedergeburt denkt.

Konkret 12/98, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Ich bin in meiner feministischen Grundhaltung so gut wie gar nicht zu erschüttern, aber wenn ich lesen muß, ein grün-alternativer Senator für Stadtentwicklung habe

seine thüringische Kollegin Ulla Kalbfleisch-Kottsieper empfangen,

finde ich doch, daß der Preis der Emanzipation mitunter ein bißchen hoch ist.

»Spiegel«-Redakteur Reinhard Mohr, der Polemik für die Kunst hält, auf die Konkurrenz zu schimpfen, hat demgemäß den Kollegen Mathias Greffrath, den der Augstein vielleicht auch noch nehmen könnte, einen

alten linken Schwurbelmeister des Feuilletons

geheißen. Wenn einer das darf, dann ist es der Mohr. Denn der unterscheidet sich von seinem Gegner - nicht gerade, was das Feuilleton angeht, auch aufs Schwurbeln versteht er sich wie kein zweiter, und der Unterschied des Alters ist nicht derart, daß der eine noch Windeln trüge und der andere schon wieder, aber im übrigen: - absolut diametral.

Theo, mein Metaphernhöker, hat sich vom Wochenmarkt der »Zeit« zurückgezogen und stellt seine Ware nur noch selten aus, aber wenn er es tut, hat er auch was zu bieten:

Schließlich: die Frage nach der künftigen Weltordnung. Bis vor kurzem bauten die Zukunftsentwürfe auf der vorherrschenden Erwartung auf das anhebende 21. Jahrhundert werde von der Triade Amerika-Europa-Asien/Pazifik beherrscht werden. Washington galt als zukünftige Radnabe eines amerikanischen Regionalblocks, Brüssel als Cockpit einer großen Europäischen Union, Tokio als Zentrum des asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraumes. Doch gibt es das dritte Bein dieses weltpolitischen Dreifußes überhaupt noch, die von Japan geführte großostasiatische Wohlstandssphäre? Werden sich die fernöstlichen Feilspäne in den nächsten Jahrzehnten nicht nach ganz anderen Magnetpolen ausrichten: nach Peking, Neu-Delhi oder völlig neu in den Vordergrund drängenden Kraftzentren? Der Vorhang fällt am Ende des Jahrhunderts, die Frage bleibt offen. Nur eines ist klar: Die Koordinaten haben sich verschoben.

Theo nennt, was ihn da plagt, »Die asiatische Krankheit«: Der Dreifuß aus Radnabe, Cockpit und Zentrum wackelt, das dritte Bein humpelt durch die Sphäre, die fernöstlichen Feilspäne zittern im morschen Knochen. Was gestern, zur Zeit der vorherrschenden Erwartung des Lech Walesa, Nachkriegspolen war, ist heute, in der Ära der verschobenen Koordinaten, Magnetpolen (Hauptstadt: Peking). Den Friedenspreis des deutschen Buchhandels kriegt sowieso immer ein anderer. Für Theo weiß ich etwas besseres: den Ruhestandspreis des Versorgungswerks der deutschen Presse.

Ein vormaliger Redakteur der Zirkulare »Autonomie« und »Wir wollen alles« hat es endlich selber gekriegt. Thomas Schmid, von Haltestelle zu Haltestelle, vom »Pflasterstrand« zur »Kommune« zur »Taz« zur »Wochen-« und »Hamburger Morgenpost« und also von der Autonomie über die Anarchie und die Ökologie zur Freidemokratie gezuckelt, ist an der Endstation Sehnsucht der Achtundsechziger, Springer zu enteignen, angekommen, nämlich auf der Lohnliste der »Welt«. Von diesem Flakschiff des Konzerns hält er nun Breitseiten in das »Politpersonal von 68«, das heute die Grünen zusammenhalte:

Ein ideologisches Gepäckstück nach dem anderen wurde über Bord geworfen: Rotation, Anti-Parteien-Partei, Gegnerschaft gegen Westbindung, Ablehnung der Marktwirtschaft, Kampf gegen die Familie etc. So gesehen war die Geschichte der Grünen ein großangelegter in aller Öffentlichkeit ausgetragener Familienstreit der Bundesrepublik Deutschland: eine lang hingezogene, effektvoll inszenierte Heimkehr der verlorenen Söhne und Töchter. Nun sind sie angekommen, stehen ganz und gar auf dem Boden dieser Republik,

auf ihrer Grund- und Bodenordnung, sozusagen.

Wenn Jürgen Trittin, der alternde Politkommissar. heute staatstragender redet als Genscher es je tat; wenn der einst wadenbeißende Joschka Fischer zur Personifizierung eines unauffälligen »Weiter so« mutiert: Dann ist das beide Male nicht Verstellung, sondern Ausdruck von Ankunft.

Sowas las man, besser geschrieben, sonst nur bei mir (März 1995: »Wie zum späten Beweis, daß ihr Vatermord anno 68 nur der Beginn einer wunderbaren Nekrophilie war, bringen die Söhne und Töchter zur Feier des Fünfzigsten allerhand Selbstgemachtes, Selbstgedachtes dar«). Dieses weniger:

Die Gründungsväter der Grünen, obwohl 68er, sind zwar auf eine verblüffende Weise an Reputierlichkeit, aber überhaupt nicht mehr an Gesellschaft interessiert. Ihr abenteuerlicher Glutkern scheint erkaltet, auf das Abenteuer neuer, komplizierterer, offenerer Gesellschaftsverträge mögen sie sich nicht mehr einlassen.

Sie haben immer noch nicht alle bei Springer unterschrieben, das ist wahr, aber doch nicht aus Mangel an Interesse betreffend kompliziertere Verträge, wie Schmid einen gekriegt hat, auch nicht aus Mangel an Talent, wie Schmid ihn schon hatte, sondern aus Mangel an Büroräumen. Jeder von Schmids Kampfgenossen hätte sich gern eingelassen, wenn man ihn eingelassen hätte.

Deutschlandradio Berlin. Es spricht der berühmte deutsche Nationaldichter Lutz Rathenow:

Peter Hacks war einer der bekanntesten Dramatiker Deutschlands.

Hacks war. Rathenow ist.

Nach der deutschen Einigung forderte er als einer der ersten die Wiedererrichtung der DDR. Und zwar als Diktatur, die liberale Elemente wie ihn während der fünfziger Jahre lieber hätte verhaften sollen.

Wann wäre Hacks je ein liberales Element gewesen? Außer natürlich damals, als die Frauen Schwänze trugen und der Rathenow einmal einen Satz zu einem glücklichen Ende brachte (bzw. Lutz einen Reim zu einem glücklichen Schlutz).

Leute wie Peter Hacks,

die es im Dutzend noch billiger zu geben scheint als Leute wie Böhme, Thierse, Schnur und Stolpe, / Gysi, Modrow, Wolf und dann / Poppe, Barbe, Klier und Bohley, / Schröder, Ull- und Eppelmann, / Die Gebrüder Brie und, ärger, / Eheleute Wollenberger - also, Leute wie Hacks

wurden ein paar Jahre kaum wahr- und ernstgenommen.

Nicht einmal vom Deutschlandradio Berlin, wo Leute wie die sitzen, die den Rathenow ernst nehmen und über Hacks gerne den Kopf schüttelten, gesetzt, sie hätten einen.

Sie treten jetzt aus ihrer Schmollecke. Die defensive nölerische Haltung punkto Vergangenheit weicht einer offensiv kämpferischen in der Gegenwart für eine vermeintlich bessere Zukunft.

Diesem dreifach eingesprungenen Lutz - punkto Vergangenheit / offensive Gegenwart / vermeintliche Zukunft - eine 5,9 für technischen Wert und eine 6,0 für künstlerische Ausführung versagen könnten nur Leute wie Hacks, gesetzt den Fall, sie nähmen den Künstler und seine Darbietung wahr, was vielleicht Leute wie Hacks tun, nicht aber Hacks, der doch sogar die Eheleute Wollenberger in die Literaturgeschichte aufnimmt.

Hacks darf zu Recht als Vorkämpfer einer DDRisierung Deutschlands bezeichnet werden. Vor wenigen Monaten prognostizierte er die Rückkehr dieses Staates in gut einem Jahrzehnt vom Osten her Jetzt legte er lyrisch nach, während er bei der Frankfurter Buchmesse den Deutschen Kinder- und Jugendbuchpreis bekam.

Mit der linken Hand nimmt er, nölens, das Preisgeld, während er mit der rechten, völens, die lyrische Guillotine bedient:

In der neuen Ausgabe der Hamburger Zeitschrift KONKRET träumt der Dichter von der Hinrichtung aller DDR-Beseitiger, wobei er von den Bürgerrechtlern bis zur PDS hin alle geköpft haben will,

was, aus dem genannten Grund, leider nicht geht. Unter »allen« aber fehlt der Rathenow, und das ist doch bitter für einen, der mit Fug einer der kolossalsten Dissidenten nach der Errichtung der Mauer und dem Fall des Satzbaus genannt zu werden verdient. Die Lyrik aber kennt keine Berufungsinstanz und auch kein Bundesamt für die Reimunterlagen, und so kann der Rathenow seine Aufnahme unter Hacksens Köpfköpfe so wenig einklagen, wie es an der Stelle von »Wanderers Nachtlied«, an der kaum ein Hauch zu spüren ist, ein Furz könnte.